Sozialismus und Kolonialpolitik

Karl Kautsky

Sozialismus und Kolonialpolitik

Eine Auseinandersetzung

Von

Karl Kautsky



Berlin 1907
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin.)

Inhalt.

	Seite
Vorwort	3
1. Einleitung	4
2. Positive Kolonialpolitik	10
3. Die Ethik der Kolonialpolitik	18
4. Arbeitskolonien	24
5. Ausbeutungskolonien alten Stils	28
6. Ausbeutungskolonien neuen Stils	34
7. Gewaltsame oder friedliche Zivilisierung	45
8. Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus	55
9. Der Rückfall in die Barbarei	64
Anhang: Ein Brief von Friedrich Engels	79



Vorwort.

Vorliegende Ausführungen wurden unmittelbar nach dem Internationalen Kongreß niedergeschrieben und sollten in der „Neuen Zeit" noch vor dem Essener Parteitag erscheinen, da ich annahm, es werde dort zu einer großen prinzipiellen Auseinandersetzung über die Kolonialpolitik kommen. Diese Auseinandersetzung hoffte ich fruchtbarer zu gestalten, wenn ich meinen Standpunkt ausführlicher begründete, als es in einer Redezeit von zehn Minuten möglich ist.

Meine Arbeit wurde jedoch zu umfangreich und zu spät fertig. Ich beendete sie erst an dem Sonntag, an dem der Parteitag begann. Dieser selbst brachte dann nicht die erwartete große Debatte, sondern nur eine Diskussion über die kleine Frage, ob David in Stuttgart einen anderen Standpunkt vertreten habe als Ledebour und ich, was zu unserem großen Erstaunen insofern bestritten wurde, als man das Ganze einen bloßen Wortstreit nannte.

Angesichts dessen war ich nach Essen einen Augenblick lang unschlüssig, ob die Arbeit noch der Veröffentlichung lohne, denn eine Auseinandersetzung, der von vornherein das Stigma eines Streites um des Kaisers Bart aufgedrückt wird, hat nicht auf viel Interesse zu rechnen. Aber die Diskussion über die Kolonialpolitik hob nach dem Parteitag bald wieder an, sie mußte anheben, weil sie eben eine Diskussion über höchst wichtige sachliche Differenzen ist und kein bloßer Wortstreit, und da scheint es mir nicht überflüssig, wenn ich durch Veröffentlichung meiner Schrift den Versuch mache, zur Klärung der Frage beizutragen.

Berlin-Friedenau, 10. Oktober 1907.

K. Kautsky.

I. Einleitung.

Die Mehrheit der Kommission für Kolonialpolitik auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß begann ihren Resolutionsentwurf mit den Worten:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können."

Nach mannigfachem Deliberieren sollte schließlich dieser Satz durch folgenden ersetzt werden:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann."

Diese Fassung verringerte die Konzessionen, die dem Gedanken der Kolonialpolitik gemacht wurden, trotzdem wurde auch sie von der Mehrheit des Kongresses abgelehnt.

Der Essener Parteitag erklärte dann mit Einstimmigkeit seine Zustimmung zu diesem Beschlusse. Seine Verhandlungen galten freilich nicht der Frage, welcher Standpunkt der richtige sei, der der Majorität oder der der Minorität von Stuttgart, sondern vielmehr der Frage, ob überhaupt eine Differenz von Bedeutung zwischen Majorität und Minorität bestanden habe.

Und in der Tat, hält man sich bloß an den Wortlaut der Resolutionen, dann erscheinen auf den ersten Blick die Differenzen recht unbedeutend, nicht wert, uns lebhaft zu beschäftigen oder gar zu erregen: einesteils als ein bloßer Wortstreit über den Begriff der „Kolonialpolitik" und andererseits als ein Brüten über ungelegten Eiern, ein Spekulieren über Verhältnisse einer vielleicht fernen, jedenfalls heute noch nicht erkennbaren Zukunft.

Aber so harmlos sind die Dinge in Wirklichkeit nicht. Ueber die Zukunft zu grübeln, soweit wir auf sie keinen Einfluß haben und sie keinen Einfluß auf uns, ist natürlich etwas höchst Ueberflüssiges. Aber unser ganzes Handeln in der Gegenwart gilt der Zukunft. Von der Art dieses Handelns in der Gegenwart hängt es zum großen Teil ab,

wie unsere Zukunft sich gestaltet; und andererseits hängt die Gestaltung unseres Handelns in der Gegenwart erheblich von dem Bilde ab, das wir uns von der Zukunft entwerfen, von den Zielen, die wir uns als möglich, wünschenswert oder notwendig setzen. Je klarer wir die Zukunft erkennen, desto zweckmäßiger unser Handeln in der Gegenwart, und je zweckmäßiger dieses, desto kürzer und leichter der Weg zu unseren Zielen.

Wird eine sozialistische Gesellschaft der Kolonien bedürfen, dann liegt es nahe, daß wir auch heute schon die Erwerbung und Festhaltung von Kolonien billigen, dann ist unsere prinzipielle Ablehnung jeder Kolonialpolitik verfehlt, dann können wir uns höchstens der Art und Weise widersetzen, wie die Kolonien besetzt und verwaltet werden.

Andererseits aber werden solche Sozialisten, die es für wünschenswert halten, daß wir heute an der Kolonialpolitik teilnehmen, naturgemäß getrieben werden, die Notwendigkeit einer Fremdherrschaft von Kulturvölkern über niedriger stehende Völker auch für ein sozialistisches Regime zu behaupten.

So hängt denn die Idee einer sozialistischen Kolonialpolitik aufs engste mit unserer Gegenwartspolitik gegenüber den Kolonien zusammen. Die Erörterungen darüber in Stuttgart bewegten sich denn auch ausschließlich auf dem Gebiete der Gegenwartspolitik, drehten sich um die Frage, ob die Sozialdemokratie heute schon koloniale Erwerbungen für notwendig hält oder nicht.

Van Kol, der Referent der Kommission, führte aus:

„Die Resolution der Minorität leugnet die Möglichkeit, durch die kapitalistische Kolonialpolitik die Produktivkräfte der Kolonien zu entwickeln. Das verstehe ich von einem denkenden Menschen überhaupt nicht. Man denke doch nur einen Augenblick an die Kolonisation der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ohne die Kolonisation Amerikas würden heute dort noch die Eingeborenen in den dürftigsten kulturellen Verhältnissen leben. Will Ledebour der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung etwa die unentbehrlichen Rohstoffe entziehen, die die Kolonien ihr bieten können? Will er auch nur für die Gegenwart auf die unermeßlichen Reichtümer der Kolonien verzichten? Wollen diejenigen deutschen, französischen und polnischen Delegierten, die die Minderheitsresolution unterzeichnet haben, die Verantwortung dafür übernehmen, das gegenwärtige koloniale System einfach aufzuheben? Solange die Menschheit besteht, hat es Kolonien gegeben, und ich glaube, es wird sie noch recht lange geben, es wird sogar nicht viele Sozialisten geben, welche die Kolonien für die zukünftige Gesellschaftsordnung für unnötig halten. Aber über diese Frage brauchen wir heute nicht zu diskutieren. Nur das frage ich

Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte, die Kolonien aufzugeben. Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Ueberbevölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will? Und will er sich als Sozialdemokrat etwa der Pflicht entziehen, ständig an der höheren Bildung und Weiterbildung der zurückgebliebenen Völker zu arbeiten?"

Ein stärkeres Plaidoyer für die Teilnahme von Sozialdemokraten an einer Kolonialpolitik innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist kaum denkbar.

Bernstein folgte van Kols Spuren. Er bemerkte:

„Wir dürfen in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positive sozialistische Kolonialpolitik treiben. (Bravo!) — Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien zu verkaufen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. (Unruhe.) Die Kolonien sind da, damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker über Nichtkulturvölker ist eine Notwendigkeit, die auch Sozialisten anerkennen sollten. . . . Stellen wir uns doch auf den Boden der realen Tatsachen, und dann müssen wir dazu kommen, der kapitalistischen Kolonialpolitik eine sozialistische entgegenzusetzen. Ein großer Teil unseres Wirtschaftswesens baut sich auf den Produkten aus den Kolonien auf, mit denen die Eingeborenen gar nichts anzufangen wußten. Aus allen diesen Gründen müssen wir die Resolution der Mehrheit annehmen."

Auch bei „allen diesen Gründen" handelte es sich nicht um eine Kolonialpolitik unter einem fernen sozialistischen Regime, sondern um die Kolonialpolitik von Sozialisten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Als dritter Verfechter des Antrages der Mehrheit der Kommission trat David auf. Aus seiner Rede heben wir folgende Sätze hervor:

„Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit, wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden. (Sehr richtig!) Ledebour ruft mir zu, das wollen wir auch! (Lebh. Hört! hört!) Dann mögen die englischen Kameraden, die für die Resolution Ledebour eintreten, in ihren Parlamenten beantragen, ihre Kolonien abzuschaffen, und ebenso die französischen Genossen. Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, so würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückgeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in

ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen. (Sehr richtig!) Nun hat Genosse Ledebour den Anschein zu erwecken gesucht, als ob die Anschauung, daß ein Volk berechtigt sein kann, eine Kulturmission in den Kolonien zu betreiben, im Munde eines Sozialisten verwerflich wäre. Demgegenüber erinnere ich an die Erklärung Bebels am 1. Dezember 1906, in der er den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik darlegte. Er sagte: „Daß Kolonialpolitik betrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. (Hört! hört!) Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein. Es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. (Hört! hört!) Wenn die Vertreter kultivierter Völkerschaften zu den fremden Völkern als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die Schätze ihres Landes im Interesse der Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu heben, dann sind wir damit einverstanden." Erziehen heißt doch bevormunden! Ledebour hat erklärt, wir hätten kein Recht, kulturell niedriger stehende Völker zu bevormunden. . . . Wenn Sie nicht nur Fragen stellen, sondern konsequent sein wollen, müssen Sie den ersten Absatz der Resolution annehmen. Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. (Sehr gut!) Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung Karl Marx' ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen."

In seinem Schlußwort endlich wandte sich van Kol gegen meine „Bücherweisheit", daß wir den Verkehr mit den Eingeborenen der überseeischen Gebiete nur mit friedlichen Mitteln pflegen sollten, und stellte die kühne Behauptung auf:

„Wir müssen mit den Waffen in der Hand dorthin kommen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nennt."

Daß diese Anschauungen in schroffem Widerspruche zu jenen standen, die in der Stuttgarter Kommission von der Minderheit vertreten wurden, trat auf dem Internationalen Kongreß deutlich hervor. Niemand, der an seinen Verhandlungen teilnahm, gab dort der Ansicht Ausdruck, man streite um des Kaisers Bart.

Einer derjenigen, die in Stuttgart am leidenschaftlichsten stritten, Genosse David, betonte noch nach dem Internationalen Kongreß den tiefen Gegensatz zwischen seinem und unserem Standpunkt. Er schrieb in der Mainzer „Volkszeitung" (26. August):

„Die Genossen Ledebour und Kautsky vertreten nicht den prinzipiellen Standpunkt, den die sozialdemokratische Fraktion in der Kolonialfrage seither vertreten hat und der auch von der deutschen Delegation mit erdrückender Mehrheit akzeptiert worden war. Diese Genossen vertreten vielmehr ihre

besondere Auffassung in schroffstem Gegensatz zu den Erklärungen der Reichstagsfraktion und zu dem Antrag, der in der deutschen Delegation gegen eine verschwindende Minderheit beschlossen worden war. . . . Es lag nahe, daß nach der formellen Ablehnung des prinzipiellen Antrages der deutschen Delegation, respektive dessen Ersetzung durch die rein negative Minoritätsauffassung, nunmehr die ganze Resolution für alle diejenigen Vertreter des deutschen Antrags unannehmbar werden mußte, die sich keiner schroffen Inkonsequenz schuldig machen wollten. . . . Angesichts dieses ganzen Sachverhalts gehört in der Tat ein übergewöhnliches Maß von Unverfrorenheit dazu, den Versuch zu machen, das Ergebnis in Stuttgart als einen „Sieg" des Ledebour-Kautskyschen Standpunktes der reinen utopistisch-radikalen Negation zu feiern. In Wirklichkeit ist dieser Standpunkt unterlegen."

Etwas anders faßte die Sache van Kol auf, der in Stuttgart der deutschen Sozialdemokratie ihre bisherige Haltung in der Kolonialfrage vorwarf und sie anklagte, sie stehe auf demselben Standpunkt der „reinen utopistisch-radikalen Negation", den David bei Ledebour und mir entdeckte. Van Kol sah im Gegensatz zu David in uns beiden die Vertreter jener Auffassung, welche die deutsche Sozialdemokratie in der Kolonialfrage bisher akzeptiert hatte, und daher rief er in Stuttgart aus:

„Ich frage die deutsche Sozialdemokratie: Wo ist Euer Kolonialprogramm? Ihr habt immer nur mit dem Herzen gegen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kolonialpolitik protestiert, und ich habe Ledebours warmherzige Reden mit lebhaftester Anteilnahme gelesen. Aber es ist traurig, das auszusprechen: Getan habt Ihr nichts für die Entwickelung der deutschen Kolonien. Geistig ist die deutsche Sozialdemokratie in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Wo sind Eure Schriften, Eure Schriftsteller, die über die Kolonialfrage geschrieben hätten? Wer von Euch ist in die Kolonien gegangen, um dort die Verhältnisse zu studieren? Es wäre Eure Pflicht gewesen, nicht nur Opposition zu machen, sondern auch zu handeln. Aber Ihr habt es nicht getan, ebensowenig wie Frankreich. . . . Ich bedauere besonders im Interesse Deutschlands, daß die Sozialdemokratie dort sich darauf beschränkt hat, die Notwendigkeit und Möglichkeit von Kolonien zu bestreiten."

Indes trotz dieses Widerspruches stimmten van Kol und David darin miteinander überein, daß es innerhalb der internationalen Sozialdemokratie in der Kolonialpolitik zwei Richtungen gebe, die sich schroff widersprächen.

Seitdem hat David diese Auffassung wenigstens für die deutsche Sozialdemokratie in Essen zurückgenommen, da er dort den Standpunkt vertrat, man habe sich in Stuttgart

bloß um des Kaisers Bart gestritten. Die Resolution der Minderheit fand auch dort nicht den leisesten Widerspruch. Sie ist von der deutschen Sozialdemokratie als die Grundlage anerkannt, auf der ihr Wirken den kolonialen Bestrebungen gegenüber aufzubauen ist.

Damit ist jedoch noch nicht jene Klarheit geschaffen, die in einer so wichtigen und komplizierten Frage erforderlich ist. Die Stuttgarter Diskussion hat, wie wir gesehen, eine Reihe von Argumenten in der Kolonialfrage zutage gefördert, die von der einen Seite bestritten, aber von nicht wenigen Genossen akzeptiert wurden, wie die lebhaften Zustimmungsrufe bezeugten. Es sind darunter auch Argumente, die sehr plausibel klingen und nicht einfach mit einer Handbewegung weggeschoben werden können; Argumente, die durchdacht werden müssen, um so mehr, da wir sie im politischen Kampfe mit unseren Gegnern in der Presse, in Versammlungen, in gesetzgebenden Körpern immer und immer wieder begegnen.

Ihre Untersuchung ist um so notwendiger, je mehr die Kolonialpolitik der Angelpunkt der gesamten internationalen Politik wird und je mehr sie den Weltfrieden bedroht, zu dessen Störung sonst nur wenig Anlaß vorhanden ist. Weil aber unsere praktische Stellung zur Kolonialpolitik der Gegenwart im wesentlichen durch unsere Erwartungen von der Zukunft bestimmt wird, und weil es sich da andererseits um fernliegende, weniger bekannte Verhältnisse handelt, ist es unerläßlich, bei unseren Erörterungen darüber die Begriffe scharf zu formulieren und streng auseinanderzuhalten. Bei Fragen, die die tägliche Praxis des Proletariats berühren, kann ihm der aus ihr erwachsende Instinkt sehr oft ein richtigerer Leiter sein als die Erwägungen von Theoretikern, die dieser Praxis fernstehen. In der Kolonialfrage versagt dieser Leitstern, da kommt man ohne scharfes, klares Denken und ohne „Bücherweisheit" leicht nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch auf die schlimmsten Abwege. Und so ist es denn auch kein müßiger Wortstreit, sondern eine Frage von größter Wichtigkeit für unser Handeln und unsere Propaganda, wenn wir genau untersuchen, was unter dem Wort K o l o n i a l p o l i t i k zu verstehen ist. Jede Verwischung der Begriffe leistet da dem Auftauchen von Tendenzen Vorschub, die im Grunde unvereinbar sind mit dem Wesen des proletarischen Emanzipationskampfes und diesen in letzter Linie schädigen müssen. Die Erkenntnis dieses Emanzipationskampfes ist aber die eherne Grundlage, auf die wir all unser Streben aufbauen müssen, auf der es allein sicher und unzerstörbar ruht.

II. Positive Kolonialpolitik.

Unklarheit des Denkens ist stets ein großer Mangel in der Praxis; sie macht das Handeln unsicher, schwankend, widerspruchsvoll, von Stimmungen und Einfällen, also von Zufällen, abhängig. Aber sie bietet eine gute Schutzwehr gegen die Kritik. Wie soll man die Handhabe finden zur Kritisierung einer Idee, über die sich ihre Verfechter selbst nicht klar sind, die sie nach den Bedürfnissen des Augenblicks bald so, bald so auffassen? Ein scharfes Schwert, das einen Panzer durchschneidet, bleibt stecken in einer Masse weichen Teiges.

So ist es auch nicht leicht, Klarheit zu schaffen über das, was van Kol „positive" oder „sozialistische" Kolonialpolitik nannte. Was haben wir darunter zu verstehen? Nach van Kol eine Politik, wie sie die deutsche Sozialdemokratie bisher ablehnte. David legte sich für dieselbe Politik ins Zeug, und doch suchte er uns nachzuweisen, daß das gerade die Politik sei, die unsere Fraktion im Reichstag bisher schon befolgte. Wer hat Recht?

Verschiedene Leute verstehen offenbar unter einer sozialistischen Kolonialpolitik etwas sehr Verschiedenes. Da die Vertreter dieser Politik sie nicht genau definiert haben, müssen wir selbst daran gehen, zunächst den Begriff der Kolonialpolitik festzustellen, ehe wir uns an die Kritik der sozialistischen Kolonialpolitik machen. Die Untersuchung darüber ist keine müßige Silbenstecherei, ebensowenig wie etwa eine Untersuchung über die Begriffe „Militarismus" oder „Kapital". Wenn von zwei Leuten der eine unter dem Wort „Militarismus" die Wehrhaftmachung des Volkes versteht und der andere das System des vom Volke abgeschlossenen stehenden Heeres, werden sie sich kaum verständigen. Sie mögen beide dasselbe wollen, etwa ein Milizsystem, und doch kann der eine den Militarismus verwerfen und der andere sich über diese Verwerfung entrüsten, weil sie die Entwaffnung des Volkes, seine Wehrlosigkeit bedeute.

Und wenn von zwei Leuten der eine unter Kapital Produktionsmittel versteht und der andere eine durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln begründete Aus-

beutungsmacht, so mögen auch wieder beide dasselbe wollen, die Aufhebung der proletarischen Ausbeutung, und doch kann der eine das Kapital für eine unentbehrliche Vorbedingung jeder Produktion und dessen Abschaffung für einen verhängnisvollen Rückschritt halten, indes der andere nur von dieser Abschaffung das Heil der Menschheit erwartet.

Und so verhält sich's auch mit der Kolonialpolitik.

Was haben wir nun darunter zu verstehen? Offenbar eine Politik, die darauf ausgeht, Kolonien, zumeist in überseeischen Gegenden gelegene Landstriche, zu besetzen und festzuhalten. Ohne Kolonie, ohne überseeischen Besitz, keine Kolonialpolitik.

Die Kolonialpolitik selbst stellt uns aber vor zwei Fragen:

1. Haben wir den Erwerb und die Festhaltung von Kolonien anzustreben oder zu unterstützen?

2. Haben wir in den Kolonien, die einmal vorhanden sind, Reformen anzustreben oder nicht?

Es ist klar, daß es durchaus nicht notwendig ist, die erste Frage zu bejahen, wenn man die zweite bejaht. Man kann die erste entschieden verneinen und doch ebenso entschieden eine Verbesserung der Zustände in den Kolonien verlangen, die gegen unseren Willen festgehalten werden. Man kann „positiv" in den Kolonien zu wirken suchen und doch der Grundlage der gesamten Kolonialpolitik, dem Kolonialbesitz, rein „negativ" gegenüberstehen. Wer sich das logisch nicht zusammenzureimen vermag, der steht auch dem Wesen der ganzen Sozialdemokratie verständnislos gegenüber, das ebenfalls darin besteht, daß man den Kapitalismus grundsätzlich bekämpft, negiert, seine völlige Aufhebung fordert, und doch gleichzeitig positive Reformen innerhalb seines Bereiches anstrebt. Diese Vereinigung positiven und negierenden Strebens, die wir dem gesamten Kapitalismus gegenüber befolgen, gilt auch für jede seiner Teilerscheinungen. Die deutsche Sozialdemokratie hat dementsprechend stets auch in der Kolonialfrage gehandelt.

Das scheinen freilich manche unserer Genossen immer noch nicht begriffen zu haben, die nicht müde werden, zu behaupten, früher hätten wir bloß negativ gewirkt, jetzt wirkten wir positiv, oder „Radikale" und Revisionisten unterschieden sich dadurch, daß erstere bloß negierten, die anderen positiv schaffen wollten. Van Kol verrät eine sonderbare Auffassung der Parteigeschichte, wenn er erzählt:

> „Als wir noch eine kleine Gruppe waren, als wir noch an die Katastrophentheorie glaubten, da hielten wir es für ausreichend, gegen den Kapitalismus lediglich zu protestieren, unseren Anhängern ihre schrecklichen Leiden vor Augen zu halten und

ihnen im scharfen Gegensatz dazu das Paradies der Zukunft vor Augen zu führen. Jetzt haben wir die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus zu handeln."

Wenn van Kol mit diesen Worten seine eigene Entwickelung zeichnen will, mag das stimmen. Die marxistische Sozialdemokratie hat von Anfang an „die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus zu handeln" und die Nutzlosigkeit rein sentimentaler Proteste betont.

So hat die deutsche Sozialdemokratie sich auch in der Kolonialpolitik nie auf bloße Proteste beschränkt, sondern ist stets auf das energischste für die Verbesserung des Loses der Eingeborenen eingetreten, wie erst jüngst im Hererokrieg. Darin ist die ganze deutsche Sozialdemokratie einig, darüber gibt es nicht die mindeste Differenz zwischen uns, Ledebour erkennt diese Notwendigkeit „positiven" Wirkens in den Kolonien ebenso an, wie etwa David und Bernstein, und er hat dies durch seine parlamentarische Tätigkeit oft genug bewiesen.

Van Kol hat denn auch seine Anklage gegen unsere Partei in dieser Beziehung mit keinem Worte begründet, er hat kein einziges Versäumnis genannt, dessen sich unsere Partei gegenüber den Kolonien schuldig gemacht hätte.

In der Tat, wenn er schon internationale Zensuren austeilen wollte, dann hätte er außerhalb Deutschlands reicheres Material dazu gefunden. Es ist z. B. nichts weniger als erbaulich, zu sehen, wie sehr Indien im britischen Parlament vernachlässigt wird. Da wäre sicher sehr viel „Positives" zu tun, das versäumt wird. Aber freilich, wenn van Kol von den Engländern geredet hätte, wäre ihm seine ganze famose Beweisführung unter den Händen zerronnen, denn unter den englischen Sozialisten sind die energischsten Verfechter des indischen Volkes gerade die entschiedensten Marxisten, indes das Interesse für Indien um so mehr abflaut, je mehr der Drang nach „positiver" Mitarbeit mit der Regierung überwiegt. In England zeigt sich's besonders deutlich, daß gerade die grundsätzliche Verwerfung jeglicher Kolonialpolitik, weit entfernt, das praktische Eintreten für die unterjochten Kolonialvölker zu hemmen, es vielmehr im höchsten Grade anstachelt, was ebenso natürlich ist wie die Tatsache, daß die energischsten Verfechter etwa des Achtstundentages nicht die bürgerlichen Sozialreformer sind, sondern die revolutionären Sozialdemokraten.

Was van Kol gegen die Praxis der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialfrage vorbrachte, waren also nichts als leere Redensarten ohne jegliche Grundlage. Unsere Partei hat in dieser Beziehung gar nichts zu ändern.

Aber fehlt uns nicht ein Kolonialprogramm, fehlt uns nicht eine Literatur über die Kolonialfrage? Haben wir nicht versäumt, diese zu studieren?

Möglich, daß wir auf diesem Gebiete mehr hätten leisten können. Fällt uns hier aber ein Versäumnis zur Last, so ist es am allerwenigsten dem „rein negativen" Standpunkt der deutschen Marxisten zuzuschreiben. Wenn in der Reichstagsfraktion die „positive" Arbeit in der Kolonialpolitik, das tatkräftige Verfechten der Rechte der Eingeborenen, vornehmlich von Bebel und Ledebour geleistet wurde, so ist auch unsere Kolonialliteratur hauptsächlich von Vertretern des linken Flügels unserer Partei gepflegt worden.

Die erste bisher in Buchform erschienene Untersuchung des Verhältnisses zwischen Kolonialpolitik und proletarischem Klassenkampf stammt von einem höchst „negativ" gerichteten Genossen. Wir meinen das vortreffliche Buch, das Parvus vor kurzem in Leipzig unter dem Titel „Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch" erscheinen ließ. Es wird sehr erfreulich sein, wenn das Bedürfnis unserer „positiven" Genossen nach eifrigerem Studium der Kolonialpolitik diesem Buch zahlreiche neue Leser zuführt.

Aber Parvus ist nicht der einzige unter uns, der sich mit Kolonialpolitik beschäftigt. Ich greife den mir nächstliegenden heraus, nämlich mich selbst.

Die Vorarbeiten zu meiner ersten Schrift über den „Einfluß der Volksvermehrung", die 1880 erschien, veranlaßten mich, auch die indischen Verhältnisse zu studieren, da das Elend Ostindiens von den Malthusianern auf die rasche Zunahme seiner Bevölkerung zurückgeführt wurde. Dann machte ich mich, angeregt von Marx und Engels, an urgeschichtliche Studien, die mich naturgemäß veranlaßten, die Verhältnisse der Naturvölker, der Objekte der Kolonialpolitik, zu erforschen. An die Untersuchung dieser Politik selbst habe ich mich in dem Moment gemacht, als Deutschland anfing, die Lust nach kolonialen Erwerbungen zu äußern, und als es damit die Aera der neueren Kolonialpolitik eröffnete. Schon im März 1880 veröffentlichte ich in Seyfferths „Staatswissenschaftlichen Abhandlungen" eine Untersuchung der Frage: „Soll Deutschland Kolonien gründen?"

Im ersten Bande der „Neuen Zeit", 1883, erschien dann eine längere Abhandlung von mir über „Auswanderung und Kolonisation", in der ich bereits jenen Standpunkt vertrat, der in unserer Partei von jeher bis heute ihre Haltung in der Kolonialpolitik bestimmte.

Im gleichen Jahrgang veröffentlichte ich einen Artikel über „Aegypten und seine Zukunft", 1884 Artikel über den

Sudan, dann über Tongking, 1885 über die Indianerfrage sowie über die Arbeiterfrage auf Neuguinea, 1886 über die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat, 1888 über Kamerun.

Zehn Jahre später wendete ich mich von neuem dem Studium der Kolonialpolitik zu, als diese durch die Flottenrüstungen einen neuen, gefährlichen Charakter erhielt. Es erschienen im Band XVI, 1 „Aeltere und neuere Kolonialpolitik", XVI, 2 „Kiautschou", XVIII, 1 „Der Krieg in Südafrika", sowie „Schippel, Brentano und die Flottenvorlage". XXIII, 2 „Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie".

Man sieht, es bedurfte wirklich nicht erst der Mahnung van Kols, daß ich mich mit der Kolonialpolitik beschäftigte, die seit bald dreißig Jahren von mir verfolgt wird, und es dürfte ihm schwer fallen, in der deutschen Sozialdemokratie unter der „positiven Richtung" einen Genossen zu finden, der das mit gleicher Eindringlichkeit getan hätte.

Ich bin aber nicht der einzige grundsätzliche Gegner der Kolonialpolitik, der durch seine Arbeiten getrieben wurde, sie eingehender zu studieren. Ich erinnere nur an meinen Freund Cunow, Redakteur des „Vorwärts", den bedeutendsten Ethnologen innerhalb der deutschen, vielleicht sogar innerhalb der gesamten internationalen Sozialdemokratie, den seine Studien mit der Kolonialpolitik der verschiedenen Staaten aufs beste vertraut gemacht haben.

Freilich, Studienreisen nach den Kolonien hat keiner von uns gemacht, aber auch keiner unserer „positiven" Kolonialpolitiker in der deutschen Sozialdemokratie. Was haben also diese uns vorzuwerfen? Wir haben sie an solchen Studienreisen ebensowenig gehindert, wie an der Ausarbeitung von Programmen und Büchern über Kolonialpolitik. Im Gegenteil. Wollten einige dieser Genossen nach Kamerun oder Südwestafrika gehen, so würde ich beantragen, daß die Partei ihnen die Reisekosten zahlt.

Van Kol wird aber schon erlauben müssen, daß wir den Resultaten von Studienreisen einzelner Abgeordneten und sonstiger europäischen Politiker im allgemeinen mit einigem Mißtrauen gegenüberstehen. Solche Reisen von Leuten ohne ethnologische Vorbildung, die in Europa tätig sind, also nur vorübergehend ihr Land verlassen können, dauern viel zu kurz, als daß sie einen tiefen Einblick in die Verhältnisse gestatten würden. Auch ist in den meisten Kolonien die Bewegungsfreiheit keine ungehinderte. Die Behörden gewähren dem Reisenden in der Regel nur Einblicke dort, wo es ihnen paßt. Das von ihm Gesehene ist dann nicht viel besser als Potem-

kinsche Dörfer. Durch diese Methode hat man in Rußland Forschungsreisende veranlaßt, ein Loblied der sibirischen Gefängnisse zu singen. In den Kolonien ist die Erforschung der Wahrheit noch mehr erschwert als in Rußland dadurch, daß die Reisenden die Sprache des Volkes meist nicht verstehen.

Nicht der Durchreisende kann als zuverlässige Quelle über die Kolonialverhältnisse gelten, sondern nur der in der Kolonie länger Verbleibende, der unter den Eingeborenen lebt und in uninteressierte Berührung mit ihnen kommt, als Forscher, Arzt, Missionar oder Ingenieur, nicht als Händler oder Soldat. Wer in Europa bleibt und die Berichte solcher Leute liest, wird ein richtigeres Bild der Kolonialverhältnisse erhalten, als einer, der einige Wochen lang eine Kolonie oder ein paar davon besichtigt. Ein einzelner derartiger Bericht genügt freilich nicht. Bei den persönlichen Erfahrungen eines jeden Individuums spielen Zufälligkeiten eine große Rolle. Es gilt aber das Allgemeine, Typische, Notwendige und Wesentliche herauszufinden und von Zufälligem, Vorübergehendem oder Lokalem zu sondern. Das ist eine Tätigkeit, zu der die persönlichen Erfahrungen des Einzelnen nicht ausreichen, wozu die Zusammenfassung der Erfahrungen vieler Beobachter der verschiedensten Zeiten und Länder gehört. Nicht eine Studienreise, sondern nur die Erforschung der Kolonialliteratur kann uns einen tieferen Einblick in das Wesen der Kolonien und der Kolonialpolitik ermöglichen. Studienreisen können dann das so gewonnene Bild im einzelnen farbiger und plastischer gestalten, sie können aber die Durcharbeitung der Literatur nie ersetzen und ergeben ohne diese leicht ein ganz falsches Bild.

Auf Studienreisen brauchen wir also nur geringes Gewicht zu legen, um so mehr, als es eine Sache des Zufalls ist, ob einer von uns über die nötige Zeit und das nötige Kleingeld verfügt. Wenn Genosse van Kol dazu in der Lage war, und wenn seine vorherige langjährige Tätigkeit als Ingenieur in Niederländisch-Indien ihn befähigte, bei seiner letzten Reise mehr zu sehen, als Reisende in der Regel zu sehen bekommen, so ist das sicher sehr erfreulich, aber durchaus kein Resultat seines „positiven“ Standpunktes. Wenn in der deutschen Sozialdemokratie noch niemand in der gleichen Lage war, ist es abgeschmackt, ihr deshalb Pflichtvergessenheit vorzuwerfen und darin das Ergebnis einer angeblichen Tendenz zu sehen, nur zu negieren und gar nichts Positives schaffen zu wollen.

Wir geben zu, daß die deutsche Sozialdemokratie den Protest gegen jegliche Kolonialpolitik lauter betont als etwa

unsere holländische Bruderpartei. Vielleicht hat diese auch mehr an kolonialen Reformen erreicht. Dieser Unterschied rührt aber nicht daher, daß unsere grundsätzliche Verwerfung der Kolonialpolitik uns an jeder ersprießlichen Reformtätigkeit hinderte, sondern daher, daß unsere politische Situation eine andere ist als in Holland.

Schon das macht einen großen Unterschied, daß der Reichstag in Kolonialsachen weit weniger dreinzureden hat als die holländische Kammer. Aber überdies besteht in Holland nicht die geringste Gefahr mehr, daß das Kolonialreich erweitert wird. Im Gegenteil, alle Welt findet dort, es sei schon viel zu groß. Van Kol war in der Tat so gütig, in der holländischen Kammer vorzuschlagen, es sollten einige koloniale Territorien, die Holland zu sehr belasteten, an Deutschland verkauft werden, und er fand mit diesem ingeniösen Plan den Beifall angesehener bürgerlicher Kolonialpolitiker seines Landes.

Anderseits suchen in Holland diese alle nach Reformen, um die Kolonien, die erschreckend rasch verarmen, wieder auf einen grünen Zweig zu bringen, denn in der gegenwärtigen Verfassung drohen sie zu einer erdrückenden Last für das Mutterland zu werden. Da haben unter Umständen auch einzelne Reformvorschläge von Sozialisten Aussicht auf Annahme, wenn sie den Kapitalisten nicht weh tun.

Anders liegt die Sache bei uns. Wohl ist die deutsche Kolonialpolitik für den Staat womöglich ein noch schlechteres Geschäft als die holländische, aber im Verhältnis zur Größe des Staates sind die deutschen Kolonien weit unbedeutender als die holländischen, und die Bedrohung der Staatsfinanzen durch sie war, bis vor kurzem wenigstens, eine geringere. Daher ist auch das Interesse der Masse der Bevölkerung, namentlich der besitzenden Klassen und ihres Anhanges, für Reformen in der Verwaltung der Kolonien weit weniger rege, es ist viel schwerer für uns, solche Reformen durchzusetzen.

Aber gerade die Geringfügigkeit der deutschen Kolonien bildet einen steten Ansporn für unsere Kolonialschwärmer, nach einer Erweiterung des Kolonialreichs zu streben. Dies wird zum Antrieb, die Flottenrüstungen aufs unerträglichste zu steigern, dies bewirkt aber auch, daß über Deutschland stets das Damoklesschwert eines Weltkrieges der kolonialen Ausdehnung wegen schwebt, wie die Marokkoaffäre erst kürzlich so erschreckend zeigte. Da gilt es denn, alle Kräfte vor allem gegen *diese* Seite der Kolonialpolitik wenden, die für Deutschland die gefährlichste ist, und so kommt es naturnotwendig, daß das Ankämpfen gegen jede Erweiterung der Kolonien, daß die grundsätzliche Ablehnung der Kolonial-

politik im politischen Wirken der deutschen Sozialdemokratie in erster Linie steht und das Streben nach Reformierung der Kolonien dahinter etwas zurücktritt, indes in Holland das Umgekehrte der Fall ist. Dieser Unterschied entspringt aus der Grundverschiedenheit der Situation hier und dort, er hat mit der Frage, ob man die Kolonialpolitik grundsätzlich ablehnt oder nicht, gar nichts zu tun.

Wenn aber van Kol nicht blos behauptet, die holländische sozialistische Fraktion habe in der Kammer durch ihre Aktion bedeutende Vorteile für die Kolonien erzielt, sondern noch hinzufügt: „Nirgends können wir gegenüber dem Kapitalismus leichtere und größere Eroberungen machen wie dort", so verrät das ein Maß von Illusionsfähigkeit, das über das Normalmaß bedeutend hinausragt. Die erste Vorbedingung, dem Kapitalismus gegenüber Eroberungen zu machen, besteht in einer kampffähigen und kampflustigen Arbeiterklasse. Die schönsten Schutzgesetze nützen fast nichts, wenn hinter ihnen nicht ein Proletariat steht, das ihre Durchführung überwacht und im Notfalle dafür zu kämpfen bereit ist. Nun fehlt dieser Faktor doch in den Kolonien weit mehr als im Mutterlande. Die Kraft, die die Schutzgesetze erobert, die ist von den Kolonien weit entfert und nur schwer in der Lage, ihre Durchführung zu kontrollieren. Und da soll der Kapitalismus in den Kolonien leichter einzuschränken sein als in Europa! Die bisherigen Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Nirgends ist der Kapitalismus schwerer zu bändigen, nirgends vermag er sich so schrankenlos auszutoben, wie in den Kolonien.

Genosse van Kol hat auch leider vergessen, in seinem Referat über die Kolonialfrage, das die holländische Delegation dem Kongreß vorlegte, die geringste Andeutung darüber fallen zu lassen, worin die gewaltigen Vorteile bestehen, die er und seine Freunde in der Kammer für die Kolonien errungen haben. Und doch umfaßt das Referat über 30 Druckseiten. Da wäre Platz genug dafür gewesen, uns ein so erbauliches Vorbild vor Augen zu führen.

Vor wenigen Jahren noch erklärte van Kol:

> „Wir können Indien nicht helfen, auch nicht, wenn wir die niederländischen Finanzen dafür ruinieren. . . . Wir sind zu machtlos, um ehrlich zurückzugeben, was wir in Indien fortnahmen.
>
> „Doch gibt es, trotz aller pessimistischen Betrachtungen, einen Ausweg: Einschränkung unseres Kolonialbesitzes."

Ohne diese Bedingung hielt es van Kol noch 1903 für unmöglich, Indien irgend einen erheblichen Vorteil zu verschaffen. Diese Bedingung ist bis heute nicht erfüllt. Hat sich nun damals van Kol getäuscht oder ist er seitdem in dem

Maße bescheidener geworden, als er „positiver" wurde? Sollte am Ende „positives" Wirken überhaupt nur Selbstbescheidung bedeuten, Verzicht auf alles, was uns die herrschenden Klassen nicht freiwillig abtreten? „Positiv" wirkten dann nur solche Politiker fürs Proletariat oder für die Kolonien, die sich mit den herrschenden Klassen aufs Feilschen einlassen; rein „negierend" wären dann jene, die hartnäckig auf ihrem Schein bestehen, die zwar alles nehmen, was sie erhalten, aber sich mit nichts zufrieden geben, was nicht unseren Grundsätzen völlig entspricht, und die keine vom Tische der reichen Prasser gefallene Brotkrume für einen bedeutenden Vorteil ausschreien, der uns gewaltig vorwärts bringt.

Für eine „positive" Politik in jenem Sinne könnten wir uns freilich nicht begeistern. Hält uns die grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik eine derartige „positive" Politik vom Halse, dann um so besser. Ein wirkliches Kämpfen um Reformen und Verbesserungen wird dagegen durch diese prinzipielle Ablehnung nicht nur nicht gehindert, sondern vielmehr aufs kräftigste gefördert.

III. Die Ethik der Kolonialpolitik.

Wir haben gesehen, daß die Notwendigkeit, die Interessen der unterjochten Völkerschaften in den Kolonien zu wahren, kein Grund ist, die Kolonialpolitik, das heißt das Besetzen und Festhalten der Kolonien, grundsätzlich abzulehnen.

Aber unsere Freunde sozialistischer Kolonialpolitik wissen noch andere Gründe für diese anzuführen, ethische und ökonomische.

Bernstein wies auf das Recht der Völker höherer Kultur hin, Völker minderer Kultur zu „bevormunden", das heißt zu beherrschen. Er sprach ausdrücklich von einem Herrschaftsverhältnis. Auch David verfocht diesen Standpunkt, und van Kol erläuterte das noch dahin, daß man „mit den Waffen in der Hand" zu den Eingeborenen kommen müsse, wolle man ihnen Kultur bringen.

Gilt diese Ethik für uns, dann dürfen wir freilich nicht die Kolonialpolitik verwerfen, die vielmehr ihr notwendiger Ausdruck ist.

Ich bin weit entfernt, die Rolle der Ethik in der Politik zu unterschätzen. Wohl ist ihre Kraft in letzter Linie nur die eines Instinktes, nicht die einer klaren, aus wissenschaftlicher Erkenntnis gewonnenen Ueberzeugung, aber in jeder Massenbewegung waren bisher die instinktmäßigen ethischen Antriebe

die überwiegenden, und niemand, auch nicht derjenige, der sich durch die wissenschaftliche Untersuchung der Erfahrung bestimmen läßt, kann der ethischen Antriebe entbehren.

Aber die Ethik ist nicht eine Kraft, die außer der Gesellschaft und über ihr steht, sondern eine, die aus ihr entspringt und mit ihren wechselnden Bedürfnissen wechselt, die auch für jede Klasse eine andere ist. Jede Klasse hat ihre besondere Ethik, diese bildet eine Waffe, ohne die sie ihren Kampf ums Dasein nicht führen kann, die ihren besonderen Daseinsverhältnissen angepaßt ist, der sie treu bleiben muß, soll sie sich behaupten und ihre größte Kraft entfalten können.

So hat auch das Proletariat seine eigenartige Ethik, deren es notwendig bedarf. Findet in dieser Ethik die Idee des Rechts der höheren Kultur auf Beherrschung und Bevormundung der niederen eine Stätte?

Mit nichten. Dagegen ist diese Idee ein notwendiger Bestandteil der Ethik des Kapitalismus. Dieser ist ein Ausbeutungsverhältnis, also auch ein Herrschafts- und Bevormundungsverhältnis. Aber seine Ausbeutung beruht nicht auf nackter Gewalt, nicht auf dem Recht des Stärkeren, auch nicht auf ständischer Gliederung, sondern auf der wirtschaftlichen Freiheit des Individuums, die zur Unfreiheit dadurch wird, daß die einen nichts besitzen und die anderen die Produktionsmittel monopolisieren. Die Besitzlosigkeit führt aber mit sich den Mangel an Kulturmitteln, also auch an Kultur. Diese scheint demnach auf die besitzenden Klassen beschränkt zu sein. So gewinnt für die letzteren ihre Herrschaft über das Proletariat den Anschein einer Herrschaft der Kultur über die Unkultur, einer Herrschaft der auserlesenen Intelligenz über die große Masse der Ungewaschenen, the great unwashed, wie die Engländer sagen. Und an diesem Scheine halten die Besitzenden fest, weil er ihnen vor sich selbst wie vor der übrigen Gesellschaft die beste ethische Begründung ihres Ausbeutungsverhältnisses gibt. Nicht um ihres persönlichen Vorteils, nicht um des Profits willen beuten sie danach die Proletarier aus, sie *bevormunden* diese bloß im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse. Die Verfechtung der Vorrechte der höheren Kultur ist die ethische Lebenslüge des Kapitalismus, wie die Verfechtung der wahren Religion die des Feudalismus, namentlich zur Zeit des Uebergangs zum Kapitalismus, war.

Innerhalb der eigenen Nation tritt diese Ethik auf als Geltendmachung des höheren Rechtes der Besitzenden über die Besitzlosen. Anderen Nationen gegenüber, die ausgebeutet werden sollen, proklamiert sie praktisch nichts anderes als das Recht der kapitalistischen Nationen auf Beherrschung der gesamten Menschheit.

Das Proletariat könnte sich diese Ethik nicht zu eigen machen, ohne seine eigene Ausbeutung zu sanktionieren und seinen eigenen Emanzipationskampf zu desavouieren. Wohl fühlt es lebhaft seinen Mangel an Kultur, aber nicht minder lebhaft empfindet es den Drang, ihrer teilhaftig zu werden. Und in ihm lebt auch das Empfinden, daß gerade die Abhängigkeit, die „Bevormundung", das Herrschaftsverhältnis es ist, was sein Aufsteigen zu höherer Kultur verhindert; daß ihm dies Aufsteigen nur möglich wird im Kampfe gegen die Bevormundung und Herrschaft, die auf ihm lasten, und durch schließliche Ueberwindung derselben. Eine bevormundende oder herrschende Klasse selbst hat noch nie die von ihr Beherrschten zu höherer Reife und Selbständigkeit emporgehoben. Diese Hebung geschah stets *wider*, nicht *durch* die höheren Klassen.

Wenn die Ethik des Kapitalismus sagt, daß im Interesse der Kultur und der Gesellschaft die niederen Klassen und Nationen beherrscht werden müssen, so sagt die Ethik des Proletariats, daß gerade im Interesse der Kultur und der Gesellschaft die Beherrschten und Bevormundeten alle Herrschaft von sich abwerfen müssen.

Das Proletariat als unterste aller Klassen kann auch die Herrschaft, von der es bedrückt wird, nicht abwälzen, ohne jeglicher Herrschaft den Garaus zu machen, ohne alle Klassenherrschaft aufzuheben.

Soll dies nun für die Kolonien nicht gelten, sollen wir für diese die Ethik des Kapitalismus akzeptieren? Sollen wir bloß im eigenen Lande die Aufhebung aller Klassenherrschaft proklamieren und gleichzeitig in den Ländern außerhalb der europäischen Zivilisation eine neue Klassenherrschaft aufrichten wollen, die der weißen Rasse über die dunkelhäutigen Rassen (die Hindus inbegriffen)? Dagegen bäumt sich das ethische Empfinden des klassenbewußten Proletariers aufs machtvollste auf. Und es hieße auch die ethische Wucht seines Klassenkampfes aufs empfindlichste schwächen, wollte man ihm die Ueberzeugung rauben, daß er nicht bloß für sich kämpft, sondern für die gesamte Menschheit.

Nun beruft sich Bernstein freilich auf Marx. Der Satz, den er zitiert, scheint ihm besonders beweiskräftig. Schon vor einem Jahrzehnt, in seinen „Voraussetzungen" zitierte er ihn als Gutheißung der Kolonialpolitik, und er bringt ihn immer wieder vor. Leider ohne den Vordersatz, der dem Nachsatz erst seine Bedeutung gibt. Jener lautet:

„Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen."

Nun folgt der von Bernstein zitierte Satz:

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen.“ (Kapital, III, 2, 309.)

Hätte Bernstein den Vordersatz mit zitiert, dann wäre für jedermann sofort klar gewesen, daß Marx hier nicht im geringsten an die Kolonialpolitik dachte. Es handelt sich ihm nicht um deren Gutheißung, sondern um die Verurteilung des Privateigentums am Boden. Von dem Recht der höheren Kultur auf Beherrschung rückständiger Rassen, auf die Einführung von Herrschaftsverhältnissen ist hier keine Spur zu finden.

Der Absatz bildet eine Schlußfolgerung der Untersuchung über die kapitalistische Grundrente und das kapitalistische Grundeigentum, und soweit man eine Empfehlung aus ihm herauslesen will, kann es nie die der Unterjochung von Naturvölkern sein, sondern nur die der Expropriation der Grundeigentümer der kapitalistischen Nationen.

In der Tat, wenn wir aus dem Marxschen Satze folgern wollten, alle jene Nationen seien zu enteignen, die die Erde nicht als gute Familienväter bewirtschaften, hätten wir vor allem in Europa zu beginnen. Wie z. B. die Engländer in Irland wirtschaften, tritt gerade jetzt wieder kraß in Erscheinung. Dessen Bevölkerung ist in steter Abnahme; 1841 zählte sie noch 8 175 000 Köpfe, 1901 nur noch 4 459 000, und sie sinkt unaufhaltsam weiter. 1906 waren es nur noch 4 386 000. Die Zahl der bewohnten Häuser hat von 1841 bis 1901 von 1 329 000 auf 858 000 abgenommen.

Sollen wir erst noch hinweisen auf Schottland, wo die Landlords so ungeheure Strecken fruchtbaren Landes in Jagdreviere verwandelten? Dieser selbe Prozeß geht heute in den österreichischen Alpenländern vor sich. Im eigentlichen England selbst aber vollzieht sich, ebenso wie im übrigen Europa, in der Landwirtschaft eine ununterbrochene Landflucht der Landarbeiter, weil das Privateigentum am Boden in der kapitalistischen Produktionsweise die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Barbarei verurteilt. In Rußland endlich finden wir ein rapides Verkommen der Landwirtschaft und zunehmende Verarmung der Bauernklasse.

Wozu also in die Ferne schweifen, wo die Notwendigkeit so nahe liegt, in Europa selbst der Verwüstung des Bodens und der Herabdrückung seiner Bebauer Einhalt zu tun!

Indessen kann der Marxsche Satz doch in einige Beziehung zur Kolonialpolitik gebracht werden. Er ist der Ausfluß einer Auffassung, die den Sozialisten nicht weniger, ja

eher noch mehr zu bestimmen hat, als die grundsätzliche Ablehnung jeder Klassenherrschaft und damit auch jeder Fremdherrschaft. Der Kampf gegen die Klassenherrschaft ist nur die eine Seite des proletarischen Klassenkampfes. Diese Herrschaft läßt sich nicht überwinden ohne eine gewisse Höhe der Produktivität der Arbeit. Die Entwickelung der Produktivkräfte, über die die Menschheit verfügt, ist für das Proletariat von äußerster Wichtigkeit. Sollte diese Entwickelung der Kolonialpolitik bedürfen? Und sollten dann nicht die beiden grundlegenden Bestrebungen des Proletariats, die nach Aufhebung jeglicher Klassenherrschaft und die nach höchster Produktivität der Arbeit, miteinander in Widerspruch geraten? Das wäre für den Emanzipationskampf des Proletariats eine bedenkliche Situation; die Folgerichtigkeit und damit auch die Wucht und Rücksichtslosigkeit jenes Kampfes müßten gebrochen werden, wenn es seine Befreiung nur durchsetzen könnte bei gleichzeitiger Versklavung oder doch Beherrschung eines anderen Teils der Menschheit.

Wir müssen also untersuchen, wie die Kolonialpolitik auf die Entwickelung der Produktivkräfte der Menschheit wirkt. Aber man darf diese Untersuchung nicht etwa als Frage darüber auffassen, ob es nicht Arbeiter gibt, die von der Kolonialpolitik Nutzen haben in dem Sinne, daß sie ihnen Beschäftigung gibt.

Eine Untersuchung dieser Art stellt van Kol für die holländischen Kolonien an in seinem Referat für den Stuttgarter Kongreß. Er sagt da: „Einiger Gewinn ist freilich mit den kolonialen Besitzungen für die Arbeiterklasse Hollands verbunden"; allerdings nur ein unbedeutender, ungefähr 31 bis 35 Millionen an Löhnen beziehen die Arbeiter Hollands aus den Kolonien.

Van Kol fügt selbst hinzu, daß sie diese Löhne wohl auch verdienen würden, wenn Holland keine Kolonien besäße, aber trotzdem sprach er in seiner Resolution von dem freilich oft übertrieben dargestellten *Nutzen*, ja der *Notwendigkeit* der Kolonien für die Arbeiterklasse. Gegen diese Art der Argumentation und Berechnung muß entschieden Protest eingelegt werden. Wir kämen auf die gefährlichsten Abwege, wenn wir sie weiter verfolgten.

Jede Tätigkeit strebt in der kapitalistischen Produktionsweise danach, zum Objekt von Lohnarbeit zu werden, Lohnarbeiter zu beschäftigen, denen Löhne gezahlt werden. Ist damit über den Nutzen dieser Tätigkeiten für die Arbeiterklasse das geringste gesagt? Van Kol macht selbst den Vergleich der Kolonien mit dem Militarismus, der auch vielen Arbeitern Arbeit und Lohn verschafft. Ja, was verschafft

nicht alles Arbeit und Lohn! Kirchenbauten tun das ebenfalls, ebenso höfischer Luxus, ja sogar die Prostitution und das Verbrechen. Marx hat einmal diese Auffassung köstlich persifliert durch eine Darlegung des Nutzens der Verbrechen, die so vielen Richtern, Staatsanwälten, Polizisten, Gefängniswärtern, Henkern, Handwerkern beim Bau der Zuchthäuser usw. Arbeit und Lohn verschaffen. Da könnte man auch einmal eine Resolution abfassen, die den Nutzen der Verbrechen für die Arbeiterklasse feststellt.

In dieser Weise darf eine Untersuchung über die ökonomischen Wirkungen der Kolonialpolitik nicht geführt werden. Es ist der Ruhm des kämpfenden Proletariats, daß es bisher überall dort, wo es seinen Emanzipationskampf mit voller Kraft führte, sich nur durch allgemeine gesellschaftliche Erwägungen leiten und die kapitalistische Berechnung des persönlichen Gewinns nie für seine Bewertung einer politischen Maßregel oder Forderung entscheidend werden ließ.

Ein glänzendes Beispiel dieser Art, das mit den jetzigen Kolonialfragen manche Aehnlichkeit hat, boten die englischen Textilarbeiter anfangs der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der Bürgerkrieg in Amerika um die Aufhebung der Negersklaverei war ausgebrochen. Die englischen Kapitalisten stellten sich auf die Seite der Sklavenhalter, denn, sagten sie, die Neger sind Kinder, die der Bevormundung bedürfen. Sie arbeiten nur, wenn sie gezwungen werden. Ohne Sklaverei keine Baumwolle, ohne Baumwolle keine Baumwollindustrie. Die Aufhebung der Sklaverei, die Befreiung der Neger, bedeutet den Ruin der englischen Textilindustrie, den Hungertod ihrer Arbeiter, einen Rückgang der Kultur.

Und die Tatsachen schienen ihnen recht zu geben. Die Zufuhr von Baumwolle stockte, eine entsetzliche Krisis brach in England aus, furchtbares Elend herrschte unter den Arbeitern.

Aber diese blieben fest. Sie ließen sich nicht von jenen betören, die ihnen den Nutzen der Negersklaverei für die Arbeiter Englands vordemonstrierten. Getreu ihrem Empfinden, das die Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft fordert, und das die Chartistenbewegung in ihnen so lebhaft erweckt hatte, ließen sie sich nicht nur nicht verleiten, der Sklaverei das Wort zu reden, sie traten vielmehr aufs energischste gegen sie auf, und ihnen ist es zu danken, daß die liberale Regierung Englands nicht dem Norden der Vereinigten Staaten den Krieg erklärte, um die Sklaverei im Süden zu retten.

In diesem Geiste wollen wir an die Untersuchung der ökonomischen Wirkungen der Kolonialpolitik herangehen. Nicht, daß wir die Rechnung in van Kolschem Sinne zu scheuen hätten. Gerade die deutschen Kolonien sind ein mise-

rables Geschäft. Da liegt es nahe, den geschäftlichen Standpunkt bei der Untersuchung der Kolonialfrage allein zu betonen und den kolonialen Besitz aus diesem Grunde abzulehnen. Aber für eine grundsätzliche Erörterung der Frage bedeutet das ein Ablenken vom richtigen Wege.

IV. Arbeitskolonien.

Wollen wir untersuchen, welche Bedeutung die Kolonialpolitik für die Entwickelung der Produktivkräfte der Menschheit besitzt, dann müssen wir vor allem eine scharfe Unterscheidung machen. Es gibt zwei Arten von Kolonien, die voneinander so verschieden sind, wie Feuer und Wasser. Wer sie durcheinanderwirft und nicht genau auseinanderhält, wird nie zu einem klaren Verständnis der Kolonialfrage gelangen.

In meinem Artikel von 1880 nannte ich die beiden Typen von Kolonien Arbeitskolonien und Ausbeutungskolonien. Ich halte auch heute noch diese Bezeichnungen für die entsprechendsten.

Die Arbeitskolonie wird besiedelt von Mitgliedern der arbeitenden Klassen des Mutterlandes, Handwerkern, Lohnarbeitern, namentlich aber Bauern. Sie verlassen ihre Heimat, um ökonomischem oder politischem Druck zu entgehen und sich eine neue Heimat frei von solchem Drucke zu gründen. Auf ihrer eigenen Arbeit, nicht auf der Arbeit unterworfener Eingeborener beruht eine solche Kolonie.

Eine Ausbeutungskolonie wird dagegen besetzt von Mitgliedern der ausbeutenden Klassen des Mutterlandes, denen die dort geübte Ausbeutung nicht genügt, die danach trachten, das Gebiet ihrer Ausbeutung auszudehnen. Sie gehen in die Kolonie, nicht um dort eine neue Heimat zu finden, sondern um sie zu verlassen, sobald sie genug aus ihr herausgepreßt haben; nicht um heimischem Druck zu entgehen, sondern um noch größeren Druck ausüben zu können als im Mutterlande möglich. Nicht auf ihrer eigenen Arbeit, sondern auf der Ausplünderung oder der Zwangsarbeit der Eingeborenen beruht der wirtschaftliche Nutzen einer solchen Kolonie.

Arbeitskolonien sind für europäische Nationen nur möglich in gemäßigten Klimaten; in der heißen Zone vermag der Europäer nicht jene schwere Arbeit zu leisten, die die Kultivierung einer Kolonie erfordert. Sie sind nur möglich in Gegenden mit sehr dünner Bevölkerung, also einer Bevölkerung mit sehr primitiver Wirtschaftsweise, etwa überwiegender Jagd, die für den Einzelnen, der von ihr leben will, ein

ungeheures Territorium erfordert. In dichtbevölkerten Gegenden mit entwickelter Produktion fänden die Ansiedler ja keinen Platz, fänden sie auch nicht mehr jene Freiheit, nach der sie verlangten, da stießen sie wieder auf das Privateigentum am Boden, die Grundrente, Staat und Kriegswesen, denen sie zu entfliehen suchten.

Kommen Ansiedler europäischer Zivilisation in ein fast unbevölkertes Land, an dessen Bearbeitung sie sich machen, so erhöhen sie natürlich sofort seine Produktivkraft. An Stelle der rückständigsten Wirtschaft, die kaum schon produziert, sondern vorwiegend nur sammelt, was die Natur frei bietet, setzen sie die höchsten Produktionsmethoden ihrer Zeit. Ja noch mehr: befreit vom heimischen Druck und den heimischen Lasten, von Grundrenten, Steuern, Kriegsdienst usw., können sie ihre geistigen und materiellen Kräfte viel freier entfalten als im Mutterland. Sie setzen nicht bloß die seiner Kulturstufe entsprechende hohe Produktivkraft in der Kolonie an Stelle der winzigen Produktivkraft der Wilden, sondern können auch ihre eigene Produktivkraft viel rascher als das Mutterland entwickeln und so zu einer der mächtigsten Triebkräfte der Entfaltung der allgemeinen Produktivkraft der Menschheit werden. Das glänzendste Beispiel dieser Art bilden die Vereinigten Staaten von Amerika.

Gegen *diese* Art Kolonialpolitik dürfen wir uns sicher nicht ablehnend verhalten. Geraten wir aber dadurch in Konflikt mit unserer Ablehnung jeder Art von Klassenherrschaft? Mit nichten. Diese Kolonien sind entsprungen dem Bestreben, einer Klassenherrschaft zu entgehen, sie beruhen nicht auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen, sondern auf der eigenen Arbeit der Ansiedler, begründen also jenen gegenüber nicht eine eigene, neue Art von Klassenherrschaft.

Freilich haben sie bisher überall zur Zurückdrängung, ja vielfach gänzlichen Vernichtung der Eingeborenen geführt, aber das war nicht eine unerläßliche Folge dieser Methode der Kolonialpolitik. Die Territorien, die da der Bebauung erschlossen wurden, sind so ungeheuer, daß sie sehr wohl dazu ausreichten, die neuen Ansiedler samt der alten Bevölkerung zu ernähren, wenn man diese unterrichtete und bildete und mit der neuen Produktionsweise vertraut machte. Aber die Kolonisten waren Bauern, und dem Bauern fehlt mehr als jeder anderen Klasse die Schmiegsamkeit und das Verständnis, sich in fremdes Wesen hineinzufinden, dank seiner Seßhaftigkeit und Isolierung, die seinen Horizont, namentlich bei wenig entwickelten Verkehrsverhältnissen, auf den der Gemeinde beschränkt. Der Bauer wird auch zu sehr von seiner

Arbeit absorbiert, als daß er die Zeit finden könnte, sich in fremdes Wesen liebevoll zu vertiefen und als Erzieher und Bildner zu wirken. Alle Versuche, die in dieser Richtung in Bauernkolonien gegenüber den Wilden gemacht wurden, hat man binnen kurzem wieder aufgegeben, nicht, weil die Erziehung der Wilden unmöglich, sondern weil sie umständlich war und der Bauer dem Wilden von vornherein verständnislos und mißtrauisch gegenüberstand. Die freie und kühne Eigenart des Wilden erschien den beschränkten Bauern und Kleinbürgern, die aus Europa kamen, als sittenloses Heidentum und teuflische Bosheit. Da erstanden leicht Konflikte, die tiefe und endlose Feindseligkeit hervorriefen. So ist es in den bäuerlichen Kolonien zu einer systematischen, andauernden Aufklärungsarbeit unter den Wilden nirgends gekommen. Daß sie nicht unmöglich war, beweisen die glänzenden Erfolge der Jesuiten in Paraguay, die ohne bewaffnete Hand, ohne gewaltsame Unterwerfung, ja gerade deswegen, bloß durch Klugheit und Güte etwa 100 000 wilde Indianer auf eine bedeutende Höhe der Produktivkraft erhoben, bis gewalttätiges Eingreifen der Spanier ihr Werk vernichtete. Wir müssen sicher bedauern, daß in den Arbeitskolonien nicht in gleicher Weise die Eingeborenen zivilisiert, erhalten und zu nützlichen Bürgern des Landes gemacht wurden. Das darf uns aber nicht veranlassen, die ungeheuren Vorteile zu verkennen, die solche Kolonien für die Entwickelung der menschlichen Produktivkraft bedeuten.

Für die Arbeitskolonien gilt also, daß man wohl ihre Methoden der Behandlung der Eingeborenen sehr oft verurteilen muß, die Kolonisation selbst aber nicht prinzipiell ablehnen darf, sie vielmehr als einen gewaltigen Hebel der menschlichen Entwickelung anzuerkennen hat.

Sollte die Erklärung Bebels über unsere Stellung zur Kolonialpolitik in diesem Sinne aufzufassen sein? Er sagte:

„Meine Herren, daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird. Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanischen sind, zu fremden Völkern als Befreier und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind. Wenn sie also zu den fremden Völkerschaften als Freunde kommen, als Wohltäter, als Erzieher der Menschheit, um ihnen zu helfen, die

Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen, um dadurch den Eingeborenen und der ganzen Kulturmenschheit zu nützen, dann sind wir damit einverstanden."

Ist diese Erklärung dahin aufzufassen, daß wir jede Kolonialpolitik billigen, die in der Förderung von **Arbeitskolonien** besteht, wenn gleichzeitig für die kulturelle Hebung der Eingeborenen ohne jede Vergewaltigung gesorgt wird, dann wird man ihr sicher ohne jede Einschränkung zustimmen können.

Aber dann hat diese Erklärung auch nur noch akademische, nicht programmatische Bedeutung, denn eine Möglichkeit zu kolonisatorischer Tätigkeit dieser Art gibt es kaum noch irgendwo, sicher nirgends mehr in einem auch nur einigermaßen ins Gewicht fallendem Maße.

Alle jene Gebiete, die für Arbeitskolonien in Betracht kommen könnten, sind bereits besetzt und tatsächlich, vielfach auch formell, zu selbständigen Staaten geworden: die Vereinigten Staaten, Kanada, Südbrasilien, Argentinien, Chile, Australien, Südafrika. Sie alle haben aufgehört, Objekte einer europäischen Kolonialpolitik zu sein, die zivilisatorisch wirken, ihre Produktivkräfte entwickeln könnte, manche von ihnen vermöchten im Gegenteil höhere Zivilisation und verbesserte Produktivkräfte nach Europa zu bringen.

Diese Tatsache darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn man sich über die Kolonialpolitik klar werden will. Die bürgerlichen Kolonialschwärmer suchen absichtlich den Unterschied zwischen Arbeitskolonien und Ausbeutungskolonien zu verwischen, um die Sympathien, die erstere erwecken, für die letzteren auszubeuten, die allein heute praktisch in Frage kommen. Unsere Aufgabe ist es, das Spiel zu durchkreuzen, indem wir den Unterschied und Gegensatz zwischen den beiden Kolonialarten nie vergessen lassen. Diese Aufgabe wird leider sehr oft vernachlässigt. Auch die Verfechter der sozialistischen Kolonialpolitik in Stuttgart haben beide Kolonialarten unterschiedslos durcheinandergeworfen.

So sagte van Kol:

„Die Resolution der Minorität leugnet weiter die Möglichkeit, durch die kapitalistische Kolonialpolitik die Produktivkräfte der Kolonien zu entwickeln. Das verstehe ich von einem denkenden Menschen überhaupt nicht. Man denke doch nur einen Augenblick an die Kolonisation der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ohne die Kolonisation Amerikas würden dort heute noch die Eingeborenen in den dürftigsten kulturellen Verhältnissen leben. . . . Nur das frage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte, die Kolonien aufzugeben. Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Uebervölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die

Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien?"

Ich will nicht die Frage aufwerfen, ob die heutige Auswanderung der „Uebervölkerung" zuzuschreiben ist oder nicht vielmehr, wie ehedem, politischem und ökonomischem Druck. Es sind gerade die am dünnsten bevölkerten Länder Europas, die heute die meisten Auswanderer entsenden — Irland, Rußland, Ungarn, Italien, die Balkanländer.

Aber sehen wir von dieser im Munde eines Sozialisten ganz eigenartigen Auffassung der Auswanderung ab. Nur möge uns van Kol gefälligst die Kolonien nennen, in die er den Auswandererstrom lenken möchte. Soll er nach Java und Borneo fließen? Oder nach Birma und Siam? An den Kongo oder nach Kamerun? Im Jahre 1905 wanderten über deutsche und fremde Häfen 28 075 Deutsche aus. Davon gingen 27 202 nach Amerika, 84 nach Australien, ganze 57 nach Afrika und keiner nach Asien!

Von 284 707 fremden Auswanderern, die 1905 über deutsche Häfen befördert wurden, wandten sich 204 822 nach Amerika, 34 nach Australien, 139 nach Afrika, nach Asien keiner.

In der Tat, in welche schreckensvolle Lage käme da die europäische „Uebervölkerung", wenn es keine afrikanischen und asiatischen Kolonien mehr gäbe!

Diese sind es aber einzig und allein, um die es sich heute bei der Frage der Kolonialpolitik handelt. Nur Ausbeutungskolonien kommen noch in Betracht, tropische Kolonien, nach denen eine Massenauswanderung arbeitender Elemente aus Europa von vornherein ausgeschlossen ist.

Sehen wir nun zu, wie diese auf die Entwickelung der Produktivkräfte der Menschheit wirken, ob sie dafür dieselbe Bedeutung erlangen wie die Arbeitskolonien, ob wir hier zu dem unheilvollen Konflikt zwischen jenen beiden Grundsätzen kommen, an denen wir unser ganzes Streben zu messen haben.

V. Ausbeutungskolonien alten Stils.

Ganz anders wie Arbeitskolonien wirken Ausbeutungskolonien. Sie liegen in den Tropen, wo der Europäer harte Arbeit nicht leisten kann. Die arbeitenden Klassen können dort stets nur durch Eingeborene gebildet werden oder durch eingeführte Bewohner aus anderen tropischen oder subtropischen Ländern, etwa Neger, Hindus oder Bewohner des südlichen China. Von vornherein kommen die Europäer dort-

hin nur als Ausbeuter fremder Arbeit. Ihr Aufenthalt ist dort auch in der Regel nur ein vorübergehender, weil sie auf die Dauer das Klima nicht vertragen und weil sie als Mitglieder der ausbeutenden Klassen Europas an eine Lebensführung und an Genüsse gewöhnt sind, die in den tropischen Kolonien selten zur Verfügung stehen. Nicht eine Heimat sucht der Europäer in der tropischen Kolonie, sondern schnelle Bereicherung.

Der rascheste Weg dazu ist aber die Plünderung, und diese liefert um so mehr Reichtümer, je reicher und zahlreicher die Leute sind, die geplündert werden. Sucht der Arbeitskolonist menschenleere Einöden für seine Niederlassung auf, so richten die ausbeutenden Kolonisten zuerst ihr Augenmerk auf kulturell hochstehende Gebiete, vorausgesetzt, daß diese nicht imstande sind, sich gehörig zur Wehr zu setzen. Die Wehrlosigkeit, der Mangel an kriegerischem Geist und kriegerischer Technik, und nicht der Mangel an Kultur macht ein Land zur Ausbeutungskolonie. Ein Volk mag noch so roh sein, noch so sehr höherer Kultur bedürfen, wenn es nichts besitzt, was die Habsucht lockt, dagegen über die Mittel und die Courage verfügt, sich zur Wehr zu setzen, wird keine Nation Europas daran denken, das Recht der höheren Kultur ihm gegenüber geltend zu machen und dort eine Kulturmission zu erfüllen. Aber ein Volk außereuropäischer Kultur sei im Menschenmetzeln nicht geübt und mit den neuesten Mordmaschinen nicht vertraut, und der Drang, das „Recht der höheren Kultur" ihm gegenüber geltend zu machen, erwacht um so eher und stärker, je höher seine eigene Kultur ist. Noch niemand hat sich bisher daran gemacht, etwa die Montenegriner „bevormunden" zu wollen, um sie einer höheren Kultur zuzuführen. Dagegen bildete das hochentwickelte, von feinster Kultur erfüllte Ostindien, das eine herrliche Kunst und tiefe Philosophie hervorgebracht hat, seit dem Ausgange des Mittelalters das Hauptobjekt jeglicher europäischen Kolonialpolitik. Um Ostindien und den Weg dahin drehte sie sich einzig und allein, jede Kolonialpolitik auf anderem Gebiete verdankte nur dem Streben nach Ostindien, dem Suchen eines Weges dahin ihren Ursprung.

Dieses Reich zählt fast ebensoviel Einwohner wie ganz Europa — letzteres enthält 400 Millionen, Ostindien 300 Millionen; es umfaßt doppelt soviel Einwohner als alle anderen heutigen tropischen Kolonialländer zusammengenommen. Diese ungeheure Masse zum Teil hochzivilisierter Völker ist seit Jahrhunderten das Objekt steter Plünderung durch die Europäer gewesen — zuerst direkter Beraubung im buchstäblichsten Sinne des Wortes, und als diese nicht mehr lohnte, systematischer Aussaugung durch die Besteuerungsmaschine.

Im Altertum und Mittelalter war Indien berühmt gewesen wegen seines Reichtums und des Wohlstandes seiner Bewohner. Diodor (zurzeit des Augustus) rühmte an diesem Lande, daß es nie Hungersnot kenne. Noch im 14. Jahrhundert war es reicher als Europa, Marco Polo nannte es das edelste und reichste Land der Welt. Seitdem ist dieses Gebiet zu völliger Armut herabgesunken, zu einer Stätte ständiger Hungersnot und Elendsseuchen.

Das war die Entwickelung der Produktivkräfte, die das Kolonialsystem einer Völkermasse von 300 Millionen Menschen brachte.

Beim Suchen nach dem kürzesten Wege zur Erreichung Indiens entdeckte man Amerika.

Kein altes Kulturland wurde dort der europäischen Habgier eröffnet, aber reiche Schätze an Gold und Silber. Als den Eingeborenen diese genommen waren, ging man daran, selbst nach den edlen Metallen zu graben. Dazu aber bedurfte man zahlreicher Arbeitskräfte. Die Eingeborenen, im Besitz ihrer Produktionsmittel, nicht gewöhnt, für Fremde zu arbeiten, waren für die Bergwerksarbeit freiwillig nicht zu haben. So wurden sie zur Arbeit *gezwungen*. Und wo sie ihr erlagen und ausstarben, setzte man importierte Negersklaven an deren Stelle. Sobald auf diese Weise die „Arbeiterfrage" gelöst war und zahlreiche Arbeitskräfte zur Verfügung standen, ging man daran, auch weitere Produkte für den Verkauf nach Europa zu erzeugen, Zuckerrohr, Kaffee, Baumwolle usw.

Wurde dadurch die Produktivität der Arbeit in den Kolonien vermehrt? Keineswegs. Wohl wurde die *Zahl der Produkte* vermehrt, welche die Kolonie für den Weltmarkt lieferte. Aber das ist nicht gleichbedeutend mit der Entwickelung der *Produktivität*. Vermehrung der Produktivität heißt Vermehrung der Produkte, die *gleicher Arbeitsaufwand* liefert. Das ist für das Proletariat das Entscheidende. Dem Kapitalisten handelt es sich nur um die Masse des Produkts und die Masse des Mehrwerts, ohne Rücksicht darauf, durch welchen Arbeitsaufwand dieser geschaffen wurde. Er selbst arbeitet ja nicht. Ob der steigende Mehrwert und die steigende Produktenmasse durch wachsende Ergiebigkeit der Arbeit oder durch wachsende Ueberarbeit und Unterernährung des Arbeiters erzeugt wird, das ist dem Kapitalisten gleich, nicht aber dem Proletariat. Es will sich von der harten Fron befreien, die auf ihm lastet, das kann es aber bei gleichbleibender Produktivität der Arbeit nur durch Verringerung der Produktenmasse, über welche die Gesellschaft verfügt. Will es diese Produktenmasse nicht

schmälern, will es sie gar steigern, indes es gleichzeitig seine Arbeitslast reduziert, so ist dies nur möglich durch eine Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Eine solche Steigerung hat aber die Zwangsarbeit in den Kolonien nicht hervorgerufen, wenn sie auch zeitweise eine Steigerung der Produktion mit sich brachte.

Zwangsarbeit ist stets unproduktive Arbeit. Sein ganzes Streben richtet der Zwangsarbeiter nicht danach, seine Arbeit möglichst zu fördern, sondern den verhaßten Herrn und Schinder möglichst zu betrügen und zu schädigen. Möglichst wenig und schlechte Arbeit wird geleistet, Arbeitsvieh und Werkzeuge werden in schlimmster Weise mißhandelt. Lohnarbeiter mit Hungerlöhnen arbeiten übrigens vielfach nicht besser.

Trotzdem konnte ehedem selbst die Zwangsarbeit, die Sklaverei oder Hörigkeit, zur Grundlage technischen Fortschritts werden dadurch, daß sie eine Klasse von Ausbeutern schuf, die die Muße bekamen, sich den Künsten und Wissenschaften zu widmen und damit auch dem technischen Fortschritt zu dienen.

Aber die Zwangsarbeiter selbst waren nicht die geeignetsten Leute, diese Fortschritte anzuwenden. Dazu bedurfte man freier Arbeiter. Auf allgemeiner Sklaverei aller Arbeitskräfte kann sich keine höhere Kultur erheben. Die hohe Technik der Antike wie des mittelalterlichen Handwerks wurde getragen von freien Arbeitern der Städte. Wo die gesellschaftliche Entwickelung die unfreie Arbeit zur allgemeinen Form der Arbeit macht, da führt sie in eine Sackgasse, aus welcher ein Weg zu weiterem Fortschritt nur eröffnet werden kann, wenn diese Kultur durch freie Arbeiter oder durch Arbeiter, die sich befreien, überwunden wird. Das kann sehr oft nur geschehen durch einen Sieg niederer Kultur über höhere. Auch ein Beitrag zur Lehre vom Rechte der höheren Kultur auf Bevormundung der niederen.

So endete z. B. die römisch-hellenische Kultur in dem Verkommen der Gesellschaft der Kaiserzeit, in einer Sackgasse, aus der nur der Sieg der germanischen Barbaren herausführte. Nach Bernsteins Grundsätzen hätten die römischen Kaiser ein Recht auf „Bevormundung" der Germanen gehabt und wären die Siege der letzteren über die Römer, von der Schlacht im Teutoburger Walde angefangen, die schlimmsten Niederlagen des menschheitlichen Fortschritts gewesen.

Auch später bedeutete manche Revolution in ihren Anfängen den Sieg einer niederen Kultur über eine höhere, wenn diese durch Ausbeutung von Arbeitern produziert wurde. Denn die Kulturhöhe der Ausgebeuteten wird oft eine

niedere sein als die der Ausbeuter, denen volle Muße und die reichsten materiellen Mittel zu Gebote stehen. Ich habe in meinem „Thomas More“ gezeigt, daß in der Reformation der Protestantismus die Rebellion von Völkern niederer Kultur gegenüber den höherstehenden Italienern bedeutete, und die Erstürmer der Bastille aus den Pariser Vorstädten standen ebenfalls an Kultur hinter den feinen Herren und Damen der Aristokratie weit zurück.

Wo es Klassengegensätze gibt, kann die ausgebeutete Klasse, wenn sie niederer Kultur ist, den Weg zu einer höheren nur gewinnen durch Ueberwindung der sie ausbeutenden höheren Kultur.

Doch kehren wir zu unserem Thema zurück. Wir haben gesehen, wie das Kolonialsystem die Produktivkraft Indiens völlig zerrüttete, indem die europäischen Eroberer — Portugiesen, Holländer, Engländer — es ausplünderten und in tiefe Armut versetzten; wie andererseits das Kolonialsystem in den Gebieten der Edelmetallgewinnung und des Plantagensystems die Produktivität der menschlichen Arbeit auf ein Minimum herabdrückte dadurch, daß es diese in Zwangsarbeit verwandelte.

Aber wurde durch die Ergebnisse dieser scheußlichen und grausamen Verschwendung von Mitteln und Menschenkräften nicht wenigstens die Produktivität der Arbeit in Europa erheblich gesteigert?

Sicher hat die Ausraubung der Ausbeutungskolonien enorme Reichtümer nach Europa gebracht. Aber die Räuber wurden ihrer Beute nicht froh. Ihr Glanz erweckte Neid und Habsucht der Nachbarn, gegen die sie den erworbenen Reichtum und dessen Quellen in schweren Kämpfen zu verteidigen hatten, Kämpfen, die das Land immer mehr erschöpften. Weder in Portugal, noch in Spanien wurde die Produktivkraft des Landes durch die Kolonialpolitik gefördert, sondern vielmehr gehemmt und untergraben, so daß beide Länder heute noch an deren Folgen dahinsiechen. Auch Frankreichs und Hollands industrielle Entwickelung wurde durch die ewigen Kolonialkriege schließlich gehemmt. Hollands Industrieblüte hat seit dem 17. Jahrhundert aufgehört, und heute noch ist es ein industriell rückständiges Land. Frankreichs Produktivkraft verkam im 18. Jahrhundert, dem Zeitalter seiner kolonialen Ausdehnung, vollständig. Sein industrieller Aufschwung begann erst wieder nach der großen Revolution, nachdem es sein Kolonialreich fast völlig verloren hatte.

Nur ein Land hat aus der kolonialen Ausbeutung reichen Gewinn gezogen und durch sie seine Produktivkräfte stark entwickelt: England. Dank seiner insularen Lage

braucht es sich nicht, wie die anderen Kolonialmächte, in gleichzeitigen Land- und Seekriegen zu erschöpfen. Es konnte fast seine ganze Kraft der Flotte zuwenden und durch deren Ueberlegenheit seine Feinde allenthalben aus dem Felde schlagen.

Aber auch für England war die aus der Kolonialpolitik stammende Erhöhung der Produktivkraft keine allseitige. Neben den Kaufleuten und industriellen Kapitalisten gewannen auch die großen Grundbesitzer aus ihr erhöhte Kraft. Während in Frankreich der Adel finanziell verkam und so sein Zusammenbruch in der großen Revolution vorbereitet wurde, die der Entwickelung der Produktivkräfte einen so mächtigen Anstoß gab, wurde der Adel Englands durch die Beute aus den Kolonien so gestärkt, daß er sich als herrschende Klasse Englands bis heute behauptet hat, trotz der Revolution von 1648. Dadurch wurde eine mächtige konservative Klasse geschaffen, dadurch gewann diese aber auch Mittel, die ihr vielfach erlaubten, ohne Ausbeutung landwirtschaftlicher Arbeit zu leben, was jedoch dort, wo es wirkte, nicht zur Aufhebung jener Ausbeutung, sondern zur Aufhebung der landwirtschaftlichen Arbeit führte, zur Verjagung der Bauern und Verwandlung des Kulturlandes in Parks und Jagdreviere.

Die industriellen Kapitalisten Englands aber benutzten die Kraft, die sie aus der Kolonialpolitik zogen, nicht bloß zur Entwickelung der Produktivkraft des eigenen Landes, sondern auch zur Unterdrückung der industriellen Produktivkräfte anderer, konkurrierender Länder. In Irland wie in den Kolonien Amerikas wurde dadurch jeder industrielle Aufschwung gehemmt, in Ostindien eine blühende Industrie vernichtet.

Gleichzeitig aber benutzten Adel und Bourgeoisie ihre Uebermacht, die sie aus der Kolonialpolitik zogen, dazu, die arbeitenden Klassen aufs tiefste herabzudrücken und ihnen die ganzen Lasten der endlosen Kriege aufzubürden, die in den Kolonien und um die Kolonien oft bis zu völliger Erschöpfung der Volksmasse geführt wurden. Die Zeit, in der England die größten Reichtümer aus den Kolonien zog, sein Kolonialreich am raschesten wuchs, seine Kolonialpolitik die glänzendsten Erfolge erzielte, war auch die Zeit des größten Elends, der tiefsten Degradation seiner arbeitenden Klassen.

Das ist auch ein Beitrag zur Lehre vom Nutzen der Kolonien für das Proletariat.

Für die Entfaltung der Produktivkräfte haben sich also die Ausbeutungskolonien als ein sehr zweischneidiges Schwert erwiesen. Sie haben die Entwickelung der Produktivkraft

Englands gefördert, aber auch dort nicht auf allen Gebieten, und diese Förderung wurde erkauft um einen wahnsinnigen Preis, durch die Fesselung, ja vielfache Zerstörung der Produktivkräfte des größten Teils der übrigen Welt.

Diese Phase der Kolonialpolitik ist indes heute fast ebenso ein Ding der Vergangenheit, wie die der Anlegung von Arbeitskolonien. In den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts verlor das Kolonialsystem immer mehr an Interesse für die europäischen Völker. Die kapitalistische Großindustrie hatte unter ihnen festen Fuß gefaßt und lieferte immer mehr neues Kapital, so daß die koloniale Ausbeutung dahinter an Bedeutung zurücktrat, um so mehr, als die wichtigsten Kolonien außer Indien, die amerikanischen, in dem Zeitalter der Revolution oder schon unmittelbar vor ihr sich von ihren Mutterländern losgerissen hatten, die ihre ökonomische Entwickelung hemmten.

Erst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts beginnt wieder eine neue Aera der Kolonialpolitik, die jetzt ihr Augenmerk auf den Rest der noch unverteilten Welt richtet, auf Afrika und China. Auch da kann sich's nur um Ausbeutungskolonien handeln; in China ist kein Platz für Auswanderer, vielmehr ergießt China selbst Ströme von Auswanderern in die übrige Welt. In Afrika aber verhindert es das Klima, außer im südlichsten, schon kolonisierten Teil, daß es Europäer mit der Arbeit ihrer Hände bewirtschaften.

Das neue Kolonialsystem hat jedoch einen ganz anderen Charakter als das frühere.

VI. Ausbeutungskolonien neuen Stils.

Ehedem waren die Ausbeutungskolonien in erster Linie in Betracht gekommen als Lieferanten von Kapital, das ihnen in den verschiedensten Formen entzogen wurde. Heute dagegen ist in den kapitalistischen Ländern die Produktivkraft der Großindustrie und die Ausbeutung der Arbeiterklasse so enorm entwickelt, daß sie kolossale Ueberschüsse — Mehrwerte — liefert, von denen ein großer Teil wieder als neues, zusätzliches, „akkumuliertes" Kapital verwendet wird.

Die kapitalistische Produktionsweise hat sich als das mächtigste Mittel erwiesen, das die Geschichte bis auf unsere Tage hervorbrachte, die Produktivität der Arbeit zu entwickeln. Ihre gewaltigsten Triebfedern dabei waren die Konkurrenz und der Profit. Die Konkurrenz bedroht jedes Unternehmen mit dem Untergang, das mit geringerer als der durchschnittlichen Produktivität arbeitet; das Streben nach

Profit drängt, diese Produktivität ständig zu vergrößern, da jedes Unternehmen, das mit größerer als der durchschnittlichen Produktivität produziert, Extraprofite bringt. Diese Rolle des mächtigsten Antriebes zur Entwickelung der Produktivkräfte hat jedoch die kapitalistische Produktionsweise ausgespielt. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist sie bereits an einer Grenze angelangt, von der an sie immer mehr zu einem Hindernis weiterer Entwickelung der Produktivkräfte wird. Noch nicht in dem Sinne, daß sie jede weitere Zunahme derselben unmöglich macht; eine solche Zunahme vollzieht sich vielmehr immer noch; aber bereits in dem Sinne, daß eine Produktionsweise möglich geworden ist, in der die Entwickelung der Produktivität rascher vor sich ginge als in der kapitalistischen, die im Interesse ihrer eigenen Selbsterhaltung gezwungen ist, dem Fortschritt der Produktivität immer größere Hindernisse in den Weg zu legen.

Wohl bleiben die Anstachelungen der Konkurrenz und des Profits bestehen, aber die Produktion findet immer wieder ihre Grenze am Markt. Wenn die kapitalistische Produktionsweise die Produktivität in der Erzeugung der Massengüter aufs höchste steigert, so beschränkt sie gleichzeitig den Massenkonsum der Arbeiter, die diese Güter produzieren, auf ein Minimum, produziert also einen immer größeren Ueberschuß von Massengütern für den persönlichen Konsum, der außerhalb der Arbeiterklasse verkauft werden muß. Ein Absatzgebiet dafür wird geschaffen, vor allem durch die Vernichtung der primitiven ländlichen Hausindustrie und des Handwerks, zunächst im eigenen Lande, dann in anderen Ländern. Aber diese Art, den Markt zu erweitern, geht weit weniger rasch vor sich als die Erweiterung der Produktion. Diese stößt von Zeit zu Zeit immer wieder auf Hindernisse. In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war man schon so weit, daß es aussah, als könnte die Produktion jede etwaige Ausdehnung des Marktes sofort überholen, daß das Ende der Ausdehnungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und damit ihr eigenes Ende gekommen zu sein schien. Es hatte den Anschein, als sei eine ständige und erhebliche Ausdehnung des Marktes für Güter des persönlichen Konsums in einem Maße, die mit der Zunahme der Produktivität Schritt hielt, nur noch möglich durch eine ständige und erhebliche Ausdehnung des Konsums der Arbeiterklasse. Als sei dies nicht mehr bloß eine Forderung im Interesse der Arbeiterklasse selbst, sondern eine Forderung, deren Erfüllung unerläßlich erheischt werde für den Fortgang der Produktion. Die Ueberwindung der Kapitalistenklasse, deren nächste Interessen dieser Ausdehnung

des proletarischen Konsums entgegenstanden, und der Sieg der Arbeiterklasse schien bereits eine dringende ökonomische Notwendigkeit geworden zu sein, die sich binnen kurzem durchsetzen mußte.

Aber die Kapitalistenklasse fand eine Reihe von Auswegen, ihre Herrschaft zu verlängern, sie liefen jedoch alle darauf hinaus, einerseits die Produktivität der Arbeit einzuschränken, andererseits die Verschwendung von Produkten zu vermehren. Sie bewirken dadurch, daß die Produktion fortgehen, zeitweise sogar das Tempo stärkster Prosperität annehmen kann, aber auf Kosten der Produktivität der Arbeit, die teils gehemmt, teils nutzlos vergeudet wird.

Das nächste Mittel dazu war die Beschränkung der Konkurrenz, dieses mächtigen Stachels ständiger Verbesserungen der Produktion, und die Gewährung von Extraprofiten nicht durch solche Verbesserungen, sondern durch Schaffung von Monopolen.

Auf der einen Seite wurde die Konkurrenz des Auslandes eingeschränkt durch Schutzzölle. An Stelle des Freihandels, der in den fünfziger und sechziger Jahren einen Siegeszug durch Europa angetreten hatte, traten Zölle, und zwar nicht bloß Industriezölle, sondern auch Agrarzölle, bei denen die Absicht deutlich zutage trat, nicht die industrielle Entwickelung zu beschleunigen, sondern den Besitzern der Produktionsmittel Extraprofite auf Kosten der Konsumenten, also durch Einschränkung des Konsums, zuzuschanzen.

Aber auch die Konkurrenz im Inland wurde immer unbequemer für die Kapitalistenklasse. Sie suchte sich ihrer zu entledigen durch die Einführung der Unternehmerorganisation in den Produktionsprozeß, durch das Kartell, den Trust. Dadurch wurde ein mächtiger Antrieb auf Vermehrung der Produktivität der Arbeit zum großen Teil ausgeschaltet. Die Konkurrenz wird auf ein Minimum eingeschränkt und dem Streben nach Extraprofit eine neue Richtung gegeben: viel leichter als durch Vermehrung der Produktivität der Arbeit kann der kartellierte Unternehmer jetzt seinen Profit über dessen Durchschnittsrate erhöhen durch Erhebung von Monopolpreisen. Nicht die Vervollkommnung der Technik, sondern die Vervollkommnung der Unternehmerorganisation wird jetzt der für den Profit entscheidende Faktor; diese auszubauen und zu vervollkommnen, wird jetzt der ganze Scharfsinn des Kapitalistengenies aufgeboten. Der Monopolpreis kann aber bis zu einem gewissen Grade, das heißt, solange er nicht den Konsum zu sehr einschränkt, um so höher gehen, je geringer die Masse der produzierten Waren, das heißt, je geringer deren Angebot auf dem Markt.

Das Kartell und der Trust beseitigen also nicht bloß eine Reihe von Antrieben zu technischen Verbesserungen, sie kommen oft sogar in die Lage, die Leistungen ihrer Betriebe direkt einzuschränken, um ihre hohen Preise aufrecht zu halten.

Je weiter das Kartellwesen sich entwickelt und ausdehnt, desto deutlicher bezeugt es, daß die kapitalistische Produktionsweise jene Phase überschritten hat, in der sie das mächtigste Mittel der Entfaltung der Produktivkräfte wurde, daß sie immer mehr zu einem Hindernis dieser Entfaltung wird und damit immer unerträglichere Zustände schafft, wie das Eldorado der Trusts, Amerika, deutlich beweist. Der Sozialismus ist heute schon eine ökonomische Notwendigkeit geworden, die Zeit seines Kommens nur noch eine Frage der Macht. Dem Proletariat diese Macht durch Organisation und Aufklärung zu schaffen, ist heute mehr als je die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie. Nichts sonderbarer als jene Sozialisten, die glauben, daneben auch noch für eine weitere Machtentfaltung des Kapitalismus sorgen zu müssen.

Die Einschnürung der Produktion ist aber nicht die einzige Methode, durch die sich die Kapitalistenklasse der unangenehmen Notwendigkeit zu entziehen sucht, die vermehrte Produktivität der Arbeit zur Vermehrung der Konsumgüter der Arbeiterklasse anzuwenden. Sie sucht auch die überschüssigen Produkte ihrer Betriebe los zu werden durch ihre Verschwendung. Eine sehr wirksame Methode dafür ist das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande, die Kombination von Militarismus und Marinismus, die seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu immer enormeren Dimensionen anschwillt. Das Genie der Erfinder wird dadurch immer mehr von dem Gebiet der Produktivkräfte auf das der Zerstörungskräfte gelenkt; dank dem wachsen immer mehr die Massen dieser Zerstörungskräfte, aber auch die Massen der Abwehrkräfte, die ihnen entgegengesetzt werden, verkürzt sich aber auch immer mehr der Zeitraum, innerhalb dessen die einzelnen Zerstörungs- und Abwehrmaschinen überholt und durch wirksamere ersetzt werden, die nun aufs schleunigste massenhaft zu fabrizieren sind; es wachsen immer mehr die Menschenmassen, die durch die Produktion und Bedienung dieser Maschinen der Produktion für den Konsum der Arbeiterklasse entzogen werden. Es wachsen aber auch ins ungeheuerliche die Zerstörungen, die hereinbrechen, wenn einmal dieser riesenhafte Vernichtungsmechanismus zu wirklicher Anwendung kommt.

Noch nie hat die Menschheit ein scheußlicheres und kolossaleres System der Einengung der Produktivkräfte gesehen wie dieses. Keine frühere Produktionsweise hätte

auch nur annähernd etwas ähnliches ausgehalten. Die kapitalistische Produktionsweise aber ist so weit gediehen, daß sie dieses Wahnsinns bedarf, soll sie ihre Ausbeutung der arbeitenden Massen weiter fortführen können. Die Kapitalisten gedeihen dabei und fördern daher das Wettrüsten auf jede Weise, das nie solchen Umfang hätte annehmen können, wenn sie die Mittel dazu verweigerten.

Aber freilich, auch dieses System der Einengung der Produktivkräfte der Gesellschaft bietet dem Kapitalismus nur eine Galgenfrist, nach der der Zusammenbruch um so furchtbarer erfolgen muß. Denn so profitabel das Wettrüsten für die Kapitalistenklasse und ihren Anhang ist, so bedrückend für die arbeitenden Klassen, die seine Lasten zu tragen haben in der Form von Guts- und Blutssteuern. Immer gewaltiger erhebt sich ihre Opposition dagegen, die dem Sozialismus vielleicht ebenso viele Anhänger zuführt, wie der direkte Klassenkampf gegen das Kapital. Diese Opposition muß mit einem Ruck unwiderstehlich werden, wenn ein Weltkrieg alle die grauenhaften Leiden entfesselt, welche dieses System in seinem Schoße birgt.

Die Ueberwindung des Militarismus ebenso wie die des Kartell- und Trustsystems ist aber heute nur noch möglich durch den Sozialismus. Nur in seinem Rahmen, nicht mehr in dem des Kapitalismus ist Platz für die ungeheuren Produktivkräfte, die frei werden, wenn alle die Menschen und Mittel des Militarismus und Marinismus der Produktion und Bedienung von Zerstörungsmitteln entzogen und der von Konsummitteln zugeführt werden.

Es hat Sozialisten gegeben, die den Militarismus damit verteidigten, daß er so vielen Arbeitern Beschäftigung gebe, die sonst arbeitslos bleiben müßten, und die darin einen Nutzen des Militarismus sahen. Wenn bürgerliche Politiker, die den Sozialismus für einen bloßen Traum halten, der praktisch für uns nicht in Frage komme, den Militarismus derartig verteidigen, so ist das begreiflich. Ein Sozialist dagegen sollte in der Tatsache, daß der Kapitalismus nur noch durch die wahnsinnigste und mörderischste Verschwendung den Fortgang der Produktion zu sichern vermag, doch nur ein Argument, und eines der zwingendsten, gegen den Kapitalismus, nie aber für diese Verschwendung erblicken.

Neben diesen beiden Methoden steht jedoch dem Kapitalismus noch eine dritte zu Gebote, sich die Schminke blühender Gesundheit und Jugend auf die welken Wangen zu streichen, und diese Methode ist es, die mit unserem Thema hier zusammenhängt.

Um der Notwendigkeit zu entgehen, vermehrte Konsummittel für die Arbeiter des eigenen Landes produzieren zu müssen, produziert der Kapitalismus in steigendem Maße Zerstörungs-, Kommunikations- und Produktionsmittel für das Ausland, das heißt vornehmlich für dessen ökonomisch rückständige, agrarische Länder. Da diese nicht über das nötige Kleingeld verfügen, jene Mittel zu kaufen, pumpen es ihnen die Kapitalisten des Exportlandes, oder die betreffenden Mittel bleiben Eigentum der Exporteure. Mit anderen Worten, die Kapitalisten exportieren da ihre Produkte nicht als Waren zum Verkauf an das Ausland, sondern als Kapital zur Ausbeutung des Auslandes.

Man sollte nun glauben, daß dadurch wenigstens die Entwickelung der Produktivkräfte in den agrarischen Ländern gefördert würde. Aber auch das ist nicht der Fall. Soweit eine Vermehrung der Produktivkräfte dadurch eintritt, wird sie früher oder später mehr als wett gemacht durch eine Einschnürung der Produktivkräfte.

Zunächst dient der Kapitalexport in die agrarischen Länder hauptsächlich der Förderung des Militarismus. Diese Länder müssen sich gegen die Eroberung durch eine der großen kapitalistischen Militärmächte entweder selbst verteidigen oder, wenn sie schon Kolonialbesitz sind, verteidigt werden. Auch in dem letzteren Falle hat die Kolonie den Löwenanteil an den Kosten oder die ganzen Kosten, wie in Britisch-Indien, des Militarismus zu bezahlen.

Was aber für ein hochindustrielles Land nur eine Einschränkung des Fortschritts seiner Produktivkräfte bedeutet, wird für ein agrarisches Land nur zu leicht die Ursache völligen Ruins, vollständigen Bankrotts.

Aber die Eisenbahnen? Auch diese dienen in agrarischen Ländern mit ihrem geringen Verkehr in der Regel hauptsächlich strategischen Zwecken, werden mit Rücksicht auf die Erleichterung der Landesverteidigung und nicht der Produktion gebaut, und ihre Verzinsung kostet dann mehr als sie nützen.

Natürlich gehören nicht alle Bahnen in agrarischen Ländern zu dieser Sorte. Aber auch wo sie der Produktion dienen, erhöhen sie nur anscheinend die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Solange die Eisenbahn ihm nicht erreichbar ist, hat der Bauer in rückständigen Ländern nur wenig Gelegenheit, seine Produkte zu verkaufen. Es fällt ihm nicht schwer, in günstigen Jahren einen Ueberschuß an Getreide zu behalten, der ihm als Reserve für Mißjahre dient. Der Boden ist auch gering im Wert, er kann leicht einen gehörigen

Anteil davon in der Brache halten, und so der raschen Erschöpfung des Bodens vorbeugen.

Nun kommt die Eisenbahn und verbindet ihn mit dem Weltmarkt. Sein Ernteüberschuß fließt jetzt dorthin ab, es bleibt ihm keine Reserve für schlechte Zeiten. Der Boden steigt im Wert und die Brache wird damit verlustbringend. Dabei könnte jedoch die Produktivität der Landwirtschaft sehr gewinnen, wenn der Bauer gleichzeitig durch vermehrte Geldeinnahmen instand gesetzt würde, einen Reservefonds an Geld oder Kredit anzusammeln und verbesserte Werkzeuge sowie mehr Vieh und Dünger anzuschaffen und den Wegfall der Brache auf diese Weise auszugleichen.

Aber in dem agrarischen Lande macht sich der Militarismus erdrückend bemerkbar. Er wird mit auswärtigem Geld gefüttert, und auch die Eisenbahnen werden mit Kapitalien des Auslandes gebaut. Die Verschuldung an das Ausland steigt, damit die Notwendigkeit, die Geldsteuern zu erhöhen. Auf die vermehrten Geldeinnahmen des Bauern wartet schon der Staat. Ohne Geld, ohne verbesserte Werkzeuge muß jetzt der Bauer die alte Wirtschaft fortsetzen, aber ohne Naturalvorräte für schlechte Zeiten und ohne Brache. Das erste schlechte Jahr wird jetzt zur Katastrophe für ihn. Oft muß er sein Vieh opfern, mindestens es reduzieren; mit vermindertem Zugvieh, mit weniger Dünger muß er den Boden kultivieren, der immer schlechter bebaut und dabei ununterbrochen ausgesogen wird. Das Resultat: Zunahme der Mißernten, Rückgang und schließlich trostloser Verfall der Landwirtschaft.

Das ist das Bild, wie es uns heute Rußland zeigt. Aber in Ostindien können wir den gleichen Prozeß beobachten. Auch dort stetige Zunahme von Hungersnot und Elend, trotz des starken Zuströmens englischer Kapitalien nach Indien und der stellenweisen Verbesserung seiner Produktivkräfte dadurch.

In seinem Bericht an den Internationalen Kongreß sagte Hyndman, der Indien genau kennt, darüber:

> „Die Verarmung nimmt zu. Herr Digby, Beamter einer der großen Hungersnotagenturen, mit besonderen Gelegenheiten, Informationen zu erlangen, berechnete, daß die Bauern in den Distrikten außerhalb der fixen Besteuerung*) im Jahr nur halb so viel zu essen bekommen, wie ihre Großväter, und nur ein Drittel dessen, was deren Großväter erhielten. Dennoch wird die Grundsteuer mit größter Strenge eingehoben und muß der Regierung bar bezahlt werden, ehe die Ernte eingebracht ist."

*) Der Bauer wird in Indien entweder individuell besteuert, das Rayotwarsystem, dem 278 Millionen Acres unterliegen, oder er wird als Pächter eines „Zemindar" angesehen, dem eine fixe Steuer für sein ganzes Gebiet auferlegt wird. Der letzteren Steuerart unterliegen 318 Millionen Acres. (Ein Acre gleich 40 Ar.)

Dafür zieht England aus Indien eine stets wachsende Summe, die jetzt auf rund 700 Millionen Mark im Jahr zu schätzen ist. (Vergl. darüber auch Hyndman, die Ursachen der Hungersnöte in Britisch-Indien, „Neue Zeit“, XVIII, 2, Seite 69 ff.).

Das Gleiche wird aus dem holländischen Indien berichtet. In seinem Artikel über den „Zusammenbruch des holländischen Kolonialsystems“ („Neue Zeit“, XXII, 1, S. 425) zitiert Vliegen eine Rede van Kols in der holländischen Kammer über Java, das dieser in hervorragendem Maße kennt. Vliegen schreibt darüber:

„Van Kol gibt eine Uebersicht des Notstandes auf Java, der sich dem Britisch-Indiens nähert. Die chronische Hungersnot, die man schon lange in Britisch-Indien kennt, hat jetzt ihren Einzug auf Java gehalten, in das fruchtbarste Land der Welt! Eine Million Menschen, nach den Angaben der Behörden, hungern. Im Jahre 1860 kamen auf jede Javanerfamilie 12,4 Pikol Reis (1 Pikol = 61,76 Kilogramm), 1883 noch 11,3 Pikol, im Jahre 1900 nur noch 9 Pikol.“

Das sind die Ergebnisse des wachsenden Kapitalexports in agrarische Länder. Oberflächliche Beschauer mögen sich blenden lassen durch das Bild, das von dem Segen entworfen wird, den Eisenbahnen, Kanalbauten und andere Errungenschaften der Neuzeit in Ländern wie Indien verbreiten. Es gibt sogar Parteigenossen, die die Hungersnot und Pest Ostindiens mit rosiger Brille betrachten. Die Verbesserung der Kommunikations- und Produktionsmittel müßte in der Tat die Produktivkräfte der ökonomisch rückständigen Nationen bedeutend heben, wenn sie nicht zusammenfiele mit wachsender Zunahme der Militärlasten und der Verschuldung an das Ausland. Dank jenen Faktoren wird diese Verbesserung nur zu einem Mittel, aus armen Ländern mehr Produkte herauszupressen als ehedem, so viel herauszupressen, daß nicht nur die eventuelle Mehrproduktion dadurch aufgesaugt wird, die aus den technischen Verbesserungen hervorgeht, sondern daß die Masse der Produkte abnimmt, die im Lande für die Produzenten verbleibt. Unter solchen Bedingungen wird der technische Fortschritt zu einem Mittel des Raubbaues und der Verarmung.

Den das Kapital exportierenden Kapitalisten aber ersteht daraus reicher Gewinn, doppelter Gewinn. Sie werden ihre Produkte los, die im Inlande keinen Absatz mehr finden, und sie werden sie los nicht als einfache Waren, für die sie bloß deren Wert wiedererhalten, sondern als Kapitalien, als Mittel, die Ausbeutung des kapitallosen agrarischen Auslands zu steigern und ins endlose fortzusetzen — das heißt, so lange, als das Ausland sich diese Ausbeutung gefallen läßt. Der

Drang, sie abzuschütteln, wächst aber in demselben Maße, wie die Ausbeutung selbst.

Die Empörung gegen die kapitalistische Ausbeutung beginnt überall, wo diese eine gewisse Höhe erreicht hat, aber im Inland hat das einheimische Kapital die Beruhigung, daß die Staatsgewalt hinter ihm steht, die es schützt und allen Versuchen, sein Joch abzuschütteln, energisch entgegentritt. Im Auslande fehlt ihm sehr oft diese Sicherheit. Und es bedarf dort keiner grundsätzlichen, proletarischen Auflehnung gegen die Gesamtheit der kapitalistischen Ausbeutung, um die Sicherheit der ausländischen Kapitalien zu gefährden. Die Staatsgewalt und die besitzenden Klassen eines ans Ausland verschuldeten agrarischen Landes benutzen gern gute Gelegenheiten, den Druck manchen ausländischen Kapitals abzuwälzen, wäre es auch nur, um selbst kapitalistische Ausbeutung für sich üben zu können. Durch Bankrotte von Staaten, Eisenbahnen, Bergwerken, etwa in Südamerika, sind z. B. den Engländern zahlreiche Kapitalien verloren gegangen. Nicht immer war wirkliche Zahlungsunfähigkeit, oft nur Zahlungsunwilligkeit daran schuld.

Dieser Gefahr entgehen die Kapitalisten, wenn das agrarische Gebiet, in das sie Kapitalien exportieren, der Staatsgewalt eines Landes europäischer kapitalistischer Kultur untersteht, das heißt, wenn es seine Selbständigkeit verliert und Kolonie wird. Aber es genügt dem Kapital nicht, daß irgendeine europäische Macht das Land zur Kolonie macht und damit die Sicherheit des europäischen Kapitals verbürgt. Sie bedürfen dazu der Staatsgewalt des eigenen Landes.

Braucht das Kapital die Staatsgewalt, daß sie ihm den ungestörten Fortgang der Ausbeutung sichere, so bedarf es ihrer oft schon, daß sie ihm den Beginn der Ausbeutung ermögliche. Die Lieferungen von Schußwaffen und Panzerschiffen, der Bau von Eisenbahnen und Kanälen, die Eröffnung von Bergwerken kann nicht nach Belieben unternommen werden, sie erheischt die Gutheißung der Staatsgewalt. Jeder Staat bevorzugt dabei naürlich die Kapitalisten des eigenen Landes. Soweit diese Kapitalien exportieren, haben sie also das höchste Interesse daran, daß der Kolonialbesitz des eigenen Staates möglichst umfangreich ist und möglichst rasch wächst.

So entsteht in den kapitalistischen Nationen seit den achtziger Jahren eine neue Aera der Kolonialpolitik. Deutschland gründet ein Kolonialreich, Frankreich, England und Holland erweitern die ihrigen, und kaum sind die Vereinigten Staaten so weit, daß sie an einen Kapitalienexport denken können, so bemächtigen sie sich einiger polynesischen Inseln sowie der Philippinen, Portoricos, Kubas.

Diese neue Kolonialpolitik hat nichts gemein mit der vergangenen Politik der Gründung von Arbeitskolonien. Nur tropische Kolonien, Ausbeutungskolonien, sind ihr Objekt. Aber sie ist auch verschieden von der alten Politik der Ausbeutungskolonien, die in diesen bloße Gegenstände der Plünderung, des Zusammenraffens von Reichtum sah, den man als Kapital ins Mutterland schleppte. Umgekehrt, es ist eine Politik, die Kapitalien der Kolonie zuführt, Kulturwerke in dieser aufführt, anscheinend also nicht mehr verwüstend, sondern kulturfördernd wirkt.

Aber wir haben schon gesehen, daß man sich durch den Schein nicht täuschen lassen darf, wie die eventuelle daraus erwachsende Hebung der Produktivkräfte mehr als aufgehoben wird durch das gleichzeitige Wachstum des Kriegswesens mit aller seiner Vergeudung von Produktivkräften und der Verschuldung an das Ausland.

In Kolonien, in denen noch urwüchsige Verhältnisse herrschen, der Bodenkommunismus überwiegt, die Volksmasse im Besitz ihrer Produktionsmittel ist und bequem — nach ihren Bedürfnissen — davon lebt, da bedarf das einwandernde Kapital erst noch der künstlichen, gewaltsamen Herstellung von Verhältnissen, die die Bevölkerung zum Objekt seiner Ausbeutung machen. Da heißt es, die Eingeborenen expropriieren, zur Arbeit zwingen, will das Kapital Profite erzielen. Da wiederholen sich die Scheußlichkeiten des früheren Kolonialsystems aus der Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die Scheußlichkeiten der Cortez und Pizarro, der Clive und Warren Hastings, wie uns die Infamien des Kongostaates zeigen, hinter denen aber manche Blüten anderer moderner Kolonialpolitik nicht weit zurückstehen, deutscher wie französischer, englischer wie holländischer und amerikanischer.

Diese Erscheinungen haben wohl die Verfechter einer sozialistischen Kolonialpolitik im Auge, wenn sie zwar es ablehnen, die Kolonialpolitik prinzipiell zu verwerfen, die Festhaltung der Kolonien verlangen, aber die „jetzige Kolonisationsmethode" verwerfen.

Indes liegen die Dinge nicht besser in den alten Kolonien, wo schon eine entwickelte Warenproduktion besteht, sowie eine verarmte und herabgedrückte Bevölkerung, wo also die Vorbedingungen kapitalistischer Ausbeutung nicht erst künstlich geschaffen werden müssen. Hier wirken die ökonomischen Gesetze unter einer starken Staatsgewalt von selbst mit genügender Macht, dem Kapital seine Ausbeutung zu sichern, da kann man die Grausamkeiten entbehren. So bietet denn auch etwa die Verwaltung Britisch-Indiens ein weit freundlicheres Bild als die unserer Kolonien. Sie ist stellenweise von einem

gewissen Wohlwollen für die Eingeborenen erfüllt. Aber ist da auch die Kolonialmethode eine andere, so ist ihre Wirkung nicht weniger verhängnisvoll für das Kolonialland. Und wie leicht das persönliche Wohlwollen flöten geht und wilder Grausamkeit Platz macht, wenn die Staatsgewalt und damit die Sicherheit der Ausbeutung auch nur im geringsten angetastet wird, das zeigen die jüngsten Unterdrückungsmaßregeln der Engländer in Bengalen und Aegypten.

Auch dies „friedliche" Kolonialsystem zeitigt Zustände, die jede nur einigermaßen widerstandsfähige Bevölkerung früher oder später zur Auflehnung zwingen. Wo aber die Rebellion nicht gelingt, wo das kapitalistische Joch nicht abzuschütteln ist, da führt dieses neue Kolonialsystem zum finanziellen Bankrott. Wie Rußland, wo das ausländische Kapital auch eine so hohe Rolle spielt, heute ständig zwischen Revolution und Bankrott schwebt, so wird Britisch-Indien bald in ähnlicher Lage sein, indes Java der Bankrott ohne Revolution droht.

Wie das System der Kartelle und Trusts, wie der Militarismus, so kann auch der Kapitalienexport und seine Konsequenz, das neue Kolonialsystem, den Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise nicht unmöglich machen, obwohl er ebenso wie die beiden erstgenannten Erscheinungen ein mächtiges Mittel geworden ist, diesen Zusammenbruch um einige Jahrzehnte hinauszuschieben.

Für die Kapitalistenklasse ist die Kolonialpolitik eine Notwendigkeit, ebenso wie der Militarismus. Aber es ist eine schlechte Logik, daraus zu folgern, daß nun auch für das Proletariat die Kolonialpolitik eine Notwendigkeit sei. Warum nicht auch der Militarismus? Sie ist für das Proletariat nicht in höherem Grade eine Notwendigkeit, wie der ganze Kapitalismus. Und wie dieser heute nicht bloß vom proletarischen, sondern auch vom allgemein gesellschaftlichen Standpunkt ein Uebel geworden ist, ein Hemmnis der vollen Entwickelung der Produktivkräfte der Menschheit, so ist auch die Kolonialpolitik, als ein Mittel, dieses Dasein zu verlängern, nicht durch vermehrte Entwickelung der Produktivkräfte, sondern durch deren Hemmung, ebenfalls zu einem Uebel geworden, das zu bekämpfen ist selbst dort, wo es in anscheinend wohlwollenden Formen auftritt.

Wenn dem Proletariat sein ethischer Instinkt Abscheu gegen jede Form der Rassen- wie der Klassenherrschaft, gegen jede Fremdherrschaft einflößt, so zeigt die wissenschaftliche Untersuchung der Faktoren, die für die Entwickelung der Produktivkräfte in Betracht kommen, daß dieser Instinkt es richtig führt, wie auch sein Klasseninteresse es zu jener Klasse macht,

deren dauerndes Sonderinteresse heute zusammenfällt mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Auch vom allgemeinen Standpunkt der Entwickelung der Produktivkräfte der Menschheit haben wir alle Ursache, jede Kolonialpolitik abzulehnen, die heute nichts anderes mehr sein kann, als Fremdherrschaft, Rassenherrschaft.

VII. Gewaltsame oder friedliche Zivilisierung.

Ist unsere Auffassung richtig, dann folgt daraus, daß das Proletariat sich überall energisch gegen die Erwerbung neuer Kolonien wendet, ebenso energisch aber jede Bewegung fördern muß, in der die Einwohner einer Kolonie ihre Selbständigkeit fordern. Unser Ziel muß sein: Aufgebung der Kolonien, Freigebung der Nationen, die sie bewohnen.

Nur davon kann man vom proletarischen Standpunkt aus reden, nicht etwa vom Verkauf der Kolonien. Wir bekämpfen die Kolonialpolitik prinzipiell, also nicht etwa bloß in Deutschland. Ob eine Kolonie aus deutschem in französischen oder holländischen Besitz übergeht oder umgekehrt, das ändert an der Tatsache nichts, die wir bekämpfen, daß ihre Einwohner unter einer Fremdherrschaft stehen. Der Verkauf einer Kolonie als vorübergehender Notbehelf, um an Stelle eines grausamen Herrn einen milderen zu setzen, geht uns hier nichts an.

Gegen die Aufgebung der Kolonien sträuben sich aber energisch unsere sozialistischen Kolonialpolitiker, als deren Repräsentanten in Stuttgart van Kol, David, Bernstein auftraten.

Drei Gründe sind es, die sie dagegen vorführen:

1. Es gibt Nationen, die einer Vormundschaft bedürfen, die man nicht frei herumlaufen lassen darf.

2. Die Kolonien müssen auf jeden Fall durch das Stadium des Kapitalismus hindurchgehen, sollen sie zum Sozialismus gelangen können.

3. Die Aufgebung der Kolonien würde diese kulturell herabsinken lassen.

Alle drei Gründe beweisen, was ja auch das Ablehnen der Aufgebung des Kolonialbesitzes bezeugt, daß die Verfechter einer „sozialistischen" Kolonialpolitik tatsächlich für eine Beteiligung an der heutigen Kolonialpolitik eintreten, der sie nur ihre grausamen Methoden abstreifen wollen. Ob ihre Gründe sonst noch etwas beweisen, werden wir sehen.

Der erste Grund ist zum Teil schon behandelt worden in unserer Untersuchung über das „Recht" der höheren Kultur

auf Beherrschung der niederen. Es bedarf nur noch einiger Ergänzungen des dort Ausgeführten.

Der Satz von der notwendigen Bevormundung, ja Beherrschung mancher Nationen kann in zweifachem Sinne aufgefaßt werden.

Einmal als die Behauptung, die Menschheit zerfalle in zwei große Gruppen von Nationen; solche von höherer und solche von minderer Begabung, die aus eigener Kraft sich nicht weiter entwickeln können und daher von den höheren Nationen entweder beherrscht und weitergebildet oder, wo sie sich dagegen wehren, aus dem Wege geräumt werden müssen.

Wäre diese Behauptung richtig, dann böte die Kolonialpolitik das ungeeignetste Mittel, die nötige Auswahl unter den Nationen zu treffen. Wir haben ja gesehen, daß nicht die Kulturfähigkeit einer Nation, sondern ihre Wehrhaftigkeit sowie der Reichtum ihres Landes darüber entscheiden, ob sie Objekt der Kolonialpolitik wird oder nicht.

Aber diese Einteilung der Menschheit in zwei verschiedene Gruppen ist auch falsch, nichts als ein Ausfluß europäischen Hochmuts und Größenwahns, eine Variation der Ansicht, daß Europa allein im Besitz des wahren, alleinseligmachenden Glaubens sei, den es allen anderen Nationen aufzuzwingen habe. Wissenschaftlich hat sie nicht die geringste Grundlage. Sicher bestehen zwischen einzelnen Nationen gewaltige Unterschiede geistiger wie physischer Art. Aber bei keinem der sogenannten Rassenmerkmale läßt sich mit Bestimmtheit entscheiden, ob und inwieweit es auf die Abstammung von einer besonderen Urrasse der Menschenaffen zurückzuführen, ob und inwieweit es im Laufe der historischen Entwickelung erworben sei. Die Einheit des Menschengeschlechts wird aber erwiesen dadurch, daß die Gesetze seiner Entwickelung für alle Nationen die gleichen sind, trotz aller Verschiedenheiten des Werdegangs der einzelnen, daß wir bei den Wilden und Barbaren der entferntesten Zonen dieselben Züge finden, wie bei den Vorfahren der heutigen Kulturnationen. Und von keinem Volke, auch nicht dem tiefststehenden, kann man mit Sicherheit behaupten, es sei entwickelungsunfähig; bei keinem ist es möglich, irgendeine Grenze seiner Entwickelungsfähigkeit zu bestimmen. Wer das Gegenteil behauptet, dem obliegt es, den Beweis dafür zu erbringen, der bisher noch nicht einmal versucht worden ist.

Aber es ist wahrscheinlich, daß die Freunde der sozialistischen Kolonialpolitik ihre Einteilung der Menschheit in niedere und höhere Rassen auch nicht in diesem Sinne meinen. Sie gehen vielleicht von der ja allgemein zugegebenen Tatsache aus, daß es Völker der verschiedensten Kulturstufen gibt,

und meinen bloß, daß es höchst wünschenswert wäre, wenn die fortgeschrittenen Völker die Entwickelung der zurückgebliebenen nach Möglichkeit förderten. Das sei aber durch rein friedliche Mittel des Verkehrs, des Beispiels, der Aufklärung nicht möglich. Die ursprüngliche Wildheit bedürfe des Zwanges, um überwunden zu werden und daher der Kolonialpolitik, das heißt der Eroberung und Unterwerfung des Landes der Wilden durch eine höhere Nation.

Daß ich das ablehnte, darob hat mich van Kol in Stuttgart nicht schlecht abgekanzelt.

„Noch ärger hat es der gelehrte Kautsky gemacht, als er Ratschläge über die industrielle Entwickelung in den Kolonien gab. Wir sollten die Maschinen und Werkzeuge nach Afrika bringen! Büchertheorie! Damit will er das Land zivilisieren! . . . Wenn wir Europäer mit Werkzeugen und Maschinen dahinkommen, wären wir die wehrlosen Opfer der Eingeborenen. Deshalb müssen wir mit den Waffen in der Hand dahinkommen."

Vor allem eine Frage: wenn die Wilden von besseren Werkzeugen nichts wissen wollten, wenn die Wilden Aexte, Messer, Spaten, Hammer und Bohrer usw. ebenso hartnäckig zurückweisen sollten, als sie sie in Wirklichkeit gierig verlangen, warum sie ihnen mit den Waffen in der Hand aufzwingen? Will man die Wilden auch mit den Waffen in der Hand zwingen, jene Werkzeuge zu gebrauchen? Das hieße doch nichts anderes als Zwangsarbeit. Will man diese einführen, dann bedarf es freilich bewaffneten Einschreitens. Sie wird von den Wilden auf das hartnäckigste abgewehrt, und ebenso hartnäckig werden alle Werkzeuge und Maschinen zurückgewiesen, die als Mittel der Zwangsarbeit auftreten.

Will man aber nicht die Zwangsarbeit, und ich hoffe, kein Befürworter einer sozialistischen Kolonialpolitik will sie, welchen Zweck hat dann das Eingreifen der bewaffneten Macht? Kann man freie Arbeiter jemals anders als durch Ueberredung und Beispiel veranlassen, verbesserte Werkzeuge an Stelle schlechter zu benutzen? Und haben sich andererseits freie Arbeiter je geweigert, bessere Werkzeuge zu benutzen, wenn sie deren Ueberlegenheit erkannt und sich mit ihrer Benutzung vertraut gemacht hatten? Was sollen bei alledem die Waffen in der Hand?

Van Kol meinte, die Wilden würden diejenigen, die zu ihnen mit Werkzeugen und Maschinen kämen, totschlagen und auffressen, ehe man in die Lage käme, ihnen die neuen technischen Vorteile zu erklären, und meine gegenteilige Auffassung sei „Bücherweisheit", die vor den Erfahrungen van Kols, des alten kolonialen Praktikers, nicht Stand halte. Diese Erfahrungen in allen Ehren, aber man kann sehr wohl

16 Jahre lang Ingenieur in Java gewesen sein, ohne erfahren zu haben, wie man mit Wilden verkehrt. Die verachtete Bücherweisheit dagegen setzt uns in Stand, die Erfahrungen anderer Leute kennen zu lernen, die mit dem Verkehr mit Wilden genau Bescheid wissen. Da sind es gar viele Forschungsreisende und Missionare, die bezeugen, daß man bis ins Herz von Afrika vordringen und die wildesten Wilden aufklären und bilden kann, ohne mit bewaffneter Hand zu kommen. Die Erfahrungen etwa eines Livingstone bedeuten da für mich denn doch etwas mehr, als die gegenteiligen Auffassungen und Scherze unseres Freundes van Kol. Der Arzt und Missionar Livingstone lebte von 1841 dreißig Jahre lang fast ununterbrochen im Herzen von Afrika, das damals noch ganz unerforscht war. 1873 erlag er dem mörderischen Klima, nicht den Wilden, mit denen er aufs trefflichste ausgekommen war. Er bedurfte keiner Kolonialpolitik, keiner bewaffneten Macht, um aufklärend und bildend auf die Neger zu wirken. Und dabei hatte er sich die schwierige und gefährliche Aufgabe gestellt, unter Sklavenhändlern Propaganda gegen den Sklavenhandel zu treiben.

Der Uebersetzer seines letzten Reisewerkes (Letzte Reise von David Livingstone in Zentralafrika von 1865 bis zu seinem Tode 1873. Herausgegeben von Horace Waller. Hamburg, 1875, 2 Bände), Dr. J. M. Boyes, schrieb von ihm:

> „Livingstone war groß als Forscher und Entdecker, aber größer noch als Mensch. Ursprünglich nach Afrika gegangen als Missionar, bewahrten seine Unternehmungen bis zuletzt einen im edelsten Wortsinne frommen Charakter, indem sein stetes Augenmerk darauf gerichtet war, mit den Bemühungen für die Bereicherung der Geographie von Afrika den liebevollsten Eifer für die Belehrung und Aufklärung der Eingeborenen zu verbinden. Die Sklaverei hatte in ihm einen unermüdlichen Widersacher. Bei jedem Dorfvorsteher und Häuptling erhebt er von neuem seine abwehrende Stimme gegen die Greuel des Menschenhandels, deren furchtbare Folgen er mit ergreifender Anschaulichkeit schildert. Immer und immer wieder ermahnt er die Eingeborenen: „Verkauft Euch nicht untereinander, sondern liebet Euch untereinander!“ — und von dieser Nächstenliebe, die den roten Faden aller seiner Bestrebungen bildete, gab er tausendfach die rührendsten Beweise in seinem Verkehr mit den Negern, mit denen er umging, wie ein Vater mit seinen Kindern oder ein Lehrer mit seinen Schülern.“

Leute wie Livingstone hatte ich im Auge, als ich in meiner „Bücherweisheit“ darauf hinwies, wer den niederen Völkern Kultur bringen wolle, müsse vor allem ihr Vertrauen gewinnen. Das ungeeignetste Mittel dazu sei aber die Anwendung der Gewalt.

Ich dachte jedoch auch an die Erfolge, welche die Jesuiten in Paraguay erzielt hatten. Nicht, daß ich jenen Jesuitenstaat verherrlichen wollte. Er diente der Ausbeutung, und die Kulturtätigkeit der Jesuiten in ihm war daher in bestimmte Grenzen gebannt. Aber eins haben sie gezeigt: wie gänzlich unnütz, ja verkehrt es ist, mit den Waffen in der Hand zu den Wilden zu kommen, wenn man sie nicht zu Zwangsarbeit unterwerfen, sondern bloß mit vollkommeneren Produktionsmethoden vertraut machen will.

Statt mit den Waffen in der Hand zu den Wilden zu kommen, um ihnen eine neue Zivilisation aufzuzwingen, die diese nicht begriffen, kamen die Jesuiten unbewaffnet zu ihnen, studierten ihre Eigentümlichkeiten und suchten auf der gegebenen sozialen Grundlage weiter zu bauen und den Wilden höhere Kenntnisse beizubringen. Sie tasteten die Gentilverfassung und den Kommunismus nicht an, legten den Wilden keine ungewohnte Arbeitslast auf, sondern suchten sie zu den neuen Arbeiten dadurch heranzuziehen, daß man diese zu einem Vergnügen stempelte. Man wird an Fourier erinnert, wenn man z. B. liest, wie der Jesuitenpater Antonius Sepp 1698 aus Paraguay über die Baumwollenernte berichtet:

„Dieses geschieht durch die Kinder, welche mit Freuden daran gehen und zur Erhaltung der Lust mit Trompeten und Pfeifen hinausgeführt und heimbegleitet werden, wofür sie, nach vollendeter Ernte, jedes ein langes weißes Hemd bekamen."

Musik, Tanz und Mummenschanz spielen eine große Rolle im Jesuitenstaat und die Patres haben dafür zu sorgen, daß der Kirchendienst möglichst lustig ausfällt. Der Pater Sepp berichtete über sein Tagewerk, daß er zuerst die Kranken besuche, dann die Schule, worauf er zu den Musikanten geht, ihren Gesang anhört, dann die „Harpisten", Organisten und „Tiorbisten" instruiert und die Tänzer „zu Hand nimmt". „Ich lehre sie einige Tänze, wie wir in den Komödien zu haben pflegen. Es ist hier höchst vonnöten, die Ungläubigen mit dergleichen Sachen einzunehmen." Auch in der Kirche wird getanzt.

Die Musik war das Hauptmittel der Jesuiten, als sie in die Wildnisse von Paraguay kamen, um deren unbändige Bewohner anzuziehen und ihr Vertrauen zu gewinnen, so daß man sie seßhaft machen und in allen Künsten unterrichten konnte.

Der Jesuit Charlevoix berichtet von ihnen:

„Sie begriffen, gleich als wenn es ihnen angeboren wäre, mit leichter Mühe alle Künste, zu denen man sie anwies. Man hat zwar an ihnen keine Fähigkeit, etwas Neues zu erfinden, gemerkt, aber man hat bald an ihnen wahrgenommen, daß sie die Gabe der Nachahmung desto vollkommener besitzen. . . . Sie

verfertigen und spielen alle möglichen Musikinstrumente. Man hat gesehen, daß sie die besteingerichteten Orgeln, bloß nach dem Ansehen, gemacht haben, ebenso Himmelskugeln, Teppiche türkischer Art und alles, was in der Manufaktur schwierig ist. . . . Jede Reduktion (Niederlassung) hat eine Schule, darinnen die Kinder lesen und schreiben lernen. Es ist auch noch eine andere da, wo man die Musik und das Tanzen lehrt. . . . Ueberall sind Werkstätten von Vergoldern, Malern, Bildhauern, Goldschmieden, Uhrmachern, Schlossern, Zimmerleuten, Schreinern, Webern, Rotgießern, mit einem Worte, von allen Künsten und Handwerken, die ihnen nützlich sein können. Sobald die Kinder die Jahre erreichen, da sie zu arbeiten vermögen, führt man sie in diese Werkstätten und bestimmt sie zu derjenigen Profession, zu welcher sie am meisten Lust bezeigen . . . Ihre ersten Meister waren Fratres von den Jesuiten, die man dazu eigens hatte kommen lassen. Oftmals sahen sich sogar die Missionare genötigt, den Pflug zu regieren und den Spaten zu führen, um den Ackerbau anzufangen und sie durch ihr Beispiel aufzumuntern, das Land anzubauen, zu säen und zu ernten." (Geschichte von Paraguay. Nürnberg 1768. I. S. 359 ff., II. S. 7 ff.)

Auf diese Weise und nicht mit den Waffen in der Hand haben die Jesuiten das Vertrauen der Indianer und Einfluß auf sie gewonnen. Ja, anstatt die Wilden durch die Macht der Waffen zu „bevormunden", durften sie es vielmehr wagen, ihnen Waffen in die Hand zu geben, um ihre neue Zivilisation gegen jene Europäer zu verteidigen, die sie nach dem herkömmlichen Rezepte zu zivilisieren gedachten. Leider waren ihnen auf dem Gebiete des Kriegswesens die Machtmittel der europäischen Kultur überlegen. 1750 begannen Spanier und Portugiesen einen Krieg gegen das eigenartige Gemeinwesen, das sich verzweifelt wehrte und erst nach fünf Jahren völlig vernichtet werden konnte. Seine Bewohner wurden in die Sklaverei geschleppt oder in die Urwälder gejagt. Das Land selbst ist seitdem zu völliger Wildnis geworden, seine Einwohner zu nackten Wilden.

Es liegt mir, wie schon gesagt, fern, den Jesuitenstaat von Paraguay zu verherrlichen. Auch er war nur ein Ausbeutungsmechanismus; auch der Jesuitenorden zivilisierte die Indianer nur so weit, als es in seinem eigenen Interesse lag. Aber eines beweist er unwiderleglich: die Entbehrlichkeit der Zivilisierungspolitik der bewaffneten Hand, und die Ueberlegenheit der friedlichen Methode der Zivilisierung.

Freilich, Intelligenz, Studium und gütige Geduld gehören dazu. Leute, die sich eine solche Zivilisierungspolitik nur in der Weise vorstellen können, daß man eine Dampfmaschine nach Zentralafrika schleppt und es den Wilden überläßt, mit ihr anzufangen was sie wollen, werden dabei nichts

ausrichten können. Die Politik der bewaffneten Hand ist sicher weit einfacher, erfordert weit weniger Wissen, Klugheit und Geduld. Von ihr gilt, was Cavour vom Belagerungszustand sagte: Damit kann jeder Esel regieren.

Aber gerade dadurch, daß die friedliche Methode weit höhere Ansprüche an den Zivilisator und Lehrer stellt, als die gewaltsame, ist sie dieser überlegen. Während heute, unter dem Regime der gewaltsamen Methode, der Abhub der Zivilisation, der in Europa zu nichts mehr taugt, gerade gut genug dazu erscheint, den Wilden eine höhere Kultur beizubringen, zwingt die Methode der waffenlosen Kulturarbeit, nur auserlesene Leute mit ihr zu betrauen. Wie die Lehrer, erhebt sie aber auch die Schüler, setzt an Stelle scheuer, verstockter, feindseliger Zwänglinge freudige und vertrauende Freunde. Wird im ersten Falle alle Intelligenz der „Schüler" nur dazu aufgeboten, dem „Lehrer" zu entwischen oder ihn lahmzulegen, so im zweiten dazu, ihn zu begreifen und durch Erfolge zu erfreuen.

Sicher beabsichtigt van Kol nicht, die bewaffnete Macht zu gewalttätigem Vorgehen zu benützen. Sie soll offenbar nur die Ordnung aufrecht erhalten. Aber die Dinge haben ihre Logik, die sich vollzieht, welches immer unsere Wünsche sein mögen. Wenn bei einem Streik bewaffnete Macht aufgeboten wird, soll sie auch nur die Ordnung aufrecht erhalten. Aber sie erweist sich stets als das beste Mittel, die Streikenden zu erbittern und zu provozieren. Wenn etwas die Ordnung gefährdet, ist es das Aufgebot bewaffneter Macht.

Das gilt für den Naturmenschen nicht minder wie für den Kulturmenschen.

Van Kol und seine Freunde mögen in alledem nur lächerliche „naiv-doktrinäre Bücherweisheit" sehen. Aber es ist die Bücherweisheit, die ein Owen und ein Fourier verkündeten, die alle großen sozialistischen Denker von Thomas More an bis Marx beseelte; und sie ist aufgebaut auf den besten pädagogischen Erfahrungen seit Comenius.

Das Proletariat hat nicht den mindesten Grund, hierin irgend etwas zu revidieren.

Diese Ausführungen sollen aber nicht etwa allzu großer Geschäftigkeit in der „Erziehung" der rückständigen Völker das Wort reden. Die Proletarier wissen aus eigener Erfahrung, wie unangenehm ihnen jene Menschenfreunde werden können, die das Bedürfnis haben, sie zu bemuttern. Was die Proletarier brauchen, ist die Erschließung der Quellen höherer Bildung und die Anleitung zu deren Benutzung. Ueber welche Gebiete sich diese Bildung erstrecken und welchen Zwecken sie dienen soll, das wollen sie selbst be-

stimmen. Sie finden leichter selbst heraus was sie brauchen, als irgendein Fremder, der ihre Bedürfnisse und Lebensbedingungen unmöglich so genau kennen kann, wie sie selbst. Das gleiche gilt von allen Nationen, rückständigen, wie höher entwickelten.

Auch die Jesuiten haben in Paraguay noch viel zu viel an Bevormundung und Vielregiererei geleistet. Der freie Verkehr mit den Naturvölkern, der diesen die Kenntnis, das Verständnis, den Besitz von Werkzeugen und Methoden vermittelt, die ihre Arbeit produktiver zu gestalten vermögen, wird überall dort genügen, ihre Entwickelung aufs rascheste vorwärts zu bringen, wo diese Werkzeuge und diese Methoden ihnen nicht als Mittel oder Vorläufer der Ausbeutung und Unterdrückung gebracht werden. Man glaube doch nicht etwa, daß die Marokkaner an und für sich das mindeste dagegen einzuwenden hätten, daß ihre Häfen verbessert und durch Eisenbahnen mit den Städten des Innern verbunden werden. Aber wenn diese Häfen und Eisenbahnen dazu dienen sollen, wie in Algier und Tunis, französischen Soldaten, Steuereinnehmern und Wucherern das Eindringen zu erleichtern, dann freilich widersetzen sie sich diesen technischen Verbesserungen auf das lebhafteste.

Selbst die Wilden empfinden eine lebhafte Begierde nach verbesserten Werkzeugen — natürlich nur nach solchen, die sie bei den gegebenen Produktionsbedingungen zunächst anwenden können. Ihnen sofort mit Dampfmaschinen zu kommen, wäre allerdings Bücherweisheit!

Dr. R. Pöch berichtet von den Papuas auf Neuguinea, daß sich junge Männer unter ihnen freiwillig zur Plantagenarbeit melden, um eiserne Messer und Aexte zu erlangen, mit denen sie dort hauptsächlich entlohnt werden. In seinem Buche über das Aufkommen des amerikanischen Proletariers (The rise of the American proletarian) zitiert Lewis einen Ausspruch Pearys, daß die Eskimos den Werkzeugen eine geradezu unglaubliche Bedeutung beimessen. „Ein Mann bot mir sein Weib und seine zwei Kinder für ein Messer zum Abhäuten an . . . Und eine Frau bot mir alles, was sie besaß, für eine Nadel."

Auch die angebliche unüberwindliche Faulheit des Naturmenschen, der nur arbeite, wenn eine fremde Macht ihn dazu zwinge, ist eine Fabel. Richtig ist bloß, daß er für a n d e r e nur dann arbeitet, wenn er dazu gezwungen wird. Wie viel er für sich selbst arbeitet, das hängt ganz von den Verhältnissen ab, von der Fruchtbarkeit der Natur, der Ausdehnung seiner eigenen Bedürfnisse, sowie endlich von der Art der Arbeit. Es gibt menschliche Betätigungen, die an sich so

genußreich sind, daß sie um ihrer selbst willen geübt werden, oft mit einer wahren Leidenschaft, wie die Jagd oder künstlerische Produktion. Andere Arbeiten bieten keinen Reiz in sich selbst, wie z. B. Feldarbeit oder monotone, unkünstlerische Industrie. Von solchen Arbeiten drückt sich der Naturmensch gern — aber auch der Kulturmensch! — er besorgt sie freiwillig nur, soweit seine oder der Seinigen Existenz es erfordert. Aber sein Pflichtgefühl ist hochentwickelt, und wo die Verhältnisse es gebieten, für seine Familie oder seinen Stamm zu arbeiten, kann er ein unermüdlicher Arbeiter werden.

Von den Papuas auf Neuguinea erzählt der oben zitierte Dr. Pöch:

„Oft hört man den Vorwurf, die Papuas seien faul und schmutzig. Beides möchte ich nicht ohne weiteres unterschreiben. Im allgemeinen wird so viel gearbeitet, als eben nötig ist: von den Küstenbewohnern weniger, weil der ebene, fruchtbare Küstenstrich mehr trägt, von den Bergbewohnern mehr. Wer im Gebirge Neuguineas gesehen hat, wie die Männer auf steilem Hange den Urwald lichten und den schweren Boden mit Stöcken umgraben oder wie die Frauen, mit geernteten Früchten beladen, des Abends von ihren Pflanzungen heimkeuchen, der wird die Papuas nicht ohne weiteres faul nennen. Ihre oft sehr schön gebauten Häuser, die großen Einbäume (Kanus) mit Auslegern sind Zeugnisse fleißiger Arbeit.

„Zur Würdigung der papuanischen Reinlichkeit erzähle ich am besten ein Beispiel: Am Eingange eines Papuadorfes lag quer über den Weg ein gefällter Baumstamm. Als Ethnologe hielt ich mich verpflichtet, nach allem zu fragen, und hatte oft erfahren, daß auch unscheinbare Dinge ihre Bedeutung haben. „„Der Baumstamm dient zum Fußwischen bei schmutzigem Wetter, bevor man den Dorfplatz betritt,““ war die Erklärung. Der Dorfplatz, der Raum zwischen den Hütten, ist auch wirklich rein, Abfälle werden dort nicht geduldet, täglich bringen die Frauen Säcke frischen, weißen Korallensandes von dem Meeresstrande und schütten ihn dort aus. Später einmal, als es regnete, hatte ich zufällig durch dies Dorf zu gehen. Als ich den Balken sah, erinnerte ich mich an seine Bestimmung und wischte mir die Schuhe ab. Da trat ein alter Mann aus seinem Hause hinaus, und rief laut: „„Der erste Weiße, der sich die Schuhe putzt!““ Ich kann es aber den Europäern wirklich nicht verargen, wenn sie nicht von vornherein wissen, daß dieser mit Kokosöl und rotem Lehm beschmierte, ganz fremdartig duftende Papua in bezug auf seinen Dorfplatz ein solcher Reinlichkeitsfanatiker ist!“

Livingstone berichtet über einen Stamm in Zentralafrika (die Leute von Ulungu am Tanganyikasee):

„Mein langer Aufenthalt hier gibt mir Gelegenheit, zu beobachten, daß sowohl die Männer wie die Frauen beständig tätig sind. Die Männer flechten Matten oder weben oder

spinnen. Die einzige Zeit, wo ich die Leute müßig sehe, ist des Morgens, ungefähr um 7 Uhr, wo alle kommen und sich niedersetzen, um die ersten Strahlen der Sonne zu begrüßen, wie sie über unserer Baumgruppe aufsteigt. Und selbst diese Zeit wird vielfach dazu benutzt, Perlen aufzuziehen." (Letzte Reise von David Livingstone, Hamburg 1875, Bd. I, S. 265.)

An anderer Stelle dieses Buches beschreibt Livingstone ein Dorf von Schmieden:

„Unaufhörlich ertönt das Schlagen der Hämmer, ein Beweis, wie fleißig die Leute sind. Sie verbinden mit ihrem Handwerk Feldbau und Jagen mit Netzen." (S. 180.)

Was braucht man an solchen Leuten viel zu „erziehen" oder zu „bevormunden"? Man gebe ihnen bessere Werkzeuge, mache ihnen höhere, namentlich naturwissenschaftliche, Erkenntnisse zugänglich und überlasse sie im übrigen sich selbst. Auch da gilt es, jeden nach seiner Fasson selig werden zu lassen.

Für jene Zivilisierungspolitik unter den Naturvölkern, die vom sozialistischen Standpunkt aus anzustreben ist, wäre weit weniger eine Bevormundung der zu zivilisierenden Völker notwendig, als eine Bevormundung der Zivilisatoren, die zu ihnen kommen und unter ihnen wirken.

Jede ungeeignete Persönlichkeit unter den letzteren kann sehr verhängnisvoll wirken. Denn unter den Naturvölkern sind individuelle Unterschiede wie Klassenunterschiede noch wenig entwickelt, dafür das Gefühl der Solidarität der Stammesgenossen und der Ehrfurcht vor den sittlichen Geboten des Stammes noch ungemein hoch. Nach sich selbst beurteilen sie aber auch die Weißen, schließen sie von einem Individuum gleich auf die Gesamtheit, machen sie diese für jenes verantwortlich. Andererseits übertragen sie den Respekt, den sie der Rasse zollen, auch auf jeden ihrer Vertreter.

Da genügt leicht irgendein Lumpenkerl aus Europa, um einen ganzen Stamm zu korrumpieren, weil dieser in ihm ein großes Vorbild erblickt. Irgendein Rowdy wieder kann durch seine Provokationen einen friedlichen Stamm gegen das gesamte Europäertum erbittern, und die einen wie die anderen Folgen sind oft schwer wieder gut zu machen.

Pflege freundschaftlichen Verkehrs mit den Naturvölkern, Uebermittelung von Kenntnissen und Werkzeugen unter Fernhaltung aller ungeeigneten Elemente — das wäre der Kern jener Zivilisierungspolitik, die den Kulturvölkern ihnen gegenüber obliegt und die wohl den meisten jener Genossen vorschwebte, die für eine „sozialistische Kolonialpolitik" stimmten.

VIII. Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus.

Die Freunde einer sozialistischen Bevormundung fremder Völker haben noch ein weiteres Argument gegen das Aufgeben der Kolonien in petto: Die Kolonien müssen unbedingt durch den Kapitalismus durch, sollen sie zum Sozialismus kommen können. Um sie zum Sozialismus reif zu machen, müssen wir ihnen die Gelegenheit geben, den Kapitalismus zu entwickeln, muß also die Sozialdemokratie — das ist die notwendige Konsequenz — kapitalistische Kolonialpolitik machen. Freilich soll das ohne kapitalistische Methoden geschehen.

David erklärte in Stuttgart:

„Auch die Kolonien müssen durch den Kapitalismus hindurch. Auch dort springt man nicht aus der Wildheit in den Sozialismus. (Sehr gut!) Der Schmerzensweg durch den Kapitalismus wird der Menschheit nirgends geschenkt und gerade nach der wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx ist dieser Weg eine Voraussetzung für ein sozialistisch geordnetes Wirtschaftswesen."

Gröberes Geschütz fuhr van Kol in seinem Schlußwort auf:

„Ledebour hat das Bestreben der Majorität reaktionär genannt. Ich verstehe gar nicht, wie er als Mann der Wissenschaft nicht anerkennen kann, daß der Kapitalismus in den Kolonien notwendig ist, ehe an den Sozialismus gedacht werden kann. Darum arbeiten wir an der revolutionären (?) Entwickelung der Kolonien, weil wir den Uebergang vom Feudalstaat in den modernen Staat, durch den Kapitalismus zum Sozialismus erleichtern. Der Sprung vom Barbarismus zum Sozialismus ist unmöglich. (Sehr wahr!) Die gegenteilige Anschauung ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern sie ist dumm und beschränkt."

So van Kol, der hier nicht bloß als „Praktiker" spricht, den 16 Jahre in Java zum praktischen Kenner der Kolonialpolitik des gesamten Erdkreises in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gemacht haben, sondern der als Mann der Wissenschaft sein vernichtendes Urteil abgibt. Wohl richtet er sich direkt nur gegen Ledebour, aber ich fühlte mich mitgetroffen und in meiner vollen Dummheit und Beschränktheit entlarvt.

Was bleibt mir übrig? Das Urteil der Wissenschaft ist inappellabel, wie das des Reichsgerichts. Ich kann nichts tun, als nach mildernden Umständen zu suchen. Vielleicht entschuldigt es mich einigermaßen, wenn man erfährt, daß ich das Opfer einer Verführung bin.

In einer Schrift aus dem Jahre 1894 lesen wir:

„Es ist nicht nur möglich, sondern gewiß, daß, nach dem Siege des Proletariats und nach Ueberführung der Produktions-

mittel in Gemeinbesitz bei den westeuropäischen Völkern, den Ländern, die der kapitalistischen Produktionsweise erst eben verfallen und noch Gentileinrichtungen oder Reste davon gerettet haben, in diesen Resten von Gemeinbesitz und in den entsprechenden Volksgewohnheiten ein mächtiges Mittel gegeben ist, ihren Entwickelungsprozeß zur sozialistischen Gesellschaft bedeutend abzukürzen und sich den größten Teil der Leiden und Kämpfe zu ersparen, durch die wir in Westeuropa uns durcharbeiten müssen. Aber dazu ist das Beispiel und der aktive Beistand des bisher kapitalistischen Westens eine unumgängliche Bedingung. Nur wenn die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Heimat und in den Ländern ihrer Blüte überwunden ist, nur wenn die zurückgebliebenen Länder an diesem Beispiel sehen, „wie mans macht", wie man die modernen industriellen Produktivkräfte als gesellschaftliches Eigentum in den Dienst der Gesamtheit stellt, nur dann können sie diesen abgekürzten Entwickelungsprozeß in Angriff nehmen. Dann aber auch mit sicherem Erfolg. Und das gilt von allen Ländern vorkapitalistischer Stufe, nicht nur von Rußland."

Derjenige, der diese dumme und beschränkte, naiv-doktrinäre Bücherweisheit entwickelte, hieß Friedrich Engels. Die Schrift, in der er sie darlegte, ist das Nachwort zu seiner Abhandlung „Soziales aus Rußland", abgedruckt in der Broschüre „Internationales aus dem Volksstaat" (S. 66). Marx teilte den Engelsschen Standpunkt, der so gänzlich abweicht von der „wissenschaftlichen Anschauung von Karl Marx", die David entwickelt.

Aber freilich ist mit der Berufung auf Marx und Engels die Sache nicht abgetan. Diese konnten irren, und Bernstein wie Sombart behaupten ja, so vortrefflich die wissenschaftlichen Anschauungen von Marx und Engels seien, so sehr würden sie durch die revolutionären Bedürfnisse der beiden entstellt und verzerrt.

Wenden wir uns also von den Autoritäten zu dem in der Wissenschaft entscheidenden Faktor, der Erfahrung. Freilich, über den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus haben wir leider noch keine Erfahrungen. Wir haben darüber nur wissenschaftlich begründete Schlüsse, die aus der bisherigen Erfahrung gezogen werden. Wohl aber besitzen wir Erfahrungen genug über den bisherigen Entwickelungsgang der Völker zum Kapitalismus. Wollen nun van Kol und David behaupten, daß jedes Volk zu der Entwickelungsstufe, auf der es heute steht, auf genau demselben Wege gelangte und alle früheren Entwickelungsstufen durchmachen mußte, wie die anderen gleich hoch oder höher entwickelten Nationen? Dann genügte ein Blick gerade auf die Kolonialpolitik, um sie ad absurdum zu führen.

Die heutige, auf dem Kapitalexport beruhende Kolonialpolitik ist dadurch gekennzeichnet, daß sie kapitalistische Ausbeutung und kapitalistische Produktion in alle Kolonien trägt, welches immer die Entwickelungsstufe sein mag, auf der sie stehen. Man kann aber wohl sagen, daß es keine gibt, die nicht dadurch eine oder mehrere Entwickelungsstufen überspränge.

Das gilt selbst von der höchststehenden unter den Nationen des außereuropäischen Kulturkreises, einer Nation, die nicht durch die Kolonialpolitik, sondern durch die vollkommenere und wirksamere Methode des zwanglosen Verkehrs mit dem Kapitalismus bekannt wurde, von Japan. Keine der Nationen des außereuropäischen Kulturkreises war so hoch entwickelt, wie Japan, als es den Kapitalismus aufnahm, und doch mußte auch Japan zu diesem Behufe eine ganze Reihe von Jahrhunderten überspringen, die Europa durchzumachen hatte, die der Verwesung des Feudalismus, in dessen Schoße Merkantilismus und Manufaktursystem reiften. Soweit man japanische mit europäischen Verhältnissen vergleichen darf, kann man sagen, daß das Reich des Mikado gleich aus dem 15. in das 19. Jahrhundert hinübersprang.

Noch gewaltiger aber sind die Sprünge in den Kolonien mit primitiver Bevölkerung. Die Kaffern in den Gold- und Diamantminen Südafrikas springen ganz unvermittelt aus dem Bereich des Gentilsystems in das des modernsten Kapitalismus, des Truststystems und der Beherrschung der Industrie durch die Hochfinanz. Herr Cecil Rhodes hat sich durchaus nicht die Mühe genommen, die Kaffern erst auf die nächste Entwickelungsstufe zu heben, vor der sie standen, die vielleicht vergleichbar gewesen wäre der der Franken unter Karl dem Großen, und sie nun die ganze europäische Entwickelung durchlaufen zu lassen, damit sie etwa als Pariser Proletarier von heute endeten.

Man braucht das David-van Kolsche Gesetz der „Wissenschaft" nur aus dem Gebiet der Redensart in das bestimmter Vorstellungen zu versetzen, um sofort seine Absurdität zu erkennen.

Es ist klar, daß jede Nation einer anderen jene Produktionsweise und jenes Wissen bringt, die sie selbst erreicht hat, und nicht etwa Methoden, Werkzeuge und Anschauungen, die sie selbst längst als unzureichend erkannt hat und die bei ihr gar kein lebendiges Dasein mehr führen, sondern nur noch in Raritätenkästen und Geschichtsbüchern zu finden sind. Und ebenso ist es klar, daß einem Volk von allen anderen Völkern, mit denen es in Verkehr gerät, das höchstentwickelte am ehesten imponiert und daß es dessen vollkommenere Methoden und

Werkzeuge den unvollkommenen anderer Nationen vorziehen wird, auch wenn es nur im freien Verkehr mit ihm steht und nicht durch die Methode der „bewaffneten Hand“ zu kulturellem Fortschritt gezwungen wird.

Natürlich kann ein ökonomisch rückständiges Volk nicht alles verwenden, was ein vorgeschrittenes geschaffen hat; und es muß alles, was es von diesem übernimmt, der Eigenart seiner Verhältnisse anpassen — das ist, nebenbei bemerkt, auch ein Grund, die Zivilisierung durch den freien Verkehr der durch den Zwang des Kolonisationssystems vorzuziehen, da diese Anpassung von Fremden nur schwer zweckmäßig und ohne Reibungen und Opfer vollzogen werden kann. Aber gelernt haben seit jeher die rückständigen Nationen von den höher entwickelten, und oft wurden sie dadurch instand gesetzt, Entwickelungsstufen mit einem Satz zu überspringen, die ihre Vorgänger nur mühsam erklommen hatten.

Daraus ergibt sich ebenso wie aus der Verschiedenheit der natürlichen Bedingungen der einzelnen Gebiete eine unendliche Mannigfaltigkeit des geschichtlichen Entwickelungsganges der Nationen, die um so mehr wächst, je mehr die Isolierung der einzelnen Nationen abnimmt, je mehr sich der Weltverkehr entwickelt, je mehr wir uns also der Neuzeit nähern. So groß ist diese Mannigfaltigkeit geworden, daß viele Geschichtsschreiber jede Gesetzmäßigkeit in der Geschichte leugnen. Marx und Engels ist es gelungen, in der Mannigfaltigkeit die Gesetzmäßigkeit zu entdecken, aber sie haben damit nur den Ariadnefaden gegeben, sich im historischen Labyrinth zurechtzufinden, sie haben keineswegs dieses Labyrinth in ein modernes Stadtviertel mit uniformen, streng parallel laufenden Straßen verwandelt. David und van Kol haben jedoch diese letztere Auffassung gewonnen; ihnen, die nicht müde werden, uns Marxisten schablonenhaftes Denken vorzuwerfen, erscheint selbst das Marxsche Gesetz, das die Erscheinung in *letzter Linie* beherrscht, als eine Schablone, als eine Form, die jegliche Erscheinung der Völkergeschichte annehmen muß.

Wer den Marxismus so auffaßt, für den wird er kein Mittel, sich in der Wirklichkeit zurechtzufinden, sie zu begreifen, sondern ein Mittel, mit ihr an allen Ecken und Enden in Konflikt zu kommen, sich an ihr zu stoßen. Der muß freilich von Zeit zu Zeit das Bedürfnis verspüren, diese Art Marxismus zu revidieren, die in der Tat der Revision höchst bedürftig ist.

Es besteht für das Proletariat nicht die mindeste Ursache, weder heute, noch nach seinem Siege, im angeblichen Interesse des Sozialismus die Entwickelung des Kapitalismus bei den

agrarischen Völkern zu fördern. Gewiß hat der Sozialismus seine Voraussetzung in einer gewissen Entwickelungsstufe des Kapitalismus, das heißt, einer gewissen Höhe der Produktivkräfte und einer gewissen Macht des mit dem Kapitalismus wachsenden Proletariats. Eine sozialistische Produktionsweise kann ebensowenig ausgehen von ökonomisch rückständigen Ländern wie von ökonomisch rückständigen Betriebszweigen, ebensowenig z. B. von unseren Kleinbauern, wie von Zentralafrika. Ist aber in den alten kapitalistischen Ländern der Kapitalismus der führenden Industriezweige so stark entwickelt, daß einerseits die Unerträglichkeit seines Drucks wie die Macht des Proletariats hoch genug gediehen sind, um zu einer Niederwerfung der Kapitalistenklasse und ihrer politischen und ökonomischen Expropriierung zu führen, dann kann und wird von diesen Zentren des ökonomischen Lebens rasch der Sozialismus auch auf Produktionszweige und -Gebiete überströmen, die noch nicht ökonomisch so hoch entwickelt sind, und er wird sie weit rascher ergreifen können als der Kapitalismus, weil er ihren Produzenten nicht wie dieser Elend, Unterjochung, Herabwürdigung, sondern allseitige Erhebung und Vervollkommnung bringt. Ueber die Art und Weise, wie das geschehen wird, läßt sich heute freilich noch nichts sagen. Der Sozialismus wird da unter den verschiedenen Verhältnissen die mannigfachsten Abänderungen und Anpassungsformen durchmachen müssen. Wir können für die zukünftige Entwickelung heute gerade zur Not aus den bisherigen Erfahrungen den *gesetzmäßigen, typischen Verlauf* ableiten, der sich in letzter Linie immer wieder durchsetzt, indes nimmermehr die besonderen Erscheinungen, die sich in Wirklichkeit aus dem Zusammentreffen der meistvorgeschrittenen mit rückständigen Formen der Gesellschaft und des Staates ergeben. Man könnte da nur ins blaue hinein spintisieren, ohne jeden praktischen Zweck, denn unser heutiges Handeln kann dadurch nicht beeinflußt werden. Dafür genügt es zu wissen, daß es für den Sieg und die Verbreitung des Sozialismus durchaus nicht erforderlich ist, den Kapitalismus in rückständige Länder zu tragen.

Es wäre aber auch geradezu ungeheuerlich, wollte das Proletariat es sich zur Aufgabe stellen, dem Kapitalismus, den es selbst aufs schärfste daheim bekämpft, bei anderen Völkern die Bahn frei zu machen. Was bedeutete das? Soll ihnen nur Handelskapital oder gar Wucherkapital gebracht werden? Sicher nicht. Diese Arten Kapital bilden allein noch keine Vorbedingung des Sozialismus. Gemeint ist das Produktionskapital. Eine kapitalistische Produktion ist aber unmöglich ohne ein Proletariat. Den Kapitalismus in die

Kolonien bringen, heißt einerseits dort künstlich ein Proletariat schaffen, wo noch keines vorhanden ist, heißt ihre arbeitenden Klassen gewaltsam expropriieren und unter die Fuchtel des Kapitals bringen. Es heißt anderseits dort, wo ein ausreichendes Proletariat bereits besteht, dies unter der Fuchtel des Kapitalismus halten, die Staatsgewalt dazu aufbieten, daß sie jede Rebellion des Proletariats gegen das Kapital niederwerfe. Ohne Staatsgewalt, die die kapitalistische Ausbeutung schützt, ist ein Kapitalismus unmöglich. Die Staatsgewalt in den Kolonien dem Kapital zur Verfügung zu stellen, das wäre also, wenn wir den Kapitalismus der Kolonien für unentbehrlich hielten, die Aufgabe des kämpfenden wie des siegreichen Proletariats!

Freilich gibt es auch Leute, die da behaupten, in Europa selbst müßte das Proletariat den Kapitalismus fördern, denn dieser bilde die Vorbedingung seiner Befreiung. Nichts irriger als dieser Standpunkt. Die Förderung des Kapitalismus ist die historische Aufgabe der Kapitalistenklasse, und wir können ihr diese Aufgabe ganz ruhig überlassen. Sie wird ihr unter allen Umständen gerecht werden, so lange sie über die nötige Macht dazu verfügt. Und verfügt sie darüber nicht mehr — dann ist samt ihrer Macht auch ihre Aufgabe überflüssig geworden.

Die historische Aufgabe des Proletariats ist von Anfang an durch seinen ökonomischen Gegensatz zur Kapitalistenklasse gegeben. Sie besteht in der Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung und damit auch des Kapitalismus.

Der Schein aber, als hätte es die Aufgabe, diesen zu fördern, entspringt aus folgendem: Das Proletariat ist nicht der einzige Gegner des Kapitalismus. Dieser findet noch andere in den Produzenten der Produktionsarten, die er überwindet, z. B. Handwerker und Bauern. Auch diese bekämpfen den Kapitalismus, aber in anderer Weise als das Proletariat. Wir haben gesehen, wie dessen höchster Grundsatz die Förderung der Produktivität der Arbeit ist. Auch die Art seiner Bekämpfung des Kapitalismus muß diesem Grundsatz unterworfen sein. Nur solche Methoden der Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung darf es anwenden oder fordern, die die Produktivität der Arbeit nicht hemmen. Das geschieht auch weder durch Verkürzungen der Arbeitszeit, noch durch Lohnerhöhungen oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Diese wirken im Gegenteil günstig auf die Produktivität der Arbeit ein. Den Kampf gegen die Maschine oder gegen die Frauenarbeit hat aber ein sozialistisch geschultes Proletariat nie geführt.

Die Kleinbürger und sonstigen Gegner des Kapitalismus, die von diesem weniger ausgebeutet als überflüssig gemacht werden, suchen dagegen ihn gerade zu bekämpfen durch Mittel, welche die Produktivität der Arbeit einschränken, welche den Großbetrieb, die Anwendung der Maschinen, der Wissenschaft hindern. Solche Mittel darf das Proletariat nicht anerkennen, es muß sie verwerfen, es muß die t e ch n i s ch e Entwickelung fördern, und daraus erstand der Schein, als habe es die Aufgabe, den K a p i t a l i s m u s zu fördern.

In Wahrheit hat es ihn zu bekämpfen, aber es ist dabei durch die Rücksicht auf die Produktivität der Arbeit an bestimmte Methoden gebunden.

Können wir aber den Handwerkern und Bauern nicht beistehen, wenn sie durch Unterbindung der technischen Entwickelung den Kapitalismus bekämpfen wollen, so dürfen wir noch viel weniger den Kapitalisten oder Großgrundbesitzern beistehen, wenn sie zur Förderung ihrer Interessen die Staatsgewalt gegen Kleinbürger und Bauern aufbieten wollen. Hier kommt unserer anderer Grundsatz zur Geltung, der uns jede Unterdrückung einer Klasse durch eine andere bekämpfen heißt. Und dabei tritt die Solidarität aller arbeitenden Klassen in Erscheinung. Rekrutiert sich doch das Proletariat aus Kleinbürgern und Bauern. Je tiefer herabgedrückt diese, desto schwerer wird ihm selbst der Kampf um Behauptung und Erhöhung seiner Lebenshaltung. Jedes Vorgehen der Staatsgewalt gegen Kleinbürger und Bauern in kapitalistischem Interesse, geschehe es auch indirekt, etwa durch die Steuergesetzgebung, muß daher die entschiedene Gegnerschaft des Proletariats finden. Niemals darf es sich einer derartigen Förderung des Kapitalismus schuldig machen.

Genau so, wie gegenüber den Kleinbürgern und Bauern, ist unsere Stellung gegenüber den rückständigen agrarischen Völkern, die das Objekt der heutigen Kolonialpolitik sind. Es gibt Genossen, die für die Produktionsweisen der agrarischen Länder, z. B. Marokkos, ein großes Interesse empfinden, und die ihr Verschwinden bedauern. Vom ästhetischen Standpunkt ist das sehr oft höchst gerechtfertigt, trotzdem aber ist dies Bedauern ein romantisches Empfinden, das zu sehr im Gegensatz zu den Tendenzen der ökonomischen Entwickelung steht, als daß es eine nützliche Wirkung haben könnte. Wie auch unsere persönlichen Sympathien sein mögen, wo die kapitalistische Produktionsweise in freien Wettbewerb mit rückständigen Produktionsweisen tritt, können und dürfen wir ihrer Konkurrenz kein Hindernis in den Weg legen.

Aber die Sache ändert sich, wenn von uns verlangt wird, wir sollten die Staatsgewalt mobil machen, damit sie das

Interesse der Kapitalistenklasse den rückständigen Nationen gegenüber verfechte und diese ihr mit bewaffneter Hand unterwerfe, wie das durch die Kolonialpolitik geschieht. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Das Proletariat darf sich nie zum freiwilligen Schergen der kapitalistischen Ausbeutung hergeben.

Das verbietet ihm sein ethisches Empfinden, durch das es zum Verfechter aller Unterdrückten und Enterbten wird, welchem Lande, welcher Rasse, Religion, welchem Geschlecht immer sie angehören mögen. Das verbietet ihm aber auch die Interessensolidarität, die es mit den arbeitenden Klassen aller Länder verbindet, die jede Herabdrückung dieser im Ausland auf seine eigene Lage im Inlande zurückwirken läßt.

In Deutschland mit seiner jungen Kolonialpolitik macht sich das noch nicht in der Weise fühlbar, daß die in Afrika expropriierten Schwarzen nach Europa kämen, um dort die Löhne zu drücken, aber es macht sich an dem anderen Pole fühlbar: bei der Kapitalistenklasse.

Wenn die Kolonialpolitik zahlreiche Arbeitskraft expropriiert, die wehrlos jeder Unterdrückung und Ausbeutung preisgegeben sind, so zieht sie damit in den Ausbeutern die größte Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit in der Behandlung ihrer Arbeiter groß. Denn jede Ausbeuterklasse geht in der Behandlung und Mißhandlung ihrer Opfer bis an die äußersten Grenzen dessen, was diese sich bieten lassen. Auf solche Weise wird eine Verrohung der kolonialen Kreise der herrschenden Klassen herbeigeführt, die auf die im Mutterlande gebliebenen um so mehr zurückwirkt, je größer deren Interesse an den kolonialen Angelegenheiten.

Vor bald einem Vierteljahrhundert hatte ich bereits Gelegenheit, in meinem oben erwähnten Artikel über „Auswanderung und Kolonisation" darauf hinzuweisen, welche Orgien der Grausamkeit und Habgier schon die bloße Aussicht auf Kolonien in vielen Kolonialschwärmern des deutschen Volkes hervorgerufen hatte, jener Nation, die einst wähnte, ihr Idealismus sei ihr unvergängliches Merkmal und erhebe sie hoch über die „Krämernationen" der Kolonialpolitik, wie Engländer und Holländer.

Ich bemerkte damals dazu:

„Und zu solchem Brigantentum — anders kann man wohl eine derartige Kolonialpolitik nicht nennen — soll sich das deutsche Volk hergeben, zu einer Wirtschaft, die bereits auf dem Papier in der Studierstube so greuliche Formen annimmt und durch die Interessengegensätze noch scheußlicher gestaltet werden wird? Sollen wir nach dem Ruhme geizen, auch unsere Pizarros, Warren Hastings und van den Bosch aufweisen zu können, welche

uns die Herren Kolonialschwärmer so unverblümt als ihre Vorbilder aufweisen?

Und zu wessen Gunsten? Herr B. F. selbst erklärt mit seiner brutalen Offenherzigkeit, die manchem seiner Gesinnungsgenossen sehr unangenehm sein dürfte, daß bei der Durchführung seines „Systems“ der Konsum (in den Kolonien) nicht steigen wird; „im Gegenteil, der Lokalhandel würde nahezu gänzlich aufhören“! Woher sollen auch die armen Sklaven, mögen sie nun Kontraktarbeiter oder Fronarbeiter sein, die Mittel nehmen, europäische Waren anzuschaffen? Einen ergiebigen Markt für die deutsche Industrie wird also die zu gründende Kolonie kaum bieten, wohl aber wird sie ungeheuere Reichtümer in die Taschen aller derer fließen lassen, die sie ausbeuten, der Plantagenbesitzer, der Handelsleute, der Beamten. Alle jene verbummelten Existenzen im Deutschen Reiche, die mit der nötigen Dosis Gewissenlosigkeit begabt sind, werden sich der Kolonie zuwenden, um, nachdem sie den dortigen Sklaven eine genügende Menge unbezahlter Arbeit abgepreßt, wieder heimzukehren. Aber „nicht zugunsten der einheimischen Arbeiterbevölkerung“ werden sie ihren Erwerb in „liberaler Weise“ verbrauchen (wie damals die Kolonialschwärmer versicherten. K.), sondern sie werden ihn in industriellen Unternehmungen anlegen. Ein großer Teil des Kapitals, die Verfügung über Tausende von Arbeitern, wird so in die Hände des verworfensten Teils der Nation gelangen, der seine Gewohnheiten, die er im Verkehr mit Sklaven erworben, auch gegenüber freien Arbeitern wird fortsetzen wollen. Unsere Geschäftsmoral, heute schon auf schwankenden Füßen, wird sich entschieden verschlechtern, die Behandlung der Arbeiter eine rohere und rücksichtslosere werden.

Wer diese Ansichten übertrieben findet, der lese nach, welchen verderblichen Einfluß die in Indien reichgewordenen Engländer, die „Nabobs“, auf die Moralität der englischen Gesellschaft ausgeübt haben. Es ist bezeichnend, daß in der englischen dramatischen und belletristischen Literatur des vorigen (18.) Jahrhunderts die Mode herrschte, den Hauptschurken in der Gestalt eines aus Indien heimgekehrten Nabob darzustellen.“

Was ich von der Kolonialpolitik damals erwartete, hat sich seitdem erfüllt. Die deutschen Kolonien sind bis heute noch zu keinem ergiebigen Markt für die deutsche Industrie geworden, wohl aber haben sie, trotzdem sich ihre Reichtum spendende Kraft nicht in dem Maße entwickelte, als man damals noch allgemein annahm, bereits ein erhebliches Maß Demoralisation und Verrohung in den Kolonien gezeitigt und aus den Kolonien in die herrschenden Klassen Deutschlands getragen. Das Heldentum des Tropenkollers ist zum Vorbild der Scharfmacher und Junker geworden, die danach ihr Verhältnis zu ihren Arbeitern einzurichten suchen. Und bebereits hat dies Heldentum auch die Phantasie der Dichter und Denker gefangen genommen, die einem Peters zujubeln,

und den Kult der Roheit und Gemeinheit in die Kunst, die Philosophie, die geschlechtlichen Beziehungen übertragen.

Man sieht, wir haben alle Ursache, die beste Vorbereitung zum Sozialismus in der Förderung des Kapitalismus der Kolonien zu erblicken.

IX. Der Rückfall in die Barbarei.

Erwägenswerter als der eben behandelte Einwand gegen das Aufgeben der Kolonien ist ein anderer: die Befürchtung, sie würden damit der Barbarei verfallen. Dieser Einwand kann nicht ohne weiteres abgelehnt werden. Er verlangt eine eingehendere Untersuchung, mit der wir unsere Auseinandersetzung schließen wollen.

Der Nachteil, den man von dem Aufgeben der Kolonien erwartet, kann von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet werden: dem des Mutterlandes und dem der Kolonie.

Von dem ersteren aus könnte man befürchten, daß das Aufgeben der Kolonie zu einer Vernachlässigung ihrer produktiven Anlagen führt. Dadurch verlöre das Mutterland einen vorteilhaften Markt für seine Industrieprodukte und einen unentbehrlichen Lieferanten von Rohmaterialien.

Nehmen wir nun einstweilen an, der befürchtete Rückgang der Produktion fände wirklich statt. Wären denn seine Folgen wirklich so verheerend? Man darf sich keine übertriebene Vorstellung von der Bedeutung der Kolonien für den Weltmarkt machen.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich betrug der Anteil am Welthandel im Jahre

		1890 Prozent	1904 Prozent
deutsche Kolonien	Deutsch-Afrika	0,0	0,0
französische Kolonien	Algerien	0,5	0,5
	Tunis	0,1	0,1
	Französisch-Indien	0,1	0,3
	Uebrige französische Kolonien .	0,3	0,4
britische Kolonien	Im tropischen Afrika	0,1	0,1
	Ostindien und Ceylon . . .	3,9	3,9
	Westindien	0,4	0,2
	Zusammen . . .	5,4	5,5

Wenn diese Kolonien aufgegeben würden und sie infolgedessen jegliche Ein- und Ausfuhr einstellten, würden noch keine

6 Proz. des Welthandels davon betroffen, durch das Aufgeben von Deutsch-Afrika kein Tausendstel dieses Handels.

Und ihr Anteil am Welthandel ist nicht im Zunehmen. Während er z. B. bei Japan von 1890—1904 von 0,6 Proz. auf 1,4 Proz. stieg, in China von 1,5 Proz. auf 1,7 Proz., in den Vereinigten Staaten von 9,1 Proz. auf 9,8 Proz., in Argentinien von 1,3 Proz. auf 1,7 Proz., Mexiko von 0,5 Prozent auf 0,7 Proz., Kanada von 1,2 Proz. auf 1,9 Proz., blieb er bei den meisten tropischen Kolonien, den Ausbeutungskolonien, von denen allein wir hier handeln, stabil. Die Zunahme bei einigen französischen Kolonien ist wohl nur der Ausdehnung ihres Gebiets zuzuschreiben.

Es wäre aber ganz ungeheuerlich, wollte man annehmen, die Kolonien hörten mit dem Moment auf zu produzieren, als sie frei würden und unter eigene Selbstverwaltung kämen. Da ist denn doch der Zwang der ökonomischen Verhältnisse zu gewaltig, als daß er sich nicht auch ohne staatlichen Zwang, wenn auch in anderer Weise, durchsetzte. Ein paar primitive Kolonien, etwa Senegambien, mögen versagen, wenn sie freigegeben werden. Dagegen ist ein Kulturland wie Ostindien viel zu sehr in der Warenproduktion fortgeschritten, als daß es seine Verbindung mit dem Welthandel lösen könnte, wenn es frei wird. Auf Ostindien entfällt aber der Löwenanteil des Welthandels der Kolonien. Ohne dieses Reich wird er eine verschwindende Größe.

Nun kann man aber die Bedeutung der Kolonien noch anders einschätzen als nach ihrem Anteil am Welthandel, nach ihrem Wert für die imperialistische Idee, für die Idee der Schaffung eines Reiches, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das ausgedehnt genug ist, alle seine Rohprodukte selbst zu produzieren und alle seine Industrieprodukte auf seinen eigenen Märkten unterzubringen, so daß das Reich völlig unabhängig dasteht.

Dies Streben kommt gleichzeitig auf mit dem Kartellwesen, dem neuen Schutzzoll, der Verbindung von Militarismus und Marinismus, der neuen Kolonialära seit den achtziger Jahren. Es hängt mit alledem eng zusammen und ist ein Kind der gleichen ökonomischen Situation, die den Kapitalismus aus einem Mittel, die höchste Produktivität der Arbeit zu entfalten, immer mehr in ein Mittel verwandelt, diese Entfaltung zu hemmen. Je höher die Zollschranken zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten wachsen, desto mehr fühlt jeder von ihnen das Bedürfnis, sich einen Markt zu sichern, den niemand ihm verschließen, und Lieferanten von Rohprodukten zu gewinnen, die ihm niemand abschneiden kann.

Aber damit, daß das Streben tief in den Verhältnissen wurzelt, ist noch lange nicht gesagt, daß ihm Erfolg beschieden ist. Noch mehr als das Schutzzollsystem scheitert es an der Entwickelung der Produktivkräfte, die trotz aller Hemmungen durch den Kapitalismus mächtig fortschreitet. Trotz aller Schutzzölle wächst der Weltverkehr, dessen Mittel noch gewaltiger zunehmen als die Höhe der Zölle. Und die internationale Arbeitsteilung nimmt solche Dimensionen an, daß die höchstentwickelten Industrien sich immer weniger auf die Märkte eines einzigen Reiches beschränken können, und sei dieses noch so umfangreich und sein Kolonialbesitz noch so mannigfach. Diese Arbeitsteilung wächst so ungeheuer, daß keine der entwickelten Industrien mit den Rohprodukten des eigenen Reiches auskommt, welch ungeheures Imperium es auch bilden möge.

Sehen wir uns z. B. nur England an. Kein Land verfügt auch nur annähernd über einen solchen Kolonialbesitz wie dieses. Schon Ostindien allein stellt der Bevölkerung nach alles weit in den Schatten, was die anderen Mächte alle zusammengenommen an Kolonien besitzen oder noch erwerben können. Und trotzdem ist es lange nicht imstande, etwa seinen Baumwollbedarf aus seinen Kolonien zu decken. Es importierte 1905 2204 Millionen Pfund Baumwolle. Davon kommen aus den britischen Besitzungen 58 Millionen und aus anderen Ländern 2146 Millionen Pfund, darunter aus den Vereinigten Staaten allein 1729 Millionen. Diese liefern auch das meiste Kupfer, 52 Proz. der Weltproduktion, nach ihnen Mexiko 11 Proz., die tropischen Kolonien fast gar nichts. Auch zur Schafwolle tragen diese nur wenig bei. Deren Hauptproduzenten sind Argentinien und Australien.

Wie könnte man es da ermöglichen, daß ein Kolonialreich den ganzen Bedarf an Rohprodukten eines kapitalistischen Großstaats deckte? Das ist ganz einfach undenkbar. Aber da das Streben danach in den kapitalistischen Verhältnissen tief begründet ist, verschließen sich die kapitalistischen Klassen hartnäckig dieser Einsicht. Der Drang der Großstaaten nach kolonialer Ausdehnung wird daher nicht eingeengt, aber er bleibt unstillbar, er kann nie eine Grenze erreichen, die ihn befriedigt. Darum müssen aber auch die Rüstungen der Staaten gegeneinander immer gewaltiger anwachsen und der Gefahr eines Weltkrieges immer näher kommen.

Das sind die einzigen praktischen Resultate, die der Imperialismus zeitigen kann. Dagegen vermag er der Industrie weder ihren Markt noch ihre Lieferanten zu sichern. Er bedroht vielmehr den freien Verkehr mit den Abnehmern und den Lieferanten auf dem Weltmarkt, der allein noch der modernen Industrie genügen kann.

Die Kapitalistenklasse hat ihre guten Ursachen, den Imperialismus zu pflegen. Aber ebenso gute Ursachen hat das Proletariat, ihm entgegenzutreten als einem Mittel, die Ausbeutung des Proletariats auf dessen eigene Kosten zu verlängern.

Dies edle Ziel ist kein Grund für die Sozialdemokratie, den Kolonien die Freiheit zu verweigern.

Aber werden diese nicht selbst darunter leiden? Nach dreifacher Richtung hin befürchtet man das.

Einmal könnte dies herbeigeführt werden durch den Zerfall der jetzigen kolonialen Staatsgebilde, dann dadurch, daß an Stelle der kapitalistischen Ausbeutung eine noch schlimmere tritt; endlich dadurch, daß die in den Kolonien errichteten kapitalistischen Unternehmungen verfallen oder gar direkt zerstört werden.

Die erste Befürchtung braucht uns nicht lange zu beschäftigen. Es ist wohl richtig, daß zwar jedes Volk reif ist, sich selbst zu regieren, aber nicht ohne weiteres reif ist für jede Form der Selbstregierung. Die demokratische Verwaltung eines Großstaats erheischt eine Reihe von Vorbedingungen — hohe Volksbildung, starkes Zeitungswesen, lebhaften Verkehr im ganzen Staatsgebiet — die in den wenigsten Kolonien gegeben sind. Werden sie von den Europäern aufgegeben, so droht ihnen der Zerfall in zahlreiche kleine, voneinander unabhängige Gemeinwesen. Dies Unglück dürfte aber nicht allzu schlimm sein. Ein kleines, demokratisches Gemeinwesen kann und wird meist besser verwaltet sein als ein undemokratischer Riesenstaat und relativ weit mehr leisten. Niemand wird Rußland über die Schweiz stellen wollen.

Bedenklicher ist dagegen der andere Einwand, daß die Aufgebung einer Kolonie sie vom Regen in die Traufe bringen, sie einer Form der Ausbeutung oder Unterjochung entledigen würde, bloß um sie einem noch schlimmeren Regime zu unterwerfen.

Diese Gefahr besteht zweifellos. Freilich nicht in allen Fällen. Die Klassenunterschiede müssen einen sehr hohen Grad erreicht haben, ehe eine starke Staatsgewalt erstehen kann, die imstande ist, einen ernsthaften Druck auszuüben. Und selbst dieser Druck ist anfangs für die Masse der Bevölkerung noch ein relativ geringer. Man darf sich nicht täuschen lassen durch die Willkürherrschaft und Grausamkeit, die manche dieser primitiven Despoten über ihre nächste Umgebung ausüben. Die große Masse weiß meist wenig davon.

So schreibt z. B. Livingstone über Eingeborene in Zentralafrika:

„Genaue Beobachtung der Eingeborenen von Ulungu läßt mich glauben, daß sie äußerst höflich sind . . . Wie diese außerordentliche gegenseitige Ehrerbietung entstanden sein mag, ist mir unverständlich; sie scheint nicht durch Furcht vor einander hervorgerufen zu sein. Sogar die Häuptlinge flößen keine Furcht ein, und jene grausamen alten Plattheiten, daß Wilde nur durch Furcht zu regieren seien, scheinen hier unbekannt, und doch werden sie jedenfalls regiert, und im ganzen nicht schlecht." (Letzte Reise von Dr. Livingstone in Zentralafrika, 1. Bd., S. 260.)

Ostindien war schon ein hochentwickeltes Land mit erheblichen Klassengegensätzen, als es von den Europäern in Besitz genommen wurde. Sie fanden dort einen starken Despotismus und hochgradige Ausbeutung des Volkes. Aber aller Druck der einheimischen Fürsten erschien gering im Vergleich zu dem, den die Engländer ausübten. Macaulay, sicher kein bösartiger Feind des englischen Regimes, schildert das in seiner Abhandlung über Lord Clive:

„Jeder Diener eines indischen Faktors (Agenten der indischen Kompagnie) war mit der vollen Gewalt seines Herrn bekleidet und sein Gebieter übte die volle Machtfülle der Gesellschaft. Auf diese Weise wurden in Kalkutta unermeßliche Reichtümer aufgehäuft, während dreißig Millionen menschlicher Wesen im äußersten Elend schmachteten. Diese Unglücklichen waren daran gewöhnt, unter Tyrannei zu leben, aber eine solche Herrschaft kannten sie noch nicht. Sie fanden den kleinen Finger der Gesellschaft schwerer, als den Arm Seradscha Daulas (des Beherrschers von Bengalen, eines sehr bösartigen Despoten, den die Engländer vertrieben hatten. K.) Unter ihren alten Herrn blieb ihnen wenigstens eine Hülfe: wenn die Leiden unerträglich wurden, erhob sich das Volk und stürzte die Regierung. Aber die englische Herrschaft ließ sich nicht abschütteln. Diese Regierung, welche das Volk ärger als der schlimmste Despotismus der Barbaren bedrückte, war mit der ganzen Macht der Zivilisation ausgerüstet. Sie glich mehr einer Herrschaft von Dämonen als einer menschlichen Tyrannei."

Seitdem sind sicher die Formen der englischen Herrschaft in Indien menschlicher geworden, aber immer noch bleibt der ökonomische Druck der englischen Herrschaft unerträglich und führt zu ständiger Verarmung, weil diese Herrschaft bewaffnet ist „mit der ganzen Macht der Zivilisation", gegen die eine jede Erhebung bisher vergebens war. Der einheimische Despotismus lastet auch heute noch weniger schwer auf dem Lande als das liberale englische Regime. Das gestand noch 1907 Lord Salisbury im englischen Parlament zu:

„Die britische Regierung machte sich nie der Gewalttätigkeit und Willkür der einzelnen Herrscher schuldig. Aber sie hat dafür ihre besonderen Fehler, die, obwohl ihrer Absicht nach viel unschuldiger, doch viel schrecklicher in ihrer Wirkung sind."

Das wird durch die Tatsachen bestätigt. In einer Reihe von Staaten innerhalb Indiens, deren Verwaltung man eingeborenen Fürsten überlassen hat, befindet sich die Bevölkerung wohler, gedeiht sie besser, sind Hungersnöte seltener als im übrigen Reich.

„Die Steuern pro Kopf (in Britisch-Indien) sind nominell niedriger als in den einheimischen Staaten. In Wirklichkeit sind sie entschieden drückender; denn das Volk in den einheimischen Staaten, das viel wohlhabender ist, kann leicht und bequem Abgaben tragen, die den verarmten Landmann in dem britischen Territorium zu Boden drücken . . . In den Schutzstaaten mit Selbstverwaltung von Eingeborenen werden während der Zeit einer Hungersnot und auch noch eine Zeitlang nachher entweder gar keine Steuern erhoben oder doch nur sehr geringe. In dem britischen Verwaltungsgebiet wird selbst in der allerschlimmsten Zeit sehr wenig Rücksicht genommen und, wenn es irgend geht, der volle Steuerbetrag eingetrieben. Zweitens bezahlt in den einheimischen Gebieten ein Landbauer für brachliegendes Feld nur den achten Teil des Steuerbetrages, der für kultiviertes Land zu zahlen ist. Im britischen Gebiet werden Brach- und Kulturland gleich besteuert. Das ist ein bedeutender und wichtiger Unterschied, dem zum wesentlichsten Teile die ständig zunehmende Verschlechterung des Ackerbodens im britischen Gebiete geschuldet ist. Da die Eingeborenen für das brachgelegte Land dieselbe Steuer entrichten müssen, lassen sie nur selten einen Teil ihres kleinen Besitzes brachliegen; das Land wird fortgesetzt solange bebaut, bis es total erschöpft ist. Drittens bezahlt ein Bauer in den Schutzstaaten keine Steuer für einen Brunnen, den er sich herstellt. Im britischen Verwaltungsgebiet wird seine Steuer sofort wegen dieser Verbesserung erhöht. Derartige Unterschiede lassen sich noch mehrere aufzählen." (Hyndman, „Die Ursachen der Hungersnot in Britisch-Indien", „Neue Zeit", XVIII. 2., S. 71, 73.)

Man sieht, die „Barbarei", in die Indien versänke, wenn es die Engländer aufgäben, sieht nicht allzu furchtbar aus. Wohl aber hindern die Engländer das Emporsteigen Indiens aus der Barbarei des orientalischen Despotismus. Mit ihrer überwältigenden Macht garantieren sie den eingeborenen Herrschern in den Schutzstaaten deren absolutes Regime. Es fällt ihnen nicht ein, dies Regime durch gesetzgebende gewählte Versammlungen einschränken zu lassen. Denn fiele der Despotismus in den Schutzstaaten, so würde ihr eigener Despotismus in den Gebieten, die sie direkt verwalten, noch unerträglicher empfunden werden. Das Abwerfen des englischen Joches macht erst die Bahn zur Ueberwindung auch des Despotismus der eingeborenen Fürsten frei.

Eine Zeitlang drohte wohl ein Despotismus anderer Art den Indiern gefährlich zu werden, wenn sie die englische Herrschaft abwarfen: der des russischen Zaren, dessen

Regimenter bereits an der indischen Grenze angelangt waren. Wie immer man aber über das britische Regime in Ostindien denken mag, das russische wäre ohne Zweifel weit verderblicher. Schon seine Geldnot würde es zwingen, die Ausbeutung des Landes zu vermehren, indes sie gleichzeitig die Entwickelung der Produktivkräfte noch mehr unterbände. Und jede freie politische Bewegung würde unmöglich gemacht. Gleichzeitig bedeutete das aber einen ungeheuren Machtzuwachs für den Zarismus. Man bedenke, daß England rund 700 Millionen Mark im Jahre aus Indien zieht. Welche Machtmittel gewährte das dem russischen Despotismus!

Dieser ist der schlimmste und gefährlichste Feind aller menschheitlichen Entwickelung. Seiner Bekämpfung muß jedes besondere nationale Interesse untergeordnet werden, und sei es an sich noch so wichtig und achtenswert. Aus diesem Grunde haben Marx und Engels seinerzeit die nationalen Erhebungen der Balkanstaaten bekämpft, aus demselben Grunde konnten die Sozialisten Europas den Unabhängigkeitsbestrebungen der Inder bis vor kurzem keine ungeteilte Sympathie schenken. Die weiterblickenden Inder selbst verlangten unter diesen Umständen nicht ihre volle Selbständigkeit, sondern nur Selbstverwaltung unter britischer Oberhoheit, etwa nach dem Muster Australiens oder Kanadas, die ja tatsächlich unabhängig sind und aus der Anerkennung der Oberhoheit des Mutterlandes keine Pflichten, sondern nur Vorteile ziehen: Ohne Gegenleistung stehen sie unter dem Schutze seiner Armee und Flotte.

Aber seit dem Siege Japans über Rußland hat sich die Situation Indiens erheblich geändert. Dieser Sieg hat nicht bloß den Kleinheitswahn der Asiaten gegenüber dem Europäer überwunden und ihr Selbstbewußtsein gewaltig gehoben; er hat auch der russischen Gefahr für immer ein Ende gemacht. Wie lange auch noch der Kampf zwischen Zarismus und Revolution sich hinziehen mag, es ist undenkbar geworden, daß der Zarismus je wieder die Kraft erlangt, einen großen auswärtigen Krieg zu führen. Das kann heute nur noch eine Regierung, die die Nation hinter sich hat. Ein starkes Rußland, das zu einem auswärtigen Kriege fähig wäre, kann nur noch durch den Sieg der Revolution geschaffen werden. Ein solches Rußland wäre aber ein demokratisches Rußland. Wie immer sich dessen Verhältnis zu Indien gestalten möchte, seine Ausdehnung wäre nicht mehr eine Angelegenheit, die die ganze Menschheit bedrohte. Wir haben heute nicht den mindesten Grund mehr, den Unabhängigkeitsbestrebungen der Inder anders als mit größter Sympathie gegenüberzustehen.

Hat man von diesen keinen Rückfall in Barbarei zu befürchten, so wäre es jedoch voreilig, das auch von der Freigebung jeder anderen Kolonie behaupten zu wollen. Es gibt sicher Herrschaftsverhältnisse, die noch schlimmer sind als jenes, das die Engländer in Indien ausüben.

Der orientalische Despotismus wird entsetzlich drückend dort, wo er sich der Machtmittel der europäischen Zivilisation bemächtigt, damit aber auch ihr Schuldner wird. Die Geldnot macht ihn noch geldgieriger als die Profitsucht den Kapitalisten; sie raubt ihm aber dabei die Möglichkeit zu jenen technischen Verbesserungen, zu denen die kapitalistische Profitsucht drängt. Andererseits machen die Machtmittel, die der orientalische Despotismus der Zivilisation entlehnt, Bureaukratie und Armee, seine Herrschaft ebenso unwiderstehlich wie die kapitalistische. Da sie aber nur auf äußerlicher Nachahmung beruhen, verleihen sie dem Despoten nicht den weiten Blick, den die Zivilisation ermöglicht, die durch den Weltverkehr und geschichtliche Forschung die Einsicht in die ausgedehntesten und mannigfachsten zeitlichen und räumlichen Zusammenhänge erschließt. Diese Art Despotismus treibt die drückenden und degradierenden Wirkungen des Kapitalismus auf die Spitze, ohne eine seiner erhebenden Wirkungen zu entfalten, und in gleicher Weise entwickelt sie vom orientalischen Despotismus nur seine herabdrückenden Eigenschaften, unter Beseitigung jener Seiten, die ihn milderten. Sie vereinigt Despotismus und Kapitalismus in scheußlichster Paarung.

Wo sich der Kapitalismus in dieser Weise rückständiger Nationen bemächtigt, da wirkt das meist noch schlimmer als das Kolonialsystem. Ein Beispiel davon gibt uns das türkische Regime.

Andererseits können unerträgliche Zustände dort geschaffen werden, wo ein Volk von Ackerbauern an ein nomadisches Volk grenzt. Die Produktionsweise erzieht jene zu ruhiger, friedlicher, waffenloser Lebensweise, indes sie in diesen, namentlich in Reitervölkern, Kühnheit, Unruhe, Beutesucht und Rücksichtslosigkeit erzeugt, die leicht zu wilder Grausamkeit aufflammt. Plünderungszüge, Verwüstungen, die jede Arbeit unmöglich machen, indem sie die wichtigsten Produktionsmittel zerstören, ja schließlich die Wegführung der besten Arbeitskräfte in die Sklaverei — das sind die Zustände, die das Aneinandergrenzen solcher Ackerbauer und Nomaden erzeugt. Ein Beispiel liefern uns die Kurden in Armenien oder arabische Sklavenräuber in Afrika.

Sicher, wenn die Kolonialherrschaft einer europäischen Macht aufgehoben würde, um derartigem Despotismus und Räubertum Platz zu machen, so wäre damit weder den Be-

wohnern des Landes geholfen, noch die menschliche Entwickelung gefördert.

Aber die Fremdherrschaft ist nicht der einzige und nicht der beste Weg, um solchen Zuständen vorzubeugen. Die in Rede stehende scheußliche Form des Despotismus zieht ihre Kraft nur aus der Unterstützung durch die europäische „Zivilisation“. Sie wird unhaltbar und bricht zusammen in dem Moment, in dem ihr diese Unterstützung entzogen wird. Europa braucht nur aufzuhören, dem türkischen Sultan Geld und Waffen zu liefern, und dessen absolutes Regime hat ein Ende. Wenn das noch nicht eingetreten ist, so liegt das bloß daran, daß Europa, das heißt, das kapitalistische Europa, nicht will. Es sieht in den Sultan seinen Steuereinnehmer, der seinem Volk die Summen erpreßt, deren die europäischen Kapitalisten zur Verzinsung ihrer Kapitalien bedürfen. Darum darf die Autorität des Sultans höchstens dort gebrochen werden, wo eine europäische Macht ihre Autorität an die Stelle der seinen setzt, wie das in Tunis oder Aegypten geschah, und auf keinen Fall durch die Befreiung seiner Untertanen.

Aber diese kapitalistische Praxis ist für die Sozialdemokratie kein Grund, in der Kolonialpolitik die einzige Alternative jenes Despotismus zu sehen.

Was wieder die Sicherung friedlicher Bauernvölker gegen kriegerische Nomaden anbelangt, so erheischt auch die es nicht, daß man den Teufel durch Beelzebub vertreibt, das friedliche Bauernvolk einer ständigen Fremdherrschaft unterwirft. Viel besser werden die Interessen der Bauern dadurch gewahrt werden, daß man sie wehrhaft macht, mit Waffen versieht und in deren Gebrauch unterweist. Man verfahre so mit den Armeniern und man wird sehen, wie sie mit den Kurden fertig werden. Freilich könnten die Bauern auf die Idee kommen, ihre Wehrhaftigkeit jedem Ausbeuter und Ausbeutungsversuch gegenüber zu betätigen, aber auch das kann wieder keinen Grund für die Sozialdemokratie abgeben, in der Kolonialpolitik die einzige Alternative für nomadisches Räuber- und Sklavenjägertum zu erblicken.

Andererseits gibt es auch einen besseren Weg, die räuberischen Nomaden selbst zu Seßhaftigkeit und höherer Kultur zu bringen, als die gewaltsame Unterwerfung. Ratzel schreibt darüber:

> „Den Uebergang vom Nomadentum zur Ansässigkeit hat man immer nur auf drei Wegen sich vollziehen sehen. Entweder ist ein Wandervolk durch Zwang auf so enge Gebiete beschränkt worden, daß vom umherziehenden Hirtenleben nicht mehr die Rede sein konnte, oder es verlor in Kämpfen seine Herden, oder endlich es lebte so nahe einem Gebiete stabiler und damit sicherer

Kultur, daß es freiwillig das freie, aber entbehrungsreiche Leben aufgab, um die Ruhe und Genüsse eines stetigeren Daseins dafür einzutauschen. Dieser letzte Prozeß ist der langsamere, aber gründlicher wirksame. Er beginnt bei der Neigung, die auch diesen rauhen, die Entbehrungen gewöhnten Naturen nicht fehlt, zu den Genüssen der Kultur und zum Schmuck des Daseins." Dahin wirkt vor allem der Handel. „Er bedeutet unter den hier waltenden Verhältnissen mehr als eine Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit, er wird ein Faktor der Politik und endgültig der Kultur, indem er jene Bedürfnisse befriedigt, wieder anregt, neue schafft, bis endlich der Nomade zur Einsicht kommt, daß er als einseitiger Hirt ihrer Deckung nicht mehr gewachsen ist und zum Ackerbau oder zur Industrie übergeht." (Völkerkunde III, S. 57.)

Der freie Verkehr, der vermehrte Bedürfnisse und verbesserte Mittel der Bedürfnisbefriedigung bringt, erweist sich auch hier der Methode der bewaffneten Niederwerfung überlegen. Dabei ist von Ratzel nur der Handel in Betracht gezogen, der nicht auf Zivilisierung der Nomaden, sondern auf deren Ausbeutung ausgeht. Freundschaftlicher Verkehr ohne ausbeutende Absichten müßte noch eher und sicherer die Seßhaftigkeit der Nomaden bewirken und ihnen damit ihre Gefährlichkeit für ihre Nachbarn rauben. Man darf die ökonomische und intellektuelle Ueberlegenheit der modernen Zivilisation über die Barbaren nicht zu gering einschätzen. Sie kann Wunder wirken zu ihrer Bändigung — aber freilich auch hier nur dann, wenn sie verständnisvoll und geduldig angewandt wird.

Wo dies geschieht, bedeutet die Aufgebung der Fremdherrschaft über Nomaden keine Gefährdung ihrer Nachbarn. namentlich dann nicht, wenn man diese gleichzeitig wehrhaft macht.

Die Befürchtungen, die Kolonien würden in Barbarei versinken, haben aber auch einen ökonomischen Hintergrund. Es ist richtig, daß jedes Volk reif dazu ist, seine eigenen ökonomischen Interessen wahrzunehmen, daß es dazu keiner Bevormundung bedarf und daß es ohne diese viel besser fertig wird. Aber damit ist natürlich nicht gesagt, daß jedes Volk stets reif sei zu jeder Produktionsweise. Nun exportieren die Kapitalisten heute in die Kolonien zahlreiche Kapitalien, mit denen sie große Unternehmungen aller Art begründen, Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Baumwollspinnereien, sowie Plantagen zum Bau von Tabak, Kaffee, Baumwolle usw. Was wird damit geschehen, wenn die politische Herrschaft des kapitalistischen Mutterlandes über die Kolonie aufhört? Werden nicht alle diese Unternehmungen aufgegeben werden, und wäre das nicht ein gewaltiger technischer

Rückschritt für die Kolonie selbst, ganz abgesehen von den Verlusten für die Kapitalisten Europas?

Wir haben diese Frage schon gestreift bei der Untersuchung der Schäden, die man vom Aufgeben der Kolonien für das Mutterland befürchten darf, und brauchen das dort Gesagte nur noch durch einiges zu ergänzen. Wo derartige Unternehmungen auf Zwangsarbeit, direkter oder indirekter, beruhen, besteht allerdings die Wahrscheinlichkeit, daß sie aufgegeben würden, wenn man die Kolonie sich selbst überließe. Aber der Nachteil, der daraus für die koloniale Bevölkerung erstehen könnte, wäre geringer als die Nachteile, die aus der Zwangsarbeit entspringen. Wir dürfen jedoch erwarten, daß die Freigebung der Kolonien in dieser Beziehung nicht anders wirken wird, als die Freigebung der Sklaven. Vorübergehend schädigt sie die Produktion, aber die ökonomischen Bedürfnisse beleben diese wieder allmählich, nachdem der Produktionsprozeß den neuen Verhältnissen angepaßt worden ist. Namentlich die Anwendung arbeitsparender Maschinen im Plantagenbau kann dadurch gefördert werden. Wo das nicht möglich ist, dürften die Plantagen zerschlagen und in kleine Güter verwandelt werden, die ihre Besitzer selbst bewirtschaften, was ebenfalls, gegenüber der Zwangsarbeit, ein Fortschritt wäre.

In den Vereinigten Staaten betrug:

Jahr	Baumwollernte Millionen Pfund	Preis pro Pfund Cents
1859	2 397	12
1869	1 325	29
1879	2 607	11
1899	4 717	7

Wir sehen, wie unter den Einwirkungen der Sklavenbefreiung die Baumwollproduktion vorübergehend erheblich sank, wie sie aber dann um so rascher sich ausdehnte.

Schlimmer steht es mit den Unternehmungen des Verkehrs und der Industrie, diese können nicht im Notfalle, wie Plantagen, zerschlagen und in kleine Bauernstellen umgewandelt werden. Man muß sie so fortführen wie sie sind oder aufgeben.

Aber gerade Unternehmungen dieser Art setzen ein freies Proletariat voraus; sie werden mit freien Arbeitern betrieben, die entweder an Ort und Stelle zu finden sind, oder von auswärts kommen, wie stets die Leiter und Vorarbeiter. Sich da die übrigen Arbeitskräfte zu sichern, dazu bedarf es nur einer entsprechenden Lohnhöhe. Solche Unternehmungen finden aber die Bedingungen ihres Gedeihens vorwiegend in Kolonien, die schon eine höhere ökonomische und gesell-

schaftliche Entwickelung hinter sich haben. Da ist nicht zu erwarten, daß die Befreiung der Kolonie den Fortgang der Industrie oder des Bahnbetriebes irgendwie gefährden wird. So gut wie in der Türkei oder in China Eisenbahnen betrieben werden können, wird das auch in einem freien Indien oder Aegypten geschehen. Die Eingeborenen-Staaten bauen in Ostindien ebenso eifrig Eisenbahnen, wie die britische Regierung. Industrielle Unternehmungen in weniger kultivierten Kolonien aber, die durch deren Aufgebung gefährdet werden könnten, sind so wenig zahlreich, daß sie nicht ins Gewicht fallen. Nur die Eisenbahnen in solchen Gegenden sind erheblich, und sie zu schützen wäre notwendig. Aber sollte das nur durch das Mittel der bewaffneten Hand geschehen können? Die Karawanenstraßen wurden ehedem für die Reisenden dadurch gesichert, daß diese den Stämmen, durch deren Gebiet sie zogen, Zölle oder Tribute entrichteten. In ähnlicher Weise könnte man die Eisenbahnen sichern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß etwa die Neger am Kongo oder Zambesi den Eisenbahnbetrieb in ihren Gegenden stören wollten, wenn sie frei wären; sie würden zufrieden sein, wenn man sie in Ruhe ließe, und schließlich die Eisenbahn noch lieb gewinnen, wenn sie ihnen nicht mehr bewaffnete Schurken des Kongostaates oder Rhodesias, sondern nur noch billige Werkzeuge und Konsummittel brächte; sollten sie aber trotzdem dem Eisenbahnbetrieb Schwierigkeiten in den Weg legen, so genügte es, um ihren Widerstand zu besiegen, ihnen ein Interesse an der Eisenbahn einzuflößen, etwa einen Pachtzins für den Boden zu bezahlen, den sie einnimmt. Diese friedliche Methode wäre nicht bloß würdiger, sie dürfte sich am Ende auch als billiger herausstellen wie die Niederwerfung und Niederhaltung der Eingeborenen mit bewaffneter Hand.

Die Aufgebung der Kolonien bedingt also nicht ein Aufgeben der technischen Fortschritte, die der Kapitalismus ihnen gebracht hat, sondern nur ein Aufgeben der bisherigen Methode, ihre Benutzung zu sichern, und ihre Ersetzung durch Methoden, die vielleicht weniger bequem sind, mehr Geduld und Verständnis für die Eigenart der Eingeborenen erheischen, aber deren Wohlergehen und deren Entwickelung jedenfalls weit eher fördern, als die Methoden der kolonialen Eroberung und Besetzung.

Nach alledem kann wohl kein Zweifel sein, daß wir Sozialdemokraten überall verpflichtet sind, die Freigebung der Kolonien zu fordern. Die Einwände, die dagegen vorgebracht werden, stellen nicht das Ob, sondern nur das Wie in Frage. Sie beweisen nur, daß das Aufgeben der

Kolonien kein einfacher Prozeß ist — ebensowenig etwa wie das Aufgeben eines Schutzzollsystems; das Wiedergutmachen einer Dummheit ist selten ein einfacher Prozeß —, daß man meist nicht einfach aus den Kolonien hinausgehen kann, sondern daß man, ebenso wie das Aufgeben des Schutzzolls, auch das Aufgeben einer Kolonie vorbereiten muß, soll es ohne jeden Schaden vonstatten gehen.

Es wäre aber sehr überflüssig, daß wir uns heute den Kopf zerbrächen über die Frage, was nun in jeder einzelnen Kolonie durchzuführen wäre, um ihre Freigebung anzubahnen. Eine Lösung für dieses komplizierte Problem zu suchen, die für jede Kolonie eine andere zu sein hätte, hieße eine völlig überflüssige Arbeit leisten, da die Kapitalistenklasse nie freiwillig eine Kolonie aufgeben wird.

Davon wurde gesprochen in den Zeiten des Manchestertums, als das Kapital noch in der freien Konkurrenz und der raschesten Entfaltung der Produktivkräfte die sicheren Grundlagen seiner Herrschaft sah; das war auch die Zeit, in der Indiens Freiheit die meisten Fortschritte machte. Aber heute, im Zeitalter des Imperialismus, erscheint der Kapitalistenklasse jeder Nation der Besitz jeglicher Kolonie, und wäre sie die unfruchtbarste und kostspieligste, so unschätzbar, daß sie sich mit Nägeln und Zähnen dagegen wehren wird, auch nur einen Fußbreit davon aufzugeben.

Die Idee eines freiwilligen Aufgebens der Kolonien kann daher, so lange die Herrschaft des Kapitals dauert, für uns nur den Wert eines Kompasses haben, der uns die Richtung anzeigt, in der sich unsere Politik den Kolonien gegenüber zu bewegen hat, nicht aber den Wert eines praktischen Vorschlags, an dessen sofortiger Durchführung wir zu arbeiten haben. Ihre praktische Bedeutung besteht für uns vor allem darin, daß sie uns von vornherein jede Zustimmung zu einer Erweiterung des Kolonialbesitzes verbietet, und daß sie uns heißt, aufs eifrigste nach Vermehrung der Selbstverwaltung der Eingeborenen zu streben. Ihre Erhebungen zur Abschüttelung der Fremdherrschaft werden stets der Sympathien des kämpfenden Proletariats sicher sein. Aber die Machtmittel der kapitalistischen Nationen sind so ungeheuer groß, daß nicht zu erwarten ist, eine dieser Erhebungen vermöchte in der Gegenwart ihr Ziel zu erreichen. Sie können das Los der Eingeborenen nur verschlechtern. So sehr wir solche Rebellionen begreifen und so sehr wir mit den Rebellen fühlen, sie fördern kann die Sozialdemokratie nicht, ebensowenig wie sie aussichtslose Putsche des Proletariats in Europa selbst fördert.

Wenn aber nicht zu erwarten ist, daß die Kolonien in der kapitalistischen Aera ihre Unabhängigkeit erlangen — nicht durch Gewalt und noch weniger durch die Großherzigkeit der herrschenden Klassen des Mutterlandes, so ist damit keineswegs gesagt, daß die Aufgebung der Kolonien zu den Fragen gehört, die das siegreiche Proletariat beschäftigen werden.

Wann und wie immer dies die politische Macht erobern mag, es kann nur geschehen in einer Periode der kolossalsten Machtverschiebungen, die aus langen, erbitterten Kämpfen hervorgehen und die gesamte Menschheit aufs tiefste erschüttern. Die Revolutionen Europas und Nordamerikas können nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Staaten anderer Weltteile. Die Machtverschiebungen der Klassen müssen begleitet sein von Machtverschiebungen der Rassen und Staaten, wie es andererseits wahrscheinlich ist, daß die inneren Revolutionen ihren Anstoß bekommen durch äußere Revolutionen, Weltkriege.

In dieser Aera gewaltiger Umwälzungen müssen die Nationen, die heute in den höchstentwickelten Kolonien schon um ihre Freiheit kämpfen, rasch wachsen und die Kraft finden, sich von den Herrschaftsländern loszureißen, deren Staatsmacht ganz von inneren Zerklüftungen absorbiert wird. Ostindien, die Philippinen, Aegypten, die jetzt bereits so lebhafte nationale Bewegungen aufweisen, eine starke nationale, städtische Intelligenz und die Anfänge eines industriellen Proletariats, werden gleichzeitig mit dem Proletariat Europas und Nordamerikas ihre Selbständigkeit erringen. Daran kann heute schon gar kein Zweifel mehr sein. Gleichzeitig müssen aber auch die anderen kolonialen Besitzungen von diesen großen Kämpfen berührt, ja aufgewühlt werden. Wird Aegypten frei, so muß zunächst ganz Nordafrika und der Sudan, schließlich auch der Rest des schwarzen Weltteils in lebhafteste Bewegung geraten. Nach dem Vorbild und unter dem Einflusse Aegyptens müssen alle diese Besitzungen zur energischsten Unbotmäßigkeit gegen jede Fremdherrschaft angestachelt werden.

Auf den Sundainseln und in Polynesien muß aber das gleiche Resultat der Befreiung Britisch-Indiens und der Philippinen folgen. Und diese mit der Erhebung Chinas zusammen müssen auch die Herrschaft der Europäer in Hinterindien völlig erschüttern.

Die französische Revolution und die ihr folgenden Kriege schufen eine Situation, in der es den Kolonien in Mittel- und Südamerika möglich wurde, sich zu befreien. Die kommende

proletarische Revolution wird das gleiche für Afrika und das tropische Asien bewirken.

Wenn das Proletariat in Europa und Nordamerika die politische Macht erobert hat, wird es nicht vor der Frage stehen, ob es sozialistische Kolonialpolitik treiben soll oder nicht, ob die Kolonialvölker zur Selbstregierung reif sind oder nicht, ob es ihnen die Freiheit geben oder sie durch einen patriarchalischen wohlwollenden Despotismus bevormunden und erziehen soll. Es wird die wichtigsten Kolonien als selbständige Staaten und die anderen entweder unter deren Einfluß oder in völligem Aufruhr vorfinden, und es wird nur noch die Frage zu entscheiden haben: will es die Rebellen in blutigem Kriege unterwerfen, will die Revolution Europas die Revolution Afrikas und Asiens gewaltsam niederschlagen oder nicht.

Und auf diese Frage kann die Antwort keine Minute zweifelhaft sein.

Sind wir also Gegner einer kapitalistischen Kolonialpolitik — und die Freunde der sozialistischen Kolonialpolitik werden nicht müde, zu versichern, daß sie jene verurteilen — dann sind wir damit Gegner jeder *möglichen*, wenn auch nicht jeder *denkbaren* Kolonialpolitik. Eine Kolonialpolitik, die Hand in Hand geht mit der Erziehung und Bildung der Eingeborenen, wäre möglich gewesen in demokratischen Arbeitskolonien, wie sie das 17. und 18. Jahrhundert sah. Seit dem 19. Jahrhundert gehört diese Art der Kolonialpolitik unwiderruflich der Vergangenheit an. Andererseits aber endet mit der jetzigen kapitalistischen Kolonialpolitik überhaupt jede Kolonialpolitik. Der Sieg des Proletariats wird wohl noch die mannigfachsten Kulturstufen unter den Völkern vorfinden, er wird die Verbreitung europäischer Technik, europäischen Wissens und Denkens unter den Völkern der Tropen nicht überflüssig machen, er wird vielmehr für deren rascheste Verbreitung auch dort erst den Boden schaffen. Aber aus dieser Kulturmission wird sich kein neues Herrschaftsverhältnis entwickeln. Das siegreiche Proletariat wird auch in den jetzt noch als Kolonien besetzten Ländern nicht eine herrschende Klasse bilden, sondern auf jede Fremdherrschaft verzichten.

Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die gesamte Menschheit zu befreien. Darin beruht seine Größe, darin die Anziehungskraft, die sein Streben nach Emanzipation und sein Klassenkampf von seinem Beginn an für die größten und weitestblickenden Geister aller Klassen besessen hat. Das ist das Zeichen, unter dem es siegen wird.

Anhang:

Ein Brief von Friedrich Engels.

Es ist ein Vierteljahrhundert her, daß in Deutschland die Kolonialbewegung begann. Damit beschäftigt, sie zu studieren, fragte ich auch einmal Friedrich Engels, wie sich die englischen Arbeiter zu ihren Kolonien verhielten.

Darauf antwortete mir Engels am 12. September 1882:

„Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und liberale Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands. Meiner Ansicht nach werden die eigentlichen Kolonien, d. h. die von europäischer Bevölkerung besetzten Länder, Kanada, Kap, Australien, alle selbständig werden; dagegen die bloß beherrschten, von Eingeborenen besetzten Länder, Indien, Algier, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozeß abwickeln wird, ist schwer zu sagen. Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich, und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen müssen, wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörung abgehen würde. Aber dergleichen ist eben von allen Revolutionen unzertrennlich. Dasselbe könnte sich auch noch anderwärts abspielen, z. B. in Algier und Aegypten, und wäre *für uns* sicher das beste. Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, daß die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse. Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: *Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben.* Womit natürlich Verteidigungskriege verschiedener Art keineswegs ausgeschlossen sind.

Die Geschichte in Aegypten ist von der russischen Diplomatie eingefädelt. Gladstone soll Aegypten nehmen (was er noch lange

nicht hat und wenn er es hätte, noch lange nicht behält), damit Rußland Armenien nimmt; was ja nach Gladstone wieder die Befreiung eines christlichen Landes vom muhamedanischen Joche wäre. Alles andere bei der Sache ist Schein, Flause, Vorwand. Ob das Plänchen gelingt, wird sich bald zeigen."

Der Schluß bezieht sich auf die Besetzung Aegyptens durch die Engländer nach der Erhebung der Aegypter unter Arabi Pascha. Kürzlich wurde ein Brief von Engels darüber vom 9. August 1882 veröffentlicht, in dem er davor warnte, die ägyptische nationale Bewegung bloß von der gefühlsmäßigen Seite zu beurteilen. Daraus wurde geschlossen, daß Engels der Annektierung Aegyptens durch die Engländer besondere Sympathien entgegengebracht habe. Wir sehen hier, wie wenig dies der Fall war.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.


THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW
BOOKS REQUESTED BY ANOTHER BORROWER
ARE SUBJECT TO RECALL AFTER ONE WEEK.
RENEWED BOOKS ARE SUBJECT TO
IMMEDIATE RECALL

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.